



Landtag von Baden-Württemberg

70. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. Juli 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Mittagspause: 13:11 bis 14:16 Uhr

Schluss: 18:13 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4997	Abg. Katrin Schütz CDU	5026
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Werner Wölfe	4997	Abg. Johannes Stober SPD	5027
Umbesetzungen im Europaausschuss und im Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung	4997	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	5028
		Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	5029
		Minister Dr. Peter Frankenberg	5029
		Beschluss	5030
1. Aktuelle Debatte – Steuerpolitik in der Krise braucht Glaubwürdigkeit – beantragt von der Fraktion GRÜNE	4997	4. Regierungsbefragung	
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	4997, 5005, 5013	4.1 Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes und Landesinfrastrukturprogramm; Sachstandsbericht Juni 2009	5032
Abg. Klaus Herrmann CDU	4999	Minister Willi Stächele	5032, 5034, 5035
Abg. Claus Schmiedel SPD	5000, 5007, 5012	Abg. Klaus Herrmann CDU	5033
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5001, 5014	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5035
Ministerpräsident Günther Oettinger	5002	4.2 Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat	5035
Abg. Stefan Mappus CDU	5008	Abg. Katrin Altpeter SPD	5035
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5010	Minister Dr. Wolfgang Reinhart	5036, 5037, 5038, 5039
2. Aktuelle Debatte – Innere Sicherheit – Erfolgsmodell Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU	5014	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5037
Abg. Thomas Blenke CDU	5014, 5023	Abg. Reinhold Gall SPD	5038
Abg. Reinhold Gall SPD	5016, 5021	Abg. Sabine Kurtz CDU	5039
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5017, 5022	Abg. Stephan Braun SPD	5039
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	5018, 5023	Minister Heribert Rech	5040
Minister Heribert Rech	5019, 5025	Minister Dr. Ulrich Goll	5040
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Zusammenführung der Universität Karlsruhe und der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH im Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Zusammenführungsgesetz) – Drucksache 14/4600		Abg. Werner Raab CDU	5040
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/4677	5026	4.3 Verfahren bei der Neubesetzung des Amts des Opernintendanten am Staatstheater Stuttgart	5041
		Abg. Jürgen Walter GRÜNE	5041
		Minister Dr. Peter Frankenberg	5041, 5042, 5043, 5044
		Abg. Christoph Palm CDU	5042
		Abg. Sabine Föhler SPD	5043
		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5044

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes – Drucksache 14/4580	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/4688	5044
Beschluss	5044
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe (EAStVollzG) – Drucksache 14/4670	5045
Minister Dr. Ulrich Goll	5045
Abg. Bernd Hitzler CDU	5046
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	5047
Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	5048
Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP	5049
Beschluss	5051
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 14/4680	5051
Minister Helmut Rau	5051
Abg. Volker Schebesta CDU	5052, 5061
Abg. Norbert Zeller SPD	5054, 5060
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	5056
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP	5058
Beschluss	5063
8. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Entwicklung des Bausparwesens in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2406	
b) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Transparenz und Rechtssicherheit für Bausparer und Bausparkassen – Drucksache 14/4033	5063
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5063, 5068
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	5064
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5065
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	5066
Staatssekretär Richard Drautz	5067
Beschluss	5069
9. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Soziale, wirtschaftliche und umweltpolitische Entwicklung Indiens und Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen baden-württembergischen und indischen Unternehmen – Drucksache 14/2364 . .	5069
Abg. Katrin Schütz CDU	5069, 5075
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5070
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5071
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	5072
Staatssekretär Richard Drautz	5073
Nächste Sitzung	5075
Anlage	
Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzungen im Europaausschuss und im Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung	5076

Protokoll

über die 70. Sitzung vom 8. Juli 2009

Beginn: 10:00 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 70. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Brunnemer und Herrn Abg. Kleinmann erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Dr. Unold und Herr Abg. Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen haben sich für heute Nachmittag Herr Staatssekretär Fleischer und Herr Minister Professor Dr. Reinhart entschuldigt.

Meine Damen und Herren, heute hat unser Kollege Werner Wölfl Geburtstag. Ich werde ihm gratulieren, sobald er hier eingetroffen ist.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der FDP/DVP für Umbesetzungen im Europaausschuss und im Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Auch das ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 23. Juni 2009 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Haushaltsjahr 2009 (Januar – März) – Drucksache 14/4681

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 23. Juni 2009 – Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu einem Beschluss des Landtags; hier: Überprüfung von Datenabgleichen durch den Landesdatenschutzbeauftragten – Drucksache 14/4675

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009 – Denkschrift 2009 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2007 – Drucksachen 14/4700 bis 14/4727

Überweisung an den Finanzausschuss

*

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Steuerpolitik in der Krise braucht Glaubwürdigkeit – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Die Redezeit beträgt fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Ausführungen in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir derzeit seitens der CDU in der Steuerpolitik erleben, ist ein einziger steuerpolitischer Wirrwarr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Chaos!)

Ministerpräsident Böhrer verlangt Steuererhöhungen, Frau Merkel und Herr Ramsauer bekräftigen derweil entschieden, aber unbestimmt, man werde die Steuern senken. Der eine dreht an dieser Steuerschraube, der andere an jener. Die wildesten Beiträge dazu liefern Sie, Herr Ministerpräsident Oettinger.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Erst schließen Sie jede Art von Steuersenkungen aus, dann schwingen im Festzelt tausend Wirte ein 7-%-Fähnchen, und der dadurch entstandene Wind war offensichtlich so stark, dass es Sie gleich umgeblasen hat.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ein Leichtgewicht!)

Sie knicken ein und versprechen den Wirten eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes bei Gaststättenessen. Dann packt Sie aber aufgrund dessen, was da im Bund los ist, die Panik. Jetzt wollen Sie den erniedrigten Mehrwertsteuersatz auf einmal auf 9,5 % erhöhen.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Das ist doch erledigt!)

Ich spitze es einmal zu: Diejenigen, die Kinderbücher kaufen und die beim Lidl ihre Lebensmittel einkaufen, sollen denen, die in der „Wielandshöhe“ essen gehen, das Essen subventionieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau!)

(Winfried Kretschmann)

Schräger geht es kaum. Nur das, was Sie gestern zur Atompolitik gesagt haben, ist noch schräger.

Für dieses Durcheinander gibt es allerdings einen tieferen Grund: Sie haben die Orientierung verloren, weil Sie die Fakten und die Wirklichkeit offenbar nicht mehr wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“ – wenn ich Ihren Vorgänger Erwin Teufel zitieren darf.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war Kurt Schumacher! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das hätten Sie früher nicht gemacht!)

Ich füge hinzu: Glaubwürdige Politik kann überhaupt nur auf der Grundlage der Wirklichkeit entstehen.

CDU und FDP schlagen Steuersenkungen vor. Schauen wir die Wirklichkeit an. Sie sieht so aus: Die aktuelle Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres prognostiziert Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte von sage und schreibe 316 Milliarden € bis 2012. Dazu kommen erhebliche Mehrausgaben aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Zwei Konjunkturpakete sind beschlossen worden und werden kreditfinanziert. Der Beitragssatz zur Krankenversicherung wurde aus Steuermitteln subventioniert. Der Bundesanstalt für Arbeit müssen 20 Milliarden € aus Steuermitteln zur Verfügung gestellt werden, und die öffentlichen Banken mussten in Bund und Ländern mit Milliardenbeträgen gestützt werden. Dazu kommt noch – was wir immer kritisiert haben – das Engagement zur Rettung von Unternehmen wie Opel oder Quelle. Mittelfristig – das haben Sie im Finanzausschuss selbst erläutert – kommen allein durch den demografischen Druck gewaltige Lasten und Kosten auf die sozialen Sicherungssysteme zu. Ich erinnere nur an die Pensionslasten des Landes.

Ich erinnere ferner daran: Schon ab 2010 gibt es massive Steuersenkungen, weil das Bundesverfassungsgericht bei der Absetzbarkeit von Vorsorgeaufwendungen eine Änderung der bisherigen Regelung verlangt. Es gibt bis 2013 schon eine massive Steuerentlastung von 40 Milliarden € für genau die Personengruppe, die Sie von der sogenannten kalten Progression entlasten wollen.

Darauf noch weitere Steuersenkungspakete draufzusatteln ist doch gänzlich unverantwortlich!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Von Gegenfinanzierung und Einsparungen ist nichts zu hören.

Ich sage Ihnen: Wer den Menschen in Deutschland vor diesem Hintergrund, angesichts dieser klaren Fakten Steuersenkungen verspricht, egal, ob heute, 2011 oder 2013, handelt völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei den Grünen)

Eine Tageszeitung – es war weder die „taz“ noch die „Frankfurter Rundschau“, noch die Mitgliederzeitschrift der Grünen, sondern die „Financial Times“ – hat das als „die große Steuerlüge von CDU und FDP“ bezeichnet. Dem kann man sich nur anschließen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die OECD prognostiziert für Deutschland für das Jahr 2014 eine BIP-Schuldenstandsquote von 91 %. Das ist eine Zunahme um 24 Prozentpunkte. Heute haben wir 67 %. Bei einem langfristigen Zins von 4 % landen wir in der Mitte des nächsten Jahrzehnts bei 0,96 % des Bruttoinlandsprodukts. Das ist der Schuldendienst. Der Anteil des Bundes ist die Hälfte; das sind 0,48 %. Aber die Schuldenbremse in der Verfassung sieht ab 2016 für den Bund lediglich eine Schuldenaufnahmemöglichkeit von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts vor. Das heißt, Sie können ohne Steuersenkungen dieses Ziel schon nicht erreichen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Jetzt den Menschen auch noch Steuersenkungen zu versprechen bedeutet nichts anderes als eine Aufforderung zu einem späteren Verfassungsbruch und gefährdet die „innere Sicherheit“ unserer Finanzverfassung.

Wir Grünen wollen das nicht. Wir wollen auch nicht künftigen Generationen noch höhere Schuldenlasten aufbürden. Herr Mappus und Herr Rülke sowie die ganze CDU-Spitze, Sie verbrennen mit dieser Politik die Zukunftschancen junger Menschen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So geht das nicht!)

Herr Ministerpräsident, statt für Klarheit zu sorgen, schwanken Sie selbst wie das Fähnchen im Festzelt. Wie wollen Sie, ob im Land oder im Bund, noch einen klaren, verlässlichen Kurs einfordern? Wer wird auf Sie hören, wenn Sie jetzt in Hamburg wieder Steuersenkungen ausschließen? Oder wird das CDU-Wahlprogramm in Baden-Württemberg nur mit geschwärzten Passagen verteilt?

(Beifall bei den Grünen – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Wie viel Gewicht haben Sie mit Ihrer Politik eigentlich noch in Berlin?

Zur Steuerpolitik der FDP kann ich nur sagen: Wenn es einen Verfassungsschutz für die Finanzverfassung gäbe, dann stünden Sie schon längst unter Beobachtung.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf: Stellen Sie sich hier hin, und sagen Sie, was gilt!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Nur dann, wenn wir diesen Glaubwürdigkeitsverlust stoppen, können wir wieder Vertrauen schaffen bei der Wirtschaft, bei den Investoren, bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das Vertrauen wird durch eine solche Politik beschädigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Funktion nehmen Sie ja wahr!)

(Winfried Kretschmann)

Aber Vertrauen ist das Wichtige, was wir in der Krise brauchen. Sie werden jedenfalls so dem Land nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der CDU fand eine Diskussion über den richtigen Weg in der Steuerpolitik statt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist demokratische Willensbildung: Wir diskutieren und treffen dann Entscheidungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was heißt „fand“?)

– Lieber Herr Schmiedel, deshalb „fand“, weil die Entscheidung über unser Wahlprogramm vor 14 Tagen getroffen worden ist, und zwar mit Zustimmung aller. Dass Sie das nicht gern hören wollen, ist mir klar. Es ist aber Tatsache.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Kretschmann, nun das Thema „Senkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie“ ansprechen, muss ich sagen: Das mit dem Essen in der „Wielandshöhe“ zu vergleichen ist völliger Unsinn.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da kommt doch jeden Tag ein neuer Vorschlag!)

Sie wissen genau, dass Frankreich den Mehrwertsteuersatz auf 6,5 % absenken wird. Insbesondere für unsere Gastronomie am Rhein und im Schwarzwald ist es ein Problem, wenn wir in Deutschland 19 % und in Frankreich 6,5 % Mehrwertsteuer haben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Unser Ministerpräsident hat dieses Problem erkannt. Er will die Konkurrenzfähigkeit unserer Gastronomie erhalten. Das gehört zu seinen Aufgaben. Das ist richtig und auch glaubwürdig, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir in der Gastronomie auf den halben Steuersatz gingen, würde das für das Land Baden-Württemberg Wenigereinnahmen von rund 160 Millionen € und zusätzlich für die Kommunen im Land Wenigereinnahmen von 60 Millionen € bedeuten. Wenn unser Ministerpräsident Vorschläge zur Gegenfinanzierung macht, über die man diskutieren kann, ist das ein Beitrag zur Steuerpolitik mit Glaubwürdigkeit und nicht Wirrwarr, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und den Grünen)

Was wollen wir mit unserem Wahlprogramm? Was haben wir gemeinsam beschlossen? Über allem steht: Leistung muss sich bei uns wieder mehr lohnen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

Wir müssen die Kräfte des Marktes freisetzen. Wir müssen das durch die Steuerpolitik fördern und dürfen dies nicht behindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das müssen Sie Frau Merkel sagen!)

Steuerentlastungen können auch Investitionsschübe freisetzen und im Ergebnis zu Mehreinnahmen führen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine ganz logische wirtschaftspolitische Tatsache, die Sie offenbar völlig ignorieren, Herr Kretschmann.

Die Reihenfolge für uns ist klar: Wir wollen zunächst einmal die Krise durchlaufen und wieder reales Wachstum erkennen. Dann gibt es durchaus Möglichkeiten – so steht es auch in unserem Wahlprogramm – für weitere Steuersenkungen. Einiges haben wir in der Vergangenheit bereits gemacht. Wir haben die Unternehmensteuersätze zum 1. Januar 2008 gesenkt. Wir haben insbesondere zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements bei Übungsleiterpauschalen, bei Aufwandspauschalen für gemeinnützig tätige Personen wie Vereinsvorstände Steuern gesenkt und hier Erleichterungen geschaffen. Wir haben den Spendenabzug vereinfacht. Meine Damen und Herren, das sind Senkungen, die wir in der Vergangenheit vorgenommen haben, die sich positiv auf das ehrenamtliche Engagement ausgewirkt haben und die richtig waren.

(Beifall bei der CDU)

Weiterhin wurde mit dem Konjunkturpaket zum 1. Januar dieses Jahres der Eingangssteuersatz von 15 % auf 14 % gesenkt. Wir haben den Grundfreibetrag erhöht. Wir haben einen Kinderbonus eingeführt. Das sind alles Punkte, die Entlastungen darstellen, die in der jetzigen Situation wichtig und richtig sind und auch zu einer glaubwürdigen Steuerpolitik beitragen.

Wir wollen mit unserem Wahlprogramm weiterhin in einer zeitlich gestreckten Form den Eingangssteuersatz weiter senken und die Verschiebung des Höchststeuersatzes erreichen, weil bereits heute viele kleine Facharbeiter, Handwerker und Mittelständler – das sind bei uns im Land viele – den Höchststeuersatz bezahlen, der eigentlich in der Vergangenheit nur für die wenigen sehr gut Verdienenden gedacht war. Hier ist eine Änderung notwendig, damit sich mehr Leistung wieder lohnt und nicht zusätzlich besteuert wird. Das halte ich für richtig und sinnvoll.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schauen wir uns einmal an, was die Grünen wollen. Sie wollen den Spitzensteuersatz erhöhen. Sie wollen eine höhere Erbschaftsteuer. Sie wollen verschiedene andere Änderungen vornehmen. Sie haben – nach wie vor gültig – beschlossen, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Das war auch der Grund, warum Ihr Herr Metzger die Partei verlassen hat.

Meine Damen und Herren, das sind leistungsfeindliche Beschlüsse, die Sie gefasst haben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Klaus Herrmann)

und ich kann nur sagen: Was Sie hier an finanzpolitischem Unsinn beschließen, das sind Urlaubsgrüße aus Absurdistan,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

bevor Sie nach Utopia weiterreisen. Wir halten das für falsch. Unser Konzept ist glaubwürdig,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: A wa! Schuldenbremse!)

richtig und einstimmig von allen Gruppierungen in unserer Partei beschlossen.

(Unruhe bei der SPD)

Das werden wir auch so weit wie möglich nach der Bundestagswahl durchsetzen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler:
„So weit wie möglich“!)

– Zu diesem Zwischenruf: Herr Kollege Drexler, Sie wissen genau, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit leider keine Partei bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit bekommen wird. Wir müssen eine Koalition eingehen – ich hoffe, nicht mehr mit Ihrer Partei, sondern mit der FDP.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dann müssen wir Kompromisse schließen und versuchen, so weit wie möglich unser Programm durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD:
Schuldenbremse! Reden Sie doch einmal zur Schuldenbremse, Herr Kollege! Mein Gott, ist das erbärmlich!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Präsident! Kollege Kretschmann hat das Finanzchaos der Union richtig beschrieben, hat es auseinandergenommen. Das kann ich mir an dieser Stelle deshalb sparen. Nur stellt sich mir natürlich schon die Frage, Herr Kretschmann, weshalb Sie so schnell wie möglich mit diesen Finanzchaoten koalieren wollen.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Warum tut ihr es nicht?)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Bundesregierung plant für das nächste Haushaltsjahr, 90 Milliarden € neue Schulden aufzunehmen. 90 Milliarden €! Wir stehen zu dieser Schuldenaufnahme, auch CDU und CSU stehen zu dieser Schuldenaufnahme – es ist ein gemeinsamer Plan –, weil wir in dieser Krise überhaupt keine andere Chance haben, als auch mit dem öffentlichen Haushalt dagegenzuhalten, statt in der Krise mitzusparen und alles noch schlimmer zu machen.

Bis 2013 fallen nach der Finanzplanung des Bundes 300 Milliarden € zusätzliche Schulden an. 300 Milliarden €! Wenn

wir diese ungeheure zusätzliche Last den Bürgern vermitteln und erklären und Zustimmung zu dem Konzept, jetzt in der Krise mit den öffentlichen Haushalten dagegenzuhalten, bekommen wollen, setzt dies eines zwingend voraus: Wir müssen glaubwürdig zusagen, dass wir diese Schuldenlast wieder abbauen – das hat oberste Priorität –, wenn die Krise ein Ende gefunden hat, die Wirtschaft wieder läuft und es neue Steuereinnahmen gibt, und dass wir neue Steuereinnahmen nicht dazu verwenden, neue Steuergeschenke zu verteilen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Herrmann hat gesagt: In der CDU fand eine Steuerdiskussion statt. „Fand“ heißt Vergangenheit. Aber jeden Tag jagt ihr von der CDU eine neue Steuersau durchs Dorf, Herr Herrmann. Einer, der sich fleißig daran beteiligt, ist Herr Mappus. Wo ist er denn?

(Lachen bei der CDU)

Das ist einer, der z. B. den Vorschlag von Herrn Oettinger „Wir erhöhen den ermäßigten Mehrwertsteuersatz“ sofort abgelehnt hat. Er fand daran im Gegensatz zu Ihnen nichts Glaubwürdiges. Ähnlich ging es anderen in der CDU. Wo ist er denn heute? Er ist doch derjenige, der vertritt, dass man, wenn die Wirtschaft wieder anzieht und neue Steuern eingenommen werden, 25 bis 35 Milliarden € sofort wieder zurückgeben soll.

Wissen Sie, was das für den Haushalt des Landes bedeutet? Schon vor der Steuerschätzung klaffte im Doppelhaushalt des Landes Baden-Württemberg für 2010/2011 ein Loch von 3,5 Milliarden €. Aufgrund der Steuerschätzung sind noch einmal 3 Milliarden € hinzugekommen. Das heißt, in den Jahren 2010/2011 klafft im Haushalt des Landes Baden-Württemberg ein Loch von 6,5 Milliarden €. Wenn sich Herr Mappus mit seinem Konzept durchsetzen würde und wir in Bälde, wenn die Konjunktur anzieht, die Steuern um 25 Milliarden € senken würden, bedeutete das für Baden-Württemberg jedes Jahr 1 Milliarde € an zusätzlichen Mindereinnahmen. Das heißt, für den Doppelhaushalt 2010/2011 würde das Loch 8,5 Milliarden € statt 6,5 Milliarden € betragen. Sie stellen sich aber hierher und sagen: „Wir sind eine Partei, die für die Schuldenbremse steht.“ Das ist doch lächerlich; das geht doch nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Jörg Döpper CDU: Das stimmt doch! Wer denn sonst?)

Man kann doch nicht in dieser Krise notwendigerweise, nicht aus eigenem Antrieb, neue Schulden aufnehmen, dann aber für die Zeit, wenn die Wirtschaft wieder läuft, versprechen: Wir senken die Steuern, wir erhöhen die Infrastrukturausgaben und verringern gleichzeitig die Schulden. Diese Rechnung geht nicht auf.

Herr Oettinger hat seither zu denjenigen gehört,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der Herr Ministerpräsident!)

die das im Gegensatz zu Herrn Mappus auch öffentlich vertreten haben. Herr Ministerpräsident, weshalb Sie dann aber dem Wahlprogramm, das Herr Herrmann geschildert hat, bei der Beschlussfassung trotzdem zugestimmt haben, müssen Sie

(Claus Schmiedel)

schon erklären. Man darf nämlich nicht im Wahlprogramm Steuersenkungen versprechen, dann aber öffentlich immer sagen: „Es gibt keine Luft.“ Herr Stächele sagt dies auch permanent. Was stimmt denn jetzt? Das Wahlprogramm oder das, was man neben dem Wahlprogramm sagt?

Natürlich haben wir bestimmte Korrekturen vorgenommen, und es gibt auch eine Steuersenkung – darauf hat Herr Kretschmann hingewiesen – in erheblichem Umfang, die vom Bundesverfassungsgericht verordnet wurde. Herr Herrmann hat darauf hingewiesen, welche Steuern die Große Koalition nach unten korrigiert hat, er hat aber verschwiegen, dass es auch eine Korrektur nach oben gab. Wir haben nämlich gemeinsam die Reichensteuer beschlossen. Wenn es um Steuerkorrekturen geht, müssen wir darüber sprechen, woher wir zusätzliche Mittel bekommen, um die immensen Schulden, die wir jetzt in der Krise anhäufen, tatsächlich zurückzahlen zu können. Natürlich sind da die Millionäre gefragt, ihren Beitrag zu leisten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es sind auch diejenigen gefragt, die dann, wenn die Börsen wieder laufen, Millionen und Milliarden verdienen. Wir brauchen dann auch einen Beitrag über eine Börsenumsatzsteuer, um die Mittel zur Rückführung der Schulden zur Verfügung zu haben, damit wir die künftigen Generationen nicht mit dem belasten, was wir heute ausgeben. Das sind die Herausforderungen der Zukunft. Da bedarf es einer klaren Linie. Da darf man nicht im Wahlprogramm das eine versprechen und in öffentlichen Versammlungen das andere erzählen. Die Widersprüche, die es in der CDU gibt, werden jetzt zugetüncht, indem nicht Herr Mappus hinausgeht, sondern Herr Herrmann vorgeschoben wird. Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass es bei Ihnen unterschiedliche Positionen gibt und dass da nichts abgeschlossen ist.

Deshalb erwarten wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, eine verbindliche Erklärung, wo denn die Koalition in Baden-Württemberg und wo die Landesregierung hinsichtlich dieses zentralen Themas für die Zukunft unseres Landes stehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines muss ganz klar festgestellt werden: Steuerpolitik und auch Politik insgesamt brauchen aus unserer Sicht immer Glaubwürdigkeit, nicht nur in der Krise. Herr Kretschmann, erläutern Sie uns doch insofern bitte einmal, weshalb Sie das nur in der Krise einfordern.

Die Grundfrage ist allerdings: Was kratzt denn nun an der Glaubwürdigkeit der Politik? Zwei Dinge sind maßgeblich. Das ist zum einen, wenn die Politik Beschlüsse fasst, die ständig nachgebessert werden müssen. Das ist zum Zweiten – das wurde schon angesprochen –, wenn es aus demselben Lager, aus gleichen Gruppierungen die unterschiedlichsten Aussagen zum selben Thema gibt. Herr Kretschmann, da muss ich Herrn Schmiedel aber ausdrücklich recht geben: Wenn sich die Grünen einerseits der CDU an die Brust werfen

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

und sie andererseits unschwerflich und unter der Gürtellinie angreifen, dann weiß ich nicht, ob das eindeutig ist und was daran glaubwürdig sein soll.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau! Wir brauchen kein schwarz-grünes Chaos!)

Beispiele zu den ständig notwendigen Nachbesserungen wurden auch schon genannt, z. B. bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Ich habe ein weiteres Beispiel: Erst in der letzten Woche wurde im Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung – es ist ja immer wunderbar, was sich der Bund für schöne Namen einfallen lässt – völlig zu Recht eine Regelung aus der Unternehmensteuerreform 2008 modifiziert. Man hat die Umsatzgrenze für die Istbesteuerung auf 500 000 € erhöht, auch wenn dies einmalig zu einer zeitlichen Verschiebung der Steuereingänge führt. Ich glaube, das ist verkraftbar und wird sich ganz schnell dadurch wieder refinanzieren, dass kleine und mittlere Betriebe überleben können und weiterhin Steuern zahlen.

Ich komme zum zweiten Punkt, zu den unterschiedlichen Aussagen. Die FDP bemüht sich seit Jahren um eine klare Aussage.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Bemühen Sie sich einmal weiter! – Heiterkeit – Zurufe, u. a. Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: „Bemüht“! – Unruhe)

Inzwischen wird uns sogar vorgeworfen, dass wir immer dasselbe sagen würden.

(Unruhe)

Aber ich frage Sie: Wenn wir auf der richtigen Linie sind, warum sollten wir dann heute so und morgen so sagen? Wir haben ein klares Konzept.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Wir wollen, dass die Steuern einfach, niedrig, gerecht und damit glaubwürdig sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Einfach! – Abg. Reinhold Gall SPD: „Gerecht“ nimmt Ihnen niemand ab!)

Herr Kretschmann, wenn wir dazu unter Beobachtung stünden, wäre uns das ganz recht. Dann würden vielleicht ein paar mehr kapieren, dass das Konzept stimmig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Drei Beispiele aus unserem Steuerkonzept will ich kurz vortragen. Das ist zum einen die Reform bei der Einkommensteuer und bei der Lohnsteuer. Sie muss jetzt kommen und darf nicht erst dann kommen, wenn irgendjemand irgendwann glaubt, dass Geld übrig sei. Die Zeit, in der Politiker bestimmter Couleur und relativ vieler Couleur meinen, dass Geld übrig sei, wird nie kommen. Die ganzen Bemühungen der letzten 30 Jahre gingen immer darauf hin, mehr Steuereinnahmen zu generieren und sie dann großzügig unter das Volk zu streuen.

(Heiderose Berroth)

(Beifall der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Hagen Kluck FDP/DVP)

Mit diesem System muss endlich Schluss gemacht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Gebt den Bürgern mehr!)

Es handelt sich bei der Reform der Einkommensteuer und der Lohnsteuer mitnichten um Geschenke, sondern es ist ein Akt der Gerechtigkeit, wenn man die seit vielen Jahren und Jahrzehnten notwendige Anpassung der Progressionsstaffel endlich vornimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dabei geht es überhaupt nicht um eine Entlastung der Reichen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Sondern?)

Nein, schauen Sie einmal genau hin: Kleine und mittlere Einkommen sind von dieser im Verhältnis zu den Einkommen nach links gerückten Progression am stärksten betroffen, weil die Progression am Beginn der Staffel am schärfsten greift.

Als zweite Komponente muss eine allgemeine Entlastung der Familien hinzukommen. Was damals mit der Einmalzahlung in Höhe von 100 € passiert ist, war fast eine Beleidigung. Nein, wir wollen, dass es für alle einen Steuerfreibetrag gibt, der, bevor überhaupt Steuer anfällt, abgezogen wird. Wir wollen einen Steuerfreibetrag in Höhe von 8 000 € für Erwachsene und Kinder. Dies wäre eine ganz einfache Regelung, würde den Familien aber eine deutliche Entlastung bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie wollen Sie das finanzieren?)

Diese Entlastung wäre im Übrigen direkt konjunkturfördernd, weil sie weitgehend in breit gestreute Konsumnachfrage umgesetzt würde. Da würden nicht nur einzelne Branchen bevorzugen werden, wie das bei den Maßnahmen, die im Moment laufen, der Fall ist, sondern jede Familie würde woanders einen Schwerpunkt setzen. Das heißt, dass Handel und Handwerk und vor allem der Einzelhandel direkte Vorteile hätten. Wenn sie Vorteile haben, zahlt sich das in den steigenden Steuereinnahmen wieder aus.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Hühner mit goldenen Eiern!)

Meine Damen und Herren, Verbraucherausgaben – ich bin dem Kollegen Dr. Noll für diesen Hinweis ausdrücklich dankbar – sind genauso systemrelevant wie staatliche Stützungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Offensichtlich haben das manche aber noch nicht kapiert.

Der dritte Punkt ist die Umsatzsteuer für das Gastronomiegewerbe.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Runter damit!)

Der Ministerpräsident hat bei seiner Rede vor dem DEHOGA ganz deutlich ausgeführt – und das stimmt –, dass sich auch

die Senkung dieser Steuer massiv selbst finanzieren würde. Eines muss ich noch sagen – man traut sich fast nicht, das in den Mund zu nehmen, weil man indirekt Verdächtigungen ausspricht –: Gerade im Gastgewerbe ist die Gefahr – weil man glaubt, sonst überhaupt nicht mehr herauszukommen –, dass nicht alle Umsätze deklariert werden, besonders groß. Wenn man die Umsatzsteuer für diesen Bereich auf 7 % senken würde, würde sich keiner – wirklich keiner – mehr dieser Gefahr aussetzen, weil dies, wenn es entdeckt wird, massive Folgen hat. Das heißt, wir hätten allein dadurch, dass der Steuersatz niedriger ist, mehr Aufkommen;

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? – Abg. Alfred Winkler SPD: Noch einmal! Das haben wir nicht verstanden!)

ein Teil wäre dadurch schon refinanziert.

Der nächste Teil der Refinanzierung geht dahin, dass es derzeit massive Umsatzeinbrüche in der Gastronomie an allen unseren Grenzen gibt, mit Ausnahme an der Grenze zu Bayern. An den anderen Grenzen – zu Frankreich, zur Schweiz, zu Österreich – sind unsere Gastronomen heute nicht mehr wettbewerbsfähig. Deren Umsätze gehen also zurück. Das könnte man mit einer Senkung des Umsatzsteuersatzes verbessern. Dafür sind wir.

Den Rest, wie wir die Refinanzierung der Steuerreform machen wollen, erzähle ich Ihnen in der zweiten Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte, von der Fraktion GRÜNE beantragt, beschäftigt sich mit wichtigen Fragen der Haushalts-, der Steuer- und der Wirtschaftspolitik – auf Bundesebene, auf Länderebene, für die öffentliche Hand insgesamt. Gern nehme ich die Gelegenheit wahr, um eine Bewertung der Frage „Wo stehen wir, Bund und Baden-Württemberg?“ vorzunehmen und eine Perspektive aufzuzeigen, was die Interessen unseres Landes bei all diesen Themen sind. Während sich andere Länder und der Bund in diesem Jahr in eine Rekordverschuldung begeben oder begeben müssen

(Abg. Alfred Winkler SPD: Hat er das verstanden?)

– ich sage das nicht mit Kritik –, hält Baden-Württemberg in diesem Jahr an dem Ziel der Nullneverschuldung fest und wird durch Zugriff auf Rücklagen und durch Sparmaßnahmen alles tun, damit nach 2008 auch 2009 ein Haushaltsabschluss ohne neue Schulden gelingt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Klar ist aber: Die wirtschaftliche Entwicklung ist nicht gut und wird auf absehbare Zeit nicht gut sein. Die Wirtschaft schrumpft in diesem Jahr in Baden-Württemberg um mehr als 6,5 %. Wenn die Wirtschaft um 6,5 % schrumpft, schrumpfen auch die Steuereinnahmen, allerdings um deutlich mehr als 6,5 %. Warum? Die Steuereinnahmen des Staates sind auf zwei großen Säulen aufgebaut. Die eine Säule ist die Besteuerung

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

erung von Umsatz, und die andere Säule ist die Besteuerung von Ertrag. Wenn die Wirtschaft um 6,5 % schrumpft, schrumpfen auch der Umsatz und damit die Umsatzsteuereinnahmen um 6,5 %. So weit, so schlecht.

Wenn aber die Wirtschaft um 6,5 % schrumpft, geht der Gewinn, der oftmals nur 2 %, 3 %, 5 % des Umsatzes ausmacht, auf null zurück, oder es tritt sogar eine Verlustentwicklung ein. Das heißt, die Ertragsteuereinnahmen gehen um deutlich mehr als nur 6,5 % zurück. Dies trifft zuallererst unsere Kommunen, weil sie in starkem Maß von Unternehmensgewinnen abhängig sind. Die Gewerbeertragsteuer ist die Steuerart dafür. Uns trifft die Entwicklung bei den Körperschaftsteuern, uns trifft die Entwicklung bei den Einkommensteuern auf unternehmerische Tätigkeit. Wir müssen also davon ausgehen, dass am 10. November dieses Jahres die Steuerschätzung für die nächsten Haushaltsjahre aufzeigt, dass sich die Steuereinnahmen gegenüber der schon schlechten Prognose vom Mai dieses Jahres eher noch schlechter entwickeln werden. So ist die aktuelle Lage.

Deswegen sind in der Tat kurzfristige Versprechen nicht sehr glaubwürdig. Deshalb enthalten wir uns bei diesen. Wir haben deswegen auf Bundesebene, auf Länderebene intensiv beraten. Ich glaube, dass unsere Reihenfolge richtig ist. Vorweg: Wir haben uns nicht auf ein Jahresdatum festgelegt, weil keiner weiß, wie lang in der Reihenfolge der erste Zeitraum, das Durchlaufen der Krise, dauern wird.

Es gibt durchaus Wirtschaftsfachleute, die sagen: „Schon im nächsten Frühjahr kommt wieder Wachstum auf uns zu.“ Aber aktuell sehen die Auftragseingänge in den Bereichen Nutzfahrzeuge, Maschinenbau und „Große Anlagen“ eher ernüchternd, eher negativ aus. Deswegen ist uns wichtig, dass für die Haushalts- und Steuerpolitik zunächst einmal die Bewältigung der Krise in der Reihenfolge ganz vorn steht.

Zweitens benötigen wir für die Krise und deren Bewältigung, ihre Abmilderung und vielleicht auch ihre Verkürzung Konjunkturpakete und Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen, die Sonderausgaben in Milliardenhöhe erfordern.

Diese Ausgaben – Stichwort Verschrottungsprämie und vieles andere mehr – werden über Sonderhaushalte finanziert. Die Tilgung der dazu aufgenommenen Schulden ist vom Deutschen Bundestag ausdrücklich beschlossen und von der Koalition in Berlin vorgesehen. Das heißt, wir müssen erreichen, dass die besonderen Schulden nicht zu den allgemeinen Schulden addiert, sondern innerhalb einer mittelfristigen Haushaltsplanung zurückgeführt werden. Das ist der Wille der Kanzlerin, der von Herrn Steinbrück und auch von der großen Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Dann bauen wir darauf, dass die Wirtschaft 2010 oder 2011 wieder wächst. Wenn also Nutzfahrzeuge, Maschinenbau und Pkws eine Stärke Baden-Württembergs sind und die Zahl der Aufträge in diesen Bereichen derzeit weltweit stagniert oder gar zurückgeht, dann entsteht auch ein Nachholbedarf. Ich baue darauf, dass unsere Wirtschaft die Krise übersteht und mit unserer Hilfe, mithilfe der Bürgschaften auch ein Zukunftsbeitrag geleistet wird und dann in normalen Auftragsjahren die nachzuholenden Aufträge kommen. Ich schließe also ein besonders starkes Wachstum im Jahr 2011 nicht aus, sondern baue ausdrücklich darauf.

Die Verantwortung des neu zu wählenden Deutschen Bundestags und der Länder im Bundesrat, die Verantwortung der nächsten Bundesregierung beginnt 2009 und schließt den Haushalt für das Jahr 2014, der noch von der neuen Bundesregierung aufzustellen ist, ein. In dieser Phase von 2009 oder 2011 bis 2014 mit hoffentlich anhaltendem neuem Wachstum und daraus folgenden sinkenden Arbeitslosenzahlen, geringeren Arbeitsmarktkosten, Steuermehreinnahmen und keinen weiteren Konjunkturpaketen muss eine Perspektive, die neben Sparen und Haushaltssanierung auch Investitionen und Steuerentlastungen einbezieht, erlaubt sein. Nein, sie ist sogar ausdrücklich geboten und angezeigt.

Deswegen meine ich, dass in dieser dritten Phase, wenn die Krise überstanden ist, wenn nachhaltiges Wachstum kommt, neben der Absenkung der Neuverschuldung auf Bundesebene – die Schuldenregel gilt für den Bund früher als für die 16 Länder; die Schuldenregel gilt bei ihm schon im Jahr 2016 und ist damit schon Gegenstand der mittelfristigen Finanzplanung der nächsten Bundesregierung –, neben der Konsolidierung der Haushalte auch Investitionen in die Forschung und Steuerentlastungen angezeigt sein müssen.

Ein zweiter Punkt kommt hinzu: Nach meiner festen Überzeugung haben wir im Steuerrecht erheblichen Reformbedarf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: So ist es!)

Niemand kann erklären, warum an der Wurstbude oder bei McDonald's der Verzehr im Lokal mit 19 % und die Mitnahme in der Tüte mit 7 % Mehrwertsteuer belegt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn die Verkäuferin bei McDonald's fragt: „Zum Mitnehmen oder zum hier Essen?“, entscheidet sich das Steuermaß. Das ist schlichtweg abwegig. Niemand wird behaupten können, dass jede Regel im Lohnsteuer- und Einkommensteuerrecht für den Bürger noch nachvollziehbar ist. Hier wäre neben einer Steuersenkung auch eine Steuervereinfachung

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

eine dringende Aufgabe, der sich kluge Köpfe im Deutschen Bundestag annehmen sollten.

Ich glaube nicht, dass der Steuergesetzgeber mit dem geltenden Steuerrecht in Zukunft beim Bürger auf Zustimmung wird stoßen können und glücklich wird.

Ein weiterer Punkt. Noch vor 20 Jahren haben nur 6 % der Bürger mit ihrem Einkommen den Spitzensteuersatz erreicht. Immer mehr Normalverdiener – der Tarifangestellte bei der Sparkasse, der Techniker bei Bosch, der Amtsrat beim Land – erreichen mittlerweile mit ihren letzten Einkünften den Spitzensteuersatz. Wenn der Spitzensteuersatz ernst gemeint ist –

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Alfred Winkler)

– Wenn seine Frau mitverdient, sind beide gemeinsam drin. Sie wollen ja, dass die Frau arbeiten kann.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel:
Dann verdoppelt es sich aber!)

– Wir wissen doch, dass heute über ein Drittel der Bürger mit ihrer Einkommensspitze im Spitzensteuersatz sind. Die 52 000 € im Jahr sind da erkennbar leistungsfeindlich,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

weil sich für immer mehr Bürger Mehrleistung, Aufstieg, Weiterbildung oder Überstunden nicht mehr lohnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das heißt, ich behaupte, der Spitzensteuersatz greift zu früh. Wenn man dann sieht, dass er mit über 40 % noch viele Jahre vom Soli ergänzt werden wird, und man will, dass die Mehrzahl der Bürger in Baden-Württemberg in den Kirchen bleibt, und man die Kirchensteuer zur Einkommensteuer hinzurechnet, dann muss man sagen, dass zu viele Bürger mit ihren Einkünften an der Spitze mit 50 % ankommen.

Das heißt, ich glaube schon, dass man hier einmal nachdenklich die Frage prüfen muss, ob der Spitzensteuersatz nicht wieder verstärkt für diejenigen, die besonders gut verdienen, für Spitzenverdiener, und nicht für Mittelverdiener angezeigt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Wir legen uns nicht auf eine Jahreszahl fest. Aber ein Regierungsprogramm trifft eine Gesamtaussage für die gesamte Legislaturperiode und damit auch für die Haushaltsjahre 2011, 2012, 2013 und 2014. Ich baue darauf, dass in dieser Zeit durch Wachstum auch Maßnahmen der Steuerabsenkung möglich, wirtschaftlich richtig und haushaltspolitisch sehr vertretbar sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Kollege Kretschmann sprach das Thema der Gastronomie an und hat die „Wielandshöhe“ erwähnt. Zunächst einmal: Die „Wielandshöhe“ ist ein guter Ort. Das wissen viele Grüne besser als viele andere.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Franz Unterteller: Besser als McDonald's!)

Ich möchte behaupten, dass in der „Wielandshöhe“, was ich gar nicht kritisiere, mehr grüne Stammwähler und Mandatsträger sind und auch der Koch dort den Grünen durchaus nahesteht, weswegen die „Wielandshöhe“ meines Erachtens hier nicht so verächtlich genannt werden darf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber um dieselbe geht es nicht primär. Es geht hier um ein Interesse, um einen besonderen Baden-Württemberg-Bezug. Dem Gastronomen in Brandenburg mögen die 19 % für seine Gaststätte eher egal sein. Unseren Gastronomen kann sie nicht egal sein, weil in den letzten Wochen eine Wettbewerbsverzerrung zulasten unserer Gastronomie erkennbar geworden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Warum? Bis vor einigen Monaten galt, dass für die Gastronomie, für Essen und Trinken, europaweit der volle Mehrwertsteuersatz erhoben werden muss. Dann hat sich Herr Steinbrück auf Bitten von Frankreich damit einverstanden erklärt, dass durch eine Verordnung der Europäischen Union die Nationalstaaten nach unten abweichen dürfen. Ein ermäßigter Steuersatz wird jetzt erstmals möglich, und Nachbarländer machen davon Gebrauch. Sarkozy setzt das in diesen Tagen um und ermäßigt den Steuersatz für seine Gaststätten in Frankreich und auch im Elsass auf 5,5 %. Österreich zieht nach. Die Schweiz war und ist bei diesen Fragen schon immer frei.

Wenn Sie mich einmal fragen, wo ich Wachstumsbranchen in Baden-Württemberg sehe, in denen man eine eher sinkende Zahl an Arbeitsplätzen im Maschinenbau und im Fahrzeugbau ausgleichen kann, dann gehören für mich die Themen „Küche und Keller“, „Tourismus und Freizeit“, „Natur und Kultur“ in Baden-Württemberg zuallererst dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gestern Abend haben die Dienstleistungsverbände ein Sommerfest veranstaltet. Auch der DEHOGA war dabei. Da waren tolle Auszubildende aus Bad Überkingen, tolle Meisterköche, Mittelstand, Familienbetriebe in großer Zahl und hoher Qualität vertreten. Um die geht es mir. Die „Wielandshöhe“ kämpft sich allein durch. Aber der Gastronom in einem Seitental des Schwarzwalds sieht ganz genau, wie im Elsass derzeit eine Wettbewerbsbegünstigung durch einen ermäßigten Steuersatz entsteht.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Der Gastronom am Bodensee sieht dies im Vergleich zu Vorarlberg und Tirol ebenso.

Nur deswegen plädieren wir dafür, nach der Bundestagswahl einen neuen Anlauf für einen ermäßigten Steuersatz in der Gastronomie zu unternehmen, um für die Gaststätten und das Beherbergungsgewerbe in Baden-Württemberg gleiche Wettbewerbschancen herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich glaube, dass dies ein typisches Interesse von Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit abschließend: Für uns behält die Haushaltspolitik Vorrang. Wir bauen darauf, dass neben der Haushaltspolitik und nach der Konsolidierung auch Steuerersenkungen möglich sind – zuallererst für die Gaststätten, aber auch für die Bürger, bei denen die Gefahr besteht, dass sie mit Einkommensteuer und Lohnsteuer zu hoch besteuert werden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deswegen erscheint hier meines Erachtens eine Entlastung mittelfristig angezeigt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich nun dem Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE, Herrn Abg. Kretschmann, das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt können Sie zugeben, dass Sie auf dem falschen Dampfer sind!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zu Ihrer Rede kann ich nur sagen: Hast du ein politisches Problem, halte eine Vorlesung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das kann aber auch nicht jeder! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der Inhalt ist wichtig, und der war sehr gut! – Weitere Zuerufe von der CDU)

Der Kern, um den es geht, ist die Frage: Können wir in einer schweren Wirtschaftskrise zugleich auf die Nullneuerschuldung bzw. beim Bund auf eine extrem niedrige Neuverschuldung von maximal 4 bis 6 Milliarden € zusteuern, Investitionen tätigen und Steuern senken? Das ist die Quadratur des Kreises,

(Abg. Jörg Döpper CDU: Haben Sie gerade nicht zugehört?)

und einen Kreis kann man bekanntlich nicht quadrieren. Darum ist das, was Sie insgesamt vertreten, unglaublich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist die einfache und klare Zusammenfassung dessen, worum es hier geht.

Wenn man eine Reform zur Vereinfachung des Steuerrechts vornimmt, muss man eine Voransage machen: Will man diese Steuervereinfachung durchführen und zugleich Steuern senken bzw. Steuern erhöhen, oder will man eine aufkommensneutrale Reform? Das sind die entscheidenden Aussagen, um die es in der heutigen Debatte geht. Mit allem anderen redet man am Thema vorbei.

(Beifall bei den Grünen)

In einer solchen Situation kann man nicht – jedenfalls nicht glaubwürdig – eine allgemeine Vorlesung über die Steuerpolitik halten, ohne zu sagen, ob die Steuern erhöht oder gesenkt werden sollen oder ob sie gleich hoch bleiben sollen. Das gehört zur Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit. Andernfalls haben die Bürgerinnen und Bürger von Ihren Aussagen nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben es selbst auf den Punkt gebracht: Bei einer schrumpfenden Wirtschaft, bei einem Wirtschaftsrückgang um schätzungsweise 6,5 % ist jedem klar: Selbst wenn wir nach der Krise wieder ein Wirtschaftswachstum haben, findet das von einem niedrigeren Plafond aus statt. Ich erinnere an die Ausführungen, die Sie vor Kurzem vor dem Finanzausschuss gemacht haben. Ich habe es in meinem ersten Beitrag schon erwähnt. Sie beschrieben, wie die sozialen Sicherungssysteme unter demografischen Druck kommen. Ich weise ganz aktuell

darauf hin, was es kosten wird, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen. In dieser Situation Steuernsenkungen zu versprechen, wie Sie, Herr Mappus, Sie, Herr Rülke, und die ganze CDU-Spitze es tun,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Und Sie mit Ihrem Grundeinkommen!)

ist nicht seriös. Ministerpräsident Oettinger rudert da irgendwie herum. Das geht nicht. Das ist keine glaubwürdige Politik.

(Beifall bei den Grünen)

Sicher gibt es bei der Mehrwertsteuer Reformbedarf, und man kann diese Steuer mit uns „flurbereinigen“, um die Widersprüchlichkeiten zu beseitigen. Aber das war gar nicht Ihr Motiv, Herr Ministerpräsident. Ihr Motiv war, dass Sie den fähenschwenkenden Wirten gefallen wollten. Das war der Grund.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hängen auch Arbeitsplätze mit dran! Das wissen Sie doch auch!)

Abgesehen davon ist es doch überhaupt höchst fragwürdig, Steueränderungen nur deshalb zu beschließen, weil es an der Grenze zu benachbarten Ländern zu Ungleichheiten kommt, die jedoch immer nur ganz wenige Leute betreffen. Daher ist auch die Begründung gar nicht glaubwürdig. Jeder weiß, dass das Essen im Elsass wesentlich teurer ist als bei uns.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hat für Sie der Tourismus keine Bedeutung? – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Jeder weiß, dass die Schweizer scharenweise in die grenznahen baden-württembergischen Kreise zum Essen kommen – und nicht umgekehrt die Baden-Württemberger in die Schweiz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Wo gehen Sie denn im Elsass essen? – Abg. Stefan Mappus CDU: Was essen Sie denn da?)

Die Krise der Gastronomie – die wir gar nicht bezweifeln – hat mit diesen Fragen überhaupt nichts zu tun.

Wenn es um die Frage der Wettbewerbsgleichheit mit den Franzosen geht, dann erinnere ich einmal an Folgendes: Die Franzosen haben einen Mindestlohn. Die können nicht wie unsere Bauern relativ billig Saisonarbeiter einstellen, die müssen denen viel mehr zahlen. In jedem Frühjahr gibt es wieder Proteste der französischen Bauern. Deswegen haben die Menschen dort von vornherein höhere Lebensmittelpreise.

Wissen Sie, das ist ein weites Feld. Damit Ihren ganzen Wirrwarr zu begründen, den Sie in der Steuerpolitik angerichtet haben, ist schon ein bisschen dürftig, möchte ich einmal sagen. Das ist ein bisschen sehr dürftig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was die „Wielandshöhe“ betrifft, so sind Sie mir freundlicherweise in die Falle gelaufen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ui!)

(Winfried Kretschmann)

Selbstverständlich haben wir nichts gegen die „Wielandshöhe“. Der ehemalige Außenminister Fischer hat letzters dort gespeist.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er genießt die Pension! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist noch etwas übrig geblieben? – Abg. Thomas Blenke CDU: Hat es gewirkt? Man könnte sagen, man sieht es! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Man kann es nur begrüßen, wenn Leute, die das Geld dazu haben, gut essen gehen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dafür sind die Grünen bekannt!)

Das kann man wirklich nur begrüßen. Aber dafür, dass nun diejenigen, die sich das nicht leisten können, sondern die bei Lidl und Aldi Lebensmittel einkaufen müssen oder Bücher für ihre Kinder kaufen müssen, mit einem erhöhten Mehrwertsteuersatz für diese Produkte es mitfinanzieren und subventionieren sollen, wenn der Außenminister in der „Wielandshöhe“ isst, gibt es allerdings keinen vernünftigen Grund.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wollen Sie jetzt einen gesplitteten Mehrwertsteuersatz?)

Jetzt komme ich noch einmal auf den Kern Ihrer Argumentation, vor allem auch der Argumentation der FDP.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Fischer hat gerade etwas anderes in der Pipeline!)

„Leistung soll sich wieder lohnen.“

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das ist Ihr Lieblingsspruch. Wir wissen ja: Die drei wichtigsten Programmpunkte der FDP heißen deswegen: erstens Steuersenkung, zweitens Steuersenkung und drittens Steuersenkung. Aber die Krise, in der wir sind, hat damit natürlich gar nichts zu tun. Wir stecken nämlich nicht deshalb in einer Wirtschaftskrise, weil die Facharbeiter oder die Ingenieure bei Daimler, Bosch oder sonst wo Leistungsverweigerung betreiben würden und sich in ihrer Leistung nicht gewürdigt fühlen würden, sondern wir sind in einer Krise, weil Daimler und Bosch ihre Produkte auf dem Weltmarkt nicht unterbekommen – und das in einer exportorientierten Wirtschaft, in der zwei Drittel der Produkte exportiert werden.

Was hat das jetzt mit der Frage zu tun, ob man hier die Steuern senkt oder nicht? Kaufen die Chinesen deswegen mehr Autos oder weniger? Das ist doch barer Unsinn.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Krise hat völlig andere Gründe. Sie wurde ausgelöst durch die Finanzmarktkrise. Dazu kommen Strukturprobleme, etwa in der Automobilbranche, die längst schon vor der Finanzmarktkrise da waren,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Durch diejenigen, die manche für Leistungsträger halten!)

falsche Produkte auf den Markt zu bringen, die nicht mehr oder nur schwer verkäuflich sind. Das ist der Grund der Krise. Diese hat nichts, aber auch rein gar nichts mit unserer Steuerpolitik zu tun.

Das ist eben die Falle, in die Sie laufen. Wenn man immer dasselbe behauptet, egal, was in der Wirklichkeit geschieht, egal, ob man einen Aufschwung oder einen Abschwung oder sogar eine schwere Wirtschaftskrise hat, dann liegt man eben voll daneben und muss unglaublich werden. Denn der Satz „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“ bringt Sie genau in diese Glaubwürdigkeitsfalle, weil niemand glauben kann, dass man, wenn man solche Schulden auftürmt, dazu noch, wenn man Nullneuerschuldung und Schuldenbremse beschlossen hat, Steuern senken kann. Wie soll denn das zusammenpassen? Unglaublich, völlig unglaublich!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn einem nichts mehr einfällt, dann nervt man den Kretschmann ein bisschen mit Schwarz-Grün-Debatten. Ich finde das wirklich putzig, Frau Berroth.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das war doch Herr Schmiedel! Unerhört, Herr Schmiedel! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der Schmiedel war's! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Schmiedel ist ja nicht in der FDP! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir nehmen ja nicht jeden!)

Ich finde es wirklich putzig, dass die FDP mir vorwirft, wir würden uns an die Brust der CDU werfen. Also die, die auf dem Schoß der CDU hocken, werfen mir vor, ich würde mich an die Brust der CDU werfen.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Der CDU-Generalsekretär Strobl hat ja bekanntlich gesagt: „Die FDP stört uns nicht beim Regieren.“

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Jetzt gab es den Fraktionsvorsitzenden Noll. Der hat irgendwie begriffen, dass das auf Dauer nicht gut gehen kann, und hat einmal versucht, der FDP auch in der Regierungskoalition etwas Profil zu geben. Was macht diese mutige Truppe hier vor mir? Sie sagt ihn heimlich ab.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das war ja wirklich ein grandioser Angriff!

Jetzt kommt Herr Schmiedel und wirft mir vor: „Sie wollen mit den Finanzchaoten, die Sie gerade kritisiert haben, koalieren.“ Dass jemand, der gerade mit ihnen koalitiert, mir vorwirft, ich wolle mit ihnen koalieren, ist auch ziemlich putzig.

(Heiterkeit bei den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich sage Ihnen ernsthaft, worum es geht. Wer mit uns koalitiert, kann das nur, wenn er unsere Kernanliegen –

(Winfried Kretschmann)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb finden Sie auch keinen! – Lebhaftes Heiterkeit und Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

– Langsam! Kein Übermut! Wenn wir unsere Kernanliegen der Nachhaltigkeit in der Ökologie, in den sozialen Sicherungssystemen und bei der Haushaltspolitik nicht durchbekommen – mit dem, der diesen Weg mit uns nicht mitgeht, koalieren wir in der Tat nicht, Herr Rülke –,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das merkt man!)

machen wir eine gute Oppositionspolitik

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fangen Sie doch einmal damit an! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wo denn? Davon merkt man nichts!)

und versuchen dort, die Wirklichkeit zu verändern. Denn wir wollen an die Regierung, um etwas zu verändern. Sie wollen an die Regierung, um Posten zu besetzen. Das ist halt der gravierende Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Das habe ich aber in den letzten drei Jahren anders mitgekriegt!)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält nunmehr der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Herr Kollege Kretschmann, natürlich koalitiert die SPD mit der CDU in Berlin; völlig klar. Aber das geht nur deshalb, weil wir einen Bundesfinanzminister Steinbrück haben, der jeden Tag aufpasst, dass bei der CDU die Sicherung nicht durchbrennt.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Passen Sie nur auf, dass nicht gleich bei Ihnen eine Sicherung durchbrennt!)

Herr Ministerpräsident, ich möchte auf drei Argumente eingehen, die Sie vorgetragen haben.

Das erste Argument: Sie haben sich auf die Schulter geklopft und gesagt, Sie hätten auch in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt. Sie haben dabei aber verschwiegen, dass Sie diesen Haushalt nur deshalb ausgleichen können, weil Sie auf Rücklagen zurückgreifen, die durch Schuldenaufnahmen entstanden sind.

(Unruhe)

Diese Rücklage ist Schuldengeld. 2007 hat der Finanzminister völlig ohne Not 1 Milliarde € an zusätzlichen Schulden aufgenommen, die nicht für den Haushaltsausgleich 2007 benötigt, sondern in eine Rücklage gestellt wurden. Diese Rücklage ist Schuldengeld. Wenn Sie 2009 den Haushalt mit Schuldengeld ausgleichen, können Sie sich doch nicht auf die Schulter klopfen und sagen: „Wir haben eine Nullnettoneuverschuldung.“ Sie haben 2009 einen Schuldenhaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Argument: Sie haben darauf hingewiesen, die Wirtschaft werde sich voraussichtlich ab 2011 erholen, dann könnte es neue Spielräume geben, und die neu gewählte Bundesregierung sei ja nicht nur für die Haushalte 2010 und 2011, sondern auch für die Haushalte 2012, 2013 und auch noch für die Aufstellung des Haushaltsplans 2014 zuständig. Das ist wohl wahr. Aber unsere gemeinsame Regierung in Berlin hat eine Finanzplanung bis zum Jahr 2013 gemacht, und der hat auch die CDU zugestimmt. Jetzt wiederhole ich, was ich schon vorhin gesagt habe: Das beinhaltet eine zusätzliche Schuldenaufnahme von 300 Milliarden €, beginnend ab 2010 mit 90 Milliarden €, dann sind es 70 Milliarden €, dann 50 Milliarden €, dann geht es ein bisschen herunter. 300 Milliarden €!

Allein aus der Wirtschaftsentwicklung gibt es keinen Spielraum für allgemeine Steuersenkungen, wenn wir das mit der Schuldentilgung ernst meinen. Deshalb muss man den Bürgern schon reinen Wein einschenken und darf sie nicht trösten und sagen: Vielleicht – wir haben das einmal aufgeschrieben – geht es doch. Da muss man schon hinstehen und sagen: Wenn wir in dieser Krise den Haushalt notgedrungen durch Aufnahme zusätzlicher Schulden ausgleichen, dann hat die Rückführung dieser Schulden erste Priorität. Punkt, basta!

(Beifall bei der SPD)

Das Dritte: Wenn man darüber nachdenkt – darüber kann man ja nachdenken, das hat in sich seine Berechtigung –, ob nicht zu viele Einkommen vom Spitzensteuersatz betroffen sind und deshalb in eine Steuersenkung einbezogen werden müssen, sollte man, wenn man sagt, ab 52 000 € beginne für den ersten zusätzlichen Euro der Spitzensteuersatz, die Tatsache nicht verwischen, dass im Durchschnitt für das gesamte Einkommen bis 52 000 € 25 % Steuer fällig werden und eben nicht 42 %.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was ändert das am Haushalt?)

Jetzt kann man darüber nachdenken und feststellen, bei 52 000 € setze diese Steuer zu früh ein, weil davon viele im Facharbeiterbereich betroffen seien. Die kommen allmählich da hinein. Okay, denken wir darüber nach. Dann muss man aber eine ernsthafte Gegenfinanzierung vorlegen und kann nicht darauf verweisen, dass es schon irgendwie mehr Steuereinnahmen gebe. Wenn man sagt, man brauche für die Gastronomie eine Entlastung bei der Mehrwertsteuer, ist es schon putzig – –

(Heiterkeit – Abg. Stefan Mappus CDU: Schmiedel und Kretschmann, alles putzig!)

Wer jetzt nach oben geschaut hat bei dem Gemälde, dass die Deutschen über den Bodensee in die Schweiz zum Essen fahren, weil dort der Mehrwertsteuersatz niedriger ist, oder ins Elsass, hat bei Herrn Straub ein fettes Grinsen gesehen, weil der im Leben nicht auf die Idee kommt, in die Schweiz zum Essen zu fahren, nie!

(Heiterkeit)

Warum auch? Dort ist doch alles teurer. Das ist nicht das Argument.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nein, der Präsident schätzt gute deutsche Küche!)

In Deutschland lassen sich durch den Wettbewerb keine höheren Preise durchsetzen. Deshalb sind hier die Preise deutlich niedriger. Darum geht es nicht, sondern unser Problem in der Hotellerie, in der Gastronomie, in den Tourismusregionen ist, dass zu wenig übrig bleibt,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

dass die Unternehmen nicht in der Lage sind, die notwendigen Investitionen für die Zukunft zu tätigen, um sich im Wettbewerb für die Zukunft aufstellen zu können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Weil ihr die zu stark besteuert!)

Deshalb muss man darüber nachdenken, aber dann muss man eine Gegenfinanzierung hinlegen, die vertretbar ist. Herr Ministerpräsident, mit Ihrem Vorschlag der Gegenfinanzierung, dass wir am ermäßigten Mehrwertsteuersatz drehen – 75 % der betroffenen Artikel sind Lebensmittel, und die Lebensmittelausgaben spielen für die Bezieher niedriger Einkommen eine wichtige Rolle, eine wesentlich größere Rolle als für die, die hohe Einkommen erzielen –, mit diesem Gegenvorschlag, ausgerechnet bei denen eine Erhöhung vorzuschlagen, haben Sie dieses Thema „Reduzierter Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie“ in den Sand gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Da bekommen Sie bei der CDU keine Mehrheit, bei der FDP keine Mehrheit und schon gar nicht bei der SPD. Da stehen Sie mutterseelenallein.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn man diese Debatte um Veränderungen an Steuertarifen führt, dann kann man nicht die allgemeine Konjunkturentwicklung pauschal als Gegenfinanzierung da hinstellen – das ist bei den zusätzlichen Schulden, die wir in diesen Krisenjahren aufhäufen, völlig unseriös –, sondern muss man echte Gegenfinanzierungsvorschläge machen. Wir sagen: Wir legen eine Schippe obendrauf bei der Reichensteuer, die wir gemeinsam eingeführt haben. Die können mehr tragen als die Bezieher kleiner Einkommen. Ferner gehen wir an die Börse und erheben eine Börsenumsatzsteuer, damit der Staat, damit die allgemeinen Steuerzahler entlastet werden, und zwar durch die Abführung eines Teils der Gewinne, die an der Börse erzielt werden, wenn die Wirtschaft wieder läuft. Das ist ein klares Profil, klare Kante, das ist durchgerechnet. Darauf kann man sich verlassen. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass wir einen großen Zuspruch für dieses Konzept bekommen und dass Sie für Ihre allgemeinen Versprechungen am Ende keine Zustimmung haben.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abg. Mappus, das Wort.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutige Debatte trägt die Überschrift: „Steuer-

erpolitik in der Krise braucht Glaubwürdigkeit“, Herr Kretschmann. Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn ich aus einem Grund ganz besonders hoffe, dass die Große Koalition nach dem 27. September nicht mehr besteht, dann vor allem deshalb, weil ich der Überzeugung bin, dass man danach bestimmte Dinge im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die mit Glaubwürdigkeit zu tun haben, wieder offener diskutieren kann, ohne dass es sofort missbraucht wird.

Schauen Sie: Wenn es um die Mehrwertsteuer geht, kann doch, glaube ich, niemand bestreiten, dass die Steuersätze in Deutschland manchmal schon ein bisschen schwer zu begründen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Wenn in einem Land Kindernahrung mit 19 % besteuert wird und Pornohefte mit 7 % besteuert werden, muss doch die Frage erlaubt sein, ob das in Ordnung ist, meine Damen und Herren. Es muss doch erlaubt sein, einmal darüber zu reden,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

ohne dass gleich argumentiert wird: Da will jemand Steuern erhöhen oder Ähnliches tun. Dies ist mit der SPD in diesem Land nicht möglich, wie man an der heutigen Debatte übrigens auch wieder sehr schön sehen kann.

Deshalb hoffe ich, dass wir die Große Koalition im Bund im September dieses Jahres beenden können.

Wenn Sie von Glaubwürdigkeit sprechen, Herr Kretschmann: Ich bin der Überzeugung: Zur Glaubwürdigkeit eines Steuersystems gehört, dass sich Leistung in einem Land lohnt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich möchte, dass in Deutschland in Zukunft ein Grundsatz wieder gilt, der im Moment meines Erachtens nicht gilt. Ich möchte einfach, dass jemand, der morgens aufsteht und arbeiten geht, deutlich mehr hat als einer, der liegen bleibt. So einfach ist das!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist schon so!)

– Nein, das ist nicht so. – Wenn Sie das Steuersystem in Deutschland betrachten – deshalb bin ich der Überzeugung, dass das einzige Steuerversprechen, das im Programm der CDU enthalten ist, auch richtig ist –, fällt etwas auf, bei dem ich mich – das muss ich ganz offen sagen – eigentlich wundere, dass nicht die SPD die Partei ist, die dieses Thema von morgens bis abends fährt. Vielleicht erklärt das auch, warum Herr Schmiedel die etwas bescheidenen Ergebnisse der Umfrage der SPD, die er zuerst geheim halten wollte, jetzt doch einmal an das Licht der Öffentlichkeit rücken müsste, leider nicht so ganz mit den Zahlen, die er sich im Zweifel bei der ganzen Thematik erhofft hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Völliger Unsinn!)

Bei diesem Thema, das eigentlich die SPD fahren müsste, ist doch eines klar: Untere und mittlere Einkommen – es gibt da-

(Stefan Mappus)

zu übrigens eine OECD-Untersuchung, keine von der CDU – sind in den letzten Jahren in Deutschland überdurchschnittlich belastet worden. Das ist übrigens auch relativ einfach zu begründen. Wenn Sie über eine Reihe von Jahren hinweg bescheidene Lohnsteigerungen haben, was wir wollten, weil es makroökonomisch richtig war, und gleichzeitig aber eine relativ hohe Inflation haben, dann muss doch jeder begreifen – das müssen sogar Sozialdemokraten und Grüne begreifen –, dass in diesen Bereichen das Nettoeinkommen in den letzten Jahren gesunken ist.

Wenn Sie die Einkommensentwicklung in der gesamten Republik betrachten, stellen Sie fest: Im oberen Segment lief es gut, im unteren Segment, bei den Transfereinkommen, haben wir mit regelmäßigen Steigerungen dafür gesorgt, dass es ganz ordentlich läuft, aber im unteren und mittleren Einkommensbereich derjenigen Menschen, die arbeiten müssen, ist in den letzten Jahren netto ein Minus herausgekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

Da diese Menschen jeden Euro, den sie zusätzlich bekommen, nahezu zu 100 % verkonsumieren und das Geld deshalb zurück in den Kreislauf gelangt, was übrigens auch wieder das Steueraufkommen betrifft, ist es doch logisch, zu sagen, dass wir diese Menschen im Zuge der Abschaffung der kalten Progression unterstützen und die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen entlasten. Nichts anderes steckt hinter der Idee, die die CDU hat. Ich bin der Überzeugung, dass dies glaubwürdig ist, dass dies richtig ist und dass dies bei den Menschen auch richtig ankommen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Noch etwas zum Thema Glaubwürdigkeit: Ich kann niemandem erklären – vielleicht können Sie es –, dass ein Land 5 Milliarden € für eine Abwrackprämie übrig hat, den Menschen aber gleichzeitig sagt, 6 Milliarden € für einen ersten Schritt zur Abschaffung der kalten Progression aufzubringen sei eigentlich so gut wie nicht möglich. Das können Sie nicht erklären.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: 15 Milliarden €! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer ist an der Regierung? – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

– Ja, wir sind an der Regierung, ganz genau.

Ich halte das für einen großen Fehler, Herr Drexler, und deshalb müssen wir das korrigieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das heißt, Sie halten die Abwrackprämie für einen Fehler? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Natürlich!)

Deshalb ist richtig, was im Programm steht. Die Kanzlerin sagt: Wenn die Wirtschaft wieder anspringt, geht ein Drittel dessen, was zusätzlich hereinkommt, in die Reduktion der Schulden, ein Drittel in die Senkung der Steuern im Zusammenhang mit der kalten Progression und ein Drittel in wichtige Zukunftsprojekte, vor allem im Bereich der Bildung. Ich

kann nicht erkennen, was daran unglaublich sein sollte, im Gegenteil.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil es nicht geht! Die Schuldenbremse! Das geht nicht!)

Ich bin der Überzeugung, dass wir das entsprechend machen werden.

Beim Thema Glaubwürdigkeit zu Ihnen, Herr Kretschmann, nachdem die Grünen diese Aktuelle Debatte beantragt haben: Sie werfen der FDP vor, sie sei nur auf Postenjagd. Herr Kretschmann, dazu kann ich nur sagen: Ich kann mich an zwei Gespräche unmittelbar nach der Landtagswahl 2006 erinnern,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Heiterkeit bei der FDP/DVP)

in denen ich, um mich sehr vorsichtig auszudrücken, nicht den Eindruck hatte, dass Sie damals bestimmten Posten besonders abgeneigt waren. Das sage ich auch klar.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich hatte eher den Eindruck, dass sich Abg. Kretschmann nach 20 Jahren Oppositionsbank durchaus vorstellen könnte, in diesem Land einmal etwas mehr Verantwortung zu tragen – wenn es sein muss, sogar auf dem einen oder anderen Posten. Daher sollten Sie das, was die Posten angeht, lieber in der Schublade lassen.

Wenn wir über das Thema Glaubwürdigkeit sprechen, Herr Kretschmann, dann erklären Sie dem Hohen Haus doch einmal eines: Sie wollen die CDU vorführen, weil sie die kalte Progression abschaffen will, beschließen auf dem eigenen Landesparteitag aber – sozusagen auf dem Weg zurück zu den Wurzeln – das Grundeinkommen für alle, ohne auch nur ansatzweise zu sagen, wie Sie das finanzieren wollen. Das hat mit Glaubwürdigkeit auch nichts zu tun, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb unter dem Strich – ich habe das schon beim letzten Mal gesagt –: Sie können in jeder Plenardebatte versuchen, einen Keil in die CDU zu treiben. Damit habe ich kein Problem. Das haben Sie in den letzten 20 Jahren nicht geschafft, und das werden Sie auch in den nächsten 20 Jahren nicht schaffen. Ich bin mir aber sicher, dass bei den Menschen gute Argumente ankommen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat man am Kommunalwahlabend gesehen!)

Deshalb glaube ich, dass die CDU mit dem, was sie im Wahlprogramm schreibt, nämlich Entlastung der Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, besser ankommt als Sie, wenn Sie einerseits das Blaue vom Himmel versprechen, andererseits aber ausgerechnet bei diesem Punkt sagen, das gehe nicht. Das hat mit Glaubwürdigkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält der Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion, Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Interessanterweise erscheint es mir so, als ob das Ziel dieser Debatte doch irgendwo wieder alle einen würde. Wir in diesem Haus sind doch sicher gemeinsam der Überzeugung, dass man sich die Fragen stellen muss, wie wir aus der Krise kommen und – es geht nicht nur darum, wie wir aus der Krise kommen – wie wir die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes so gestalten, dass wir auch zukünftig Wachstum haben und dass wir zukünftig Arbeitsplätze nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland schaffen. Das muss doch unser gemeinsames Ziel sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Worüber wir jetzt streiten, ist der Weg dahin und die Rolle, die die Steuerpolitik auf diesem Weg zu beschreiben hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Da haben wir offensichtlich zwei sehr unterschiedliche Ansätze. Da gibt es den einen Ansatz – eher von der linken Seite dieses Hauses – nach dem Motto: Das Wachstum, das Ende der Krise und die Arbeitsplätze kommen von selbst. Dann können wir Schulden zurückzahlen. Dann gibt es Steuereinnahmen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Quatsch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das war das Argument von Oettinger! – Unruhe)

Auf der anderen Seite dieses Hauses gibt es immerhin das Bewusstsein, dass Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze eben nicht von selbst kommen, sondern dass sich die Politik genau überlegen muss: Was kann man tun, damit Wachstum entsteht? Was kann man tun, damit wir Arbeitsplätze in diesem Land bekommen? Das sind die Fragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und in der Mitte des Hauses?)

Da glauben manche, Wachstum und Arbeitsplätze würden durch Steuererhöhungen entstehen,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das glaubt niemand!)

– nicht? –, es würde Menschen in diesem Land dazu motivieren, Investitionen zu tätigen, ein persönliches Risiko einzugehen, Arbeitsplätze zu schaffen, wenn sie höhere Steuern

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Unruhe)

und ein kompliziertes Steuerrecht zu befürchten hätten, das kein Mensch mehr versteht. Kollege Mappus hat zu Recht gesagt: Diejenigen, die morgens aufstehen, muss man motivieren. Man motiviert sie jedoch nicht durch höhere Abgaben und höhere Steuern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der hat aber die hohen Steuern verlangt!)

Meine Damen und Herren, deshalb wird umgekehrt ein Schuh daraus – umgekehrt! Wir brauchen erst die Motivation, und dann werden wir Wachstum haben. Deshalb sind wir für Steuersenkungen. Deshalb sind wir vor allem auch für ein einfacheres und durchschaubares Steuerrecht mit niedrigen Steuersätzen, das die Menschen auch verstehen und akzeptieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Nur das führt zu Investitionen. Nur das führt dazu, dass Menschen ein Risiko eingehen. Nur das führt dazu, dass diejenigen, die Stefan Mappus meinte, auch morgens aufstehen und nicht liegen bleiben.

Deshalb ist der richtige Weg der umgekehrte: Erst müssen wir für Wachstum sorgen. Ein einfacheres Steuerrecht mit niedrigeren Steuersätzen ist ein Wachstumsimpuls, meine Damen und Herren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Dann werden wir wieder Wachstum und auch höhere Steuereinnahmen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist das grundsätzliche, fundamentale Missverständnis, dem Sie, meine Damen und Herren, huldigen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist Voodoo! Das ist Voodoo-Ökonomie!)

Dann höre ich immer, dass wir uns das nicht leisten könnten. Das höre ich schon seit Langem. Bundesfinanzminister Steinbrück hat sein Amt im Jahr 2005 angetreten. Er hat es mit der höchsten Steuererhöhung aller Zeiten begonnen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat er allein gemacht? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat Frau Merkel verlangt! Was soll man da machen?)

Er wird in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als der Finanzminister eingehen, der es in nur vier Jahren geschafft hat, die höchste Steuererhöhung aller Zeiten mit der höchsten Neuverschuldung aller Zeiten zu verbinden. Das ist eine wahrlich „eindrucksvolle“ Leistung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Herr Steinbrück hat irgendwann einmal angekündigt, im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist wirklich ein Blödsinn!)

Dann war in einem aktuellen Haushalt die Rede von 11,5 Milliarden € Neuverschuldung. Gleichzeitig hat Steinbrück damals immer gesagt: Das, was die FDP da will – Steuersenkungen –, ist unrealistisch; wir können uns das gar nicht leisten. Meine Damen und Herren, aber jetzt können wir uns plötzlich eine Neuverschuldung in Höhe von 90 Milliarden €

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

leisten. Wie passt denn das zusammen? Ich sage Ihnen: Das passt überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD:
Das können wir uns jetzt auch nicht leisten! Aber wir
müssen es tun!)

Offensichtlich ist es so, dass man sich Schulden dann leisten kann, wenn man sie für notwendig hält. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Wir können uns auch Steuersenkungen leisten, wenn wir sie für notwendig halten und wenn sie hinterher zu Wachstum und zu Arbeitsplätzen führen. Das ist der grundsätzliche Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler
SPD: Menschenskinder, Sie können das nicht, wegen
der Schuldenbremse! Kapiert das doch einmal!)

Herr Kretschmann, Sie haben in Ihrem Beitrag gezeigt, dass Sie überhaupt nicht verstanden haben, worum es geht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD –
Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Liebe Leut! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das wird lustig mit Ihnen!)

Deshalb hat sich auch Ihr Finanzexperte, Herr Schlachter, in die letzte Reihe verzogen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das hängt mit
dem Alphabet zusammen!)

Vor Scham ist er fast unter die Bank gesunken, als er sich das anhören musste, was Sie vorhin erzählt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bärtl Mielich
GRÜNE: Was ist das für ein Blödsinn!)

Da erzählen Sie uns nun, die Steuerpolitik hätte nichts mit der Krise zu tun

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist ja eine Arroganz!
– Abg. Alfred Winkler SPD: Wir wollen unseren alten
Noll wieder haben! – Heiterkeit – Unruhe)

und die Krise sei nicht aufgrund der Steuerpolitik entstanden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wir wollen unseren alten
Noll wieder haben!)

Herr Kretschmann, herzlichen Dank für Ihren Hinweis. Das ist aber überhaupt nicht der Punkt. Wir diskutieren doch überhaupt nicht über die Ursachen der Krise, sondern wir diskutieren über eine vernünftige Steuerpolitik nach der Krise.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Es nutzt doch überhaupt nichts, wenn die Grünen hier über die Krise jammern und über mögliche Ursachen spekulieren, aber für die Zukunft kein Konzept haben. Wir brauchen doch Zukunftskonzepte; das ist der Punkt. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie geht es nach dieser Krise weiter? Da muss man sehr wohl über die Steuerpolitik reden, darüber, wie man es schafft, dass die Menschen aufstehen, um zu arbeiten, darüber, wie man es schafft, die Leute aus der Schwarzarbeit zu kriegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dubioses Zeug! Das sind
alte Kamellen, was Sie da erzählen! Alte Kamel-
len!)

Über eine vernünftige Steuerpolitik kriegen Sie die Leute auch aus der Schwarzarbeit, und das wiederum führt zu einer Verbesserung der Steuereinnahmen.

(Zurufe von der SPD)

– Zu euch komme ich gleich, Herr Schmiedel. – Sie erzählen immer etwas von der Reichensteuer.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die haben wir mit der
CDU eingeführt!)

– Das ist ja prima, freut mich. – Einerseits erzählen Sie immer: Man muss die Millionäre heranziehen; wir brauchen die Reichensteuer, da muss man zupacken. Sie haben sich auch immer eingebildet, das wäre bei Wahlen der große Renner. Bei der Europawahl haben Sie plötzlich gemerkt: Das ist nicht der große Renner.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da ging es aber nicht
um die Reichensteuer, da ging es um Europa!)

– Ja, ich komme gleich darauf. Da ging es um die Europawahl. Vorher haben Sie gepredigt, man müsse Reichen, wie z. B. den Familien Porsche und Piëch, mit Bürgschaften und Krediten unter die Arme greifen.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Beifall der Abg. Beate
Fauser FDP/DVP)

Da haben Sie plötzlich keine Berührungsängste, was die Millionäre betrifft.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So sieht es aus! –
Abg. Reinhold Gall SPD: Wir wollen die Kredite an
Firmen geben, nicht an Familien!)

Herr Schmiedel, so sieht es aus. Offensichtlich verfängt diese Politik gar nicht besonders. Deswegen müssen Sie auch die Ergebnisse der entsprechenden Umfragen verheimlichen.

Sie erzählen uns, hinterher käme die Rückzahlung. Der alte Satz von Keynes – in schlechten Zeiten muss der Staat aktiv werden, dann wird die Situation besser, die Steuereinnahmen sprudeln, und hinterher zahlen wir das zurück – hat noch nie funktioniert, bestenfalls der erste Teil. Herr Schmiedel, ich sage ganz eindeutig, Sie wären der erste Sozialdemokrat in der Geschichte, der das macht. Noch nie hat einer etwas zurückgezahlt.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg.
Alfred Winkler SPD: Dummes Zeug!)

Herr Schmiedel, ich sage Ihnen: Bevor Claus Schmiedel Schulden zurückzahlt, legt sich der Hund von Ute Vogt einen Wurstvorrat zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der
CDU – Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Schon wieder!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir kennen den Trick, sich hinter mich zu schleichen, um ein paar Behauptungen aufzustellen, auf die ich dann nicht mehr antworten kann. Aber dieses Mal habe ich noch Redezeit.

Herr Rülke, wenn man sich darüber mokiert, dass jetzt jemand in der letzten Reihe sitzt,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

will ich daran erinnern, dass Sie den Weg aus der letzten Reihe ganz nach vorn nur durch einen Putsch erreicht haben. Sie haben sich doch nach vorn geputscht.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:
Wie war das bei euch? – Unruhe)

Sie müssen sich einmal entscheiden, wofür die von Ihnen geplanten Steuersenkungen sein sollen. Einmal sagen Sie: Nur durch Steuersenkungen kommen wir aus der Krise – das war Ihre erste Einlassung –; denn ohne Steuersenkungen strengen sich die Leute nicht an, und dann gibt es auch keinen Weg aus der Krise. Das war Ihre erste Behauptung.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die zweite Behauptung war: Wir machen Pläne für die Zeit nach der Krise,

(Abg. Ingo Rust SPD: Was jetzt?)

wir senken also die Steuern, wenn wir aus der Krise herausgekommen sind. All das, was Sie machen, ist Voodoo. Da ist nichts berechnet, und deshalb funktioniert es auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Steuersenkungen auf Pump, Herr Rülke, sind wie Rücklagen auf Pump – unehrlich, versteckte Verschuldung – und sind Gott sei Dank aufgrund der Schuldenbremse künftig nicht mehr möglich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht nicht, Leute! Das ist unglaublich!)

Deshalb muss man sich klar dafür entscheiden, dass, wenn es wieder zu Steuermehreinnahmen kommt, die Rückzahlung der jetzt notwendigerweise aufgenommenen Schulden Priorität hat und kein Raum für allgemeine Steuersenkungen besteht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ihre Aussage, wenn Porsche einen Kredit bekomme, müsse man sich Sorgen um die Rückzahlung dieses Kredits machen, ist so abstrus, dass Sie in die Abteilung Rufschädiger gehören, die in dieser Diskussion leider eine schlimmer Rolle gespielt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lesen Sie einmal das Protokoll!)

Sie haben in der Öffentlichkeit so getan, als wäre Porsche ein Not leidendes Unternehmen, dem man unter die Arme grei-

fen müsse, damit es überhaupt über die Runden komme. Sie werden, wenn am Ende dieses Monats die Bilanz von Porsche veröffentlicht wird, sehen, dass das überhaupt nicht der Fall ist, sondern dass das Unternehmen floriert, dass dieses Industrieunternehmen aber – wie andere große Industrieunternehmen auch – zurzeit ein enormes Problem hat, wenn es um große Kredite geht, um die Liquidität, die Betriebsmittel sicherzustellen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Warum denn?)

Da sind die Banken nicht in der Lage, die ausfallenden ausländischen Kredite zu ersetzen. Da bedarf es eines Engagements einer Kreditanstalt. Sie können beobachten, dass schon heute darüber diskutiert wird, dass wegen dieser ausfallenden Kredite möglicherweise die Bundesbank künftig direkt in große Industriekredite einsteigen muss. Daran sehen Sie, wo das Problem liegt: Es liegt nicht daran, dass es Porsche schlecht ginge, sondern daran, dass nicht mehr die Liquidität zur Verfügung steht, die vor der Finanzkrise in Deutschland zur Verfügung gestanden hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Herr Mappus, es ist richtig: Im internationalen Vergleich sind die Arbeitseinkommen in Deutschland zu stark belastet. Das liegt nicht nur an den Steuern, sondern das liegt überwiegend an den Sozialabgaben.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Auch die Steuerlast bei den Arbeitseinkommen ist im internationalen Vergleich zu hoch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt!)

Aber wenn Sie den internationalen Vergleich dann auf die Kapitaleinkünfte ausdehnen, dann sehen Sie, dass die Kapitaleinkünfte in Deutschland zu gering besteuert werden.

(Abg. Ute Vogt SPD: So ist es!)

Das ist der Zusammenhang. Wenn wir uns darüber einig sind, dass die Arbeitseinkünfte entlastet werden müssen, dann muss man darüber reden, wie man im Gegenzug die Kapitaleinkünfte stärker heranzieht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist das Thema, über das wir reden, z. B. bei der Börsenumsatzsteuer. Wenn wir uns da einig sind, dann können wir für die arbeitenden Menschen etwas erreichen, nämlich eine Konzentration der Steuerentlastung auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Das muss aber mit einer anständigen Gegenfinanzierung bei jenen erfolgen, die stärkere Schultern haben und deshalb auch einen größeren Beitrag leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihr Beitrag, Herr Kollege Rülke, hat mich doch bewogen, noch einmal das Wort zu ergreifen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist aber nicht gut!)

Man hat Ihrer Rede einfach angemerkt, dass Sie auch in der Krise immer das sagen, was Sie sonst immer sagen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Immer das Gleiche! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Darum muss ich Ihnen sagen: Ihre Rede geht völlig an der Wirklichkeit vorbei. Einen Facharbeiter, einen Ingenieur oder einen Banker treibt heute nicht um, ob er morgen in der kalten Progression landet, sondern ob er morgen in der Arbeitslosigkeit landet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das ist das, was die Leute umtreibt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann sagen Sie vielleicht einmal Ihre Vorschläge!)

Betriebe versuchen sich schon mit Kurzarbeit über Wasser zu halten. Bekanntlich landet man mit Kurzarbeit nicht in der kalten Progression. Die Leute befürchten, dass es, wenn wir die Krise nicht bewältigen, so bleibt und sie nach der langen Zeit der Kurzarbeit auch noch entlassen und arbeitslos werden, weil den Betrieben die Aufträge wegbrechen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und dann von denen verunglimpft werden als diejenigen, die in den Betten bleiben!)

Das ist der Grund. Darum liegen Sie mit Ihrer Analyse völlig daneben und gehen auch an den Ängsten, die die Leute haben, völlig vorbei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch nicht!)

Bei denen, die in den Banken schaffen, ist es genau das Gleiche: Auch sie müssen aufgrund dessen, was durch diese ganze Finanzmarktblase geschehen ist, um ihre Arbeitsplätze fürchten. Das ist der Punkt, um den sich Facharbeiter und Ingenieure in diesem Land Sorgen machen. Das ist eine völlig begründete Furcht. Die Furcht, die Sie haben, ist unbegründet.

(Beifall bei den Grünen)

In einer Situation, in der wir überhaupt keine Inflation haben, in der man eher Angst haben muss, dass sich deflationäre Tendenzen breitmachen, ist doch die kalte Progression überhaupt nicht das Problem der Zukunft. Das kann doch jeder an fünf Fingern abzählen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist das aktuelle Problem! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Dann warten Sie einmal ein paar Monate ab! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie wissen doch selbst, dass

das Blödsinn ist, was Sie da erzählen! Spüren Sie etwas von Deflation, oder was? Das ist ja völlig daneben!)

– Doch, so ist es, ganz genau. – Deswegen liegen Sie auch da falsch. Ich habe Ihnen schon in meinem ersten Redebeitrag gesagt: Die Leute, die Sie im Blick haben, werden ab dem Jahr 2010 massiv entlastet, indem sie die Vorsorgeaufwendungen steuerlich anrechnen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 10 Milliarden €!)

Das hat ein Volumen von 40 Milliarden € bis in drei Jahren. Seien Sie einmal so gut!

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch nicht! Quatsch!)

Man kann doch keine Steuersenkung nach der Krise versprechen, wenn man in der Krise so massiv Schuldenberge aufhäuft hat, wie das jetzt geschehen ist. Das ist doch einfach abenteuerlich.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie erzählen aber immer das Gleiche!)

– Ja, ich erzähle das Gleiche, weil es richtig ist.

Drittens, Herr Kollege Rülke: Wie kommt man aus der Krise? Aus der Krise kommt man durch Innovationen, durch Kreativität und durch gute Bildung.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Und dazu braucht man Geld!)

Es erfordert Haushaltsmittel, um das richtig zu machen. Wenn wir also in Kernbereichen, die aus der Krise führen, etwas tun wollen, können wir in der Situation, in der uns die Steuereinnahmen wegbrechen und wir gar nicht wissen, wie wir die grundlegenden Aufgaben in diesen Bereichen – wie z. B. Kinderbetreuung oder Bildung – finanzieren sollen, die Leute doch nicht mit Steuersenkungen locken. Das ist doch einfach abwegig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Stefan Mappus CDU)

Zum Schluss, Herr Kollege Rülke: Kollege Schlachter sitzt wegen des Alphabets da hinten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei den finanzpolitischen Debatten sitzt er aber sonst vorn!)

Um Ihnen das klar zu machen, kann ich Ihnen einmal eine Anekdote erzählen. Zum Fraktionsvorsitzenden Wehner kam der Abgeordnete Zühlke und hat gesagt: Es ist doch ungerecht, dass ich, nur weil mein Name mit „Z“ anfängt, ganz hinten sitze. Da hat der Wehner zu ihm gesagt: Lass dich doch in „Arschloch“ umtaufen, dann hockst du vorn.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Unruhe)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Kretschmann, ich gehe davon aus, dass dieser Vorschlag jetzt nicht als Empfehlung an den Kollegen Schlachter gemeint war.

Ich will deshalb noch etwas sagen, weil ich versprochen habe, dass ich unsere Gegenfinanzierung aufzeige, die nun erneut wieder mehrfach angezweifelt wurde.

Herr Kretschmann, Sie haben deutlich gezeigt, dass Sie nicht blicken, worum es geht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Der Facharbeiter und der Ingenieur müssen keine Angst vor der kalten Progression haben; sie sind schon lange darin und leiden darunter. Wir wollen genau daran etwas ändern, damit wieder Arbeitsplätze in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland entstehen können. Das ist die richtige Reihenfolge.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich bin sehr dankbar, dass der Ministerpräsident und der Fraktionsvorsitzende Mappus auch deutlich gesagt haben, dass wir einen Reformbedarf im Steuerrecht haben. Die FDP-Steuerreform hat eine Eigenfinanzierungskomponente – ganz klar –, finanziert sich aber nicht komplett selbst. Etwa zwei Drittel müssen gegenfinanziert werden. Dazu haben wir, auch wenn Sie es immer wieder verneinen, stets konkrete Vorschläge gemacht. Dass diese Vorschläge nicht jedem gefallen, heißt nicht, dass sie nicht umsetzbar wären.

Es geht einfach darum, dass man nicht nur die Einnahmeseite betrachtet, sondern sich auch einmal ansieht, wofür dieses Geld ausgegeben wird. Wenn wir es schaffen, die Staatsquote zu senken, dann ist der Schuldenstopp auch erreichbar – wenn nicht, wie gerade im Bund, alles aus dem Ruder läuft.

Herr Schmiedel, Ihr Oberelektroingenieur Steinbrück hat offensichtlich nicht immer erreicht, dass die Sicherungen drinbleiben. Was im Moment an Staatsverschuldung im Bund läuft, das ist aus unserer Sicht unverantwortlich.

Aber Beispiele für die Gegenfinanzierung sind die Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug und effizienterer Personaleinsatz in der Steuerverwaltung. Es gab einen Bericht unseres Rechnungshofs, der darauf hingewiesen hat:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber Sie regieren doch! Das ist lächerlich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir sind dafür, aber Sie lehnen es ab! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wenn wir ein einfacheres Steuerrecht hätten, dann könnten wir die in der Finanzverwaltung tätigen Personen für die Aufgaben einsetzen, für die sie da sind, und müssten sie nicht dauernd schulen, etwa für das, was sich jetzt im Steuerrecht an Komplikationen wieder neu ergeben hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir machen Vorschläge für Effizienzpotenziale, z. B. beim Einkauf von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr, bei

der Organisation der Bundesagentur für Arbeit. Wir haben konkrete Kürzungen im Haushalt, Subventionsabbau und die Privatisierung von Bundesvermögen vorgeschlagen.

Der Ministerpräsident hat recht: Das geht nicht von jetzt auf sofort. Das haben wir auch nie behauptet. Aber man muss endlich damit anfangen. Das ist auch bei uns – genau wie Sie, Herr Kretschmann, es so schön erklärt haben – Voraussetzung dafür, dass wir eine Koalition überhaupt eingehen. Wir haben bei allen Koalitionsverhandlungen, nicht nur bei denen in Baden-Württemberg – in Bayern hat sich das zuletzt wieder erwiesen – ganz deutlich gezeigt, dass wir nur dann Koalitionen eingehen, wenn unsere Sachpositionen damit umsetzbar sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zusammengefasst: Was bedeutet Glaubwürdigkeit? Glaubwürdigkeit bedeutet für uns, zu sagen, was man will, zu begründen, warum man das will, und zu erklären, wie man es umsetzen will. Das haben wir, denke ich, auch in dieser Redeunde deutlich gemacht.

Ich habe eine Schlussfrage an Sie: Gehen Sie eigentlich davon aus, dass eine Politik glaubwürdig ist, die suggeriert, die Steuerzahler müssten dem Staat nur genügend Geld in die Hand geben, dann würde schon alles gut? Ich sage Ihnen eines: Ein immer perfekterer Umverteilungsstaat, wie gerade Sie ihn wollen – das haben Sie jetzt wieder deutlich dargelegt –, kann nie bessere Ergebnisse erzielen, weil er für die Verteilung so viel Kapazität braucht und für so hohe Kosten aufkommen muss, dass von dem, was Sie verteilen wollen, gar nichts mehr übrig bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie jetzt den Staat abschaffen?)

Am Ende steht dann nur noch die Verwaltung des Mangels: ein bis vor 20 Jahren auf deutschem Boden existierender Staat hat das deutlich gezeigt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Innere Sicherheit – Erfolgsmodell Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die für eine Aktuelle Debatte üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und fünf Minuten für die Sprecher in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist das Wohlfühl-land Nummer 1. Die Menschen leben gern in unserem Land.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt habe ich gedacht, die gingen alle ins Elsass!)

(Thomas Blenke)

Menschen aus anderen Bundesländern ziehen gern hierher. Das hat viele Ursachen. Eine davon ist sicherlich auch, dass sie hier objektiv sicher leben und sich auch subjektiv – das Sicherheitsgefühl – sicher fühlen. Eine gute Politik für die innere Sicherheit schafft deshalb auch Lebensqualität und ist ein Standortfaktor für unser Land.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Gehen Sie einmal nach Bopfingen!)

Die Menschen erwarten vom Staat völlig zu Recht, dass er als Inhaber des Gewaltmonopols ein Maximum an Sicherheit gewährleistet.

Schauen wir uns zunächst die objektiven Zahlen an. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik 2008 ist die Zahl der Straftaten in Baden-Württemberg erneut leicht zurückgegangen; sie sank um rund 3 %. Die Aufklärungsquote liegt nach der Polizeilichen Kriminalstatistik weiter auf einem sehr hohen Niveau. Positiv ist auch zu vermerken, dass die Anzahl der Gewaltdelikte insgesamt zurückgeht und die Zahl junger Tatverdächtiger insgesamt ebenfalls sinkt.

Dieser bundesweite Spitzenplatz, der Platz im oberen Feld hat natürlich Ursachen. Er ergibt sich nicht von allein, sondern ist hart erarbeitet. Man sieht auch, dass beispielsweise Maßnahmen der Prävention deutlich wirken.

Meine Damen und Herren, das sind die objektiven Zahlen, das ist die positive Seite.

Ich will aber nicht schönreden: Es gibt natürlich auch bedenkliche Entwicklungen. Ich verweise hierbei nur auf das Stichwort Internetkriminalität.

Ich nenne einen Punkt, der mir besonders nahegeht: Das ist die zunehmende Zahl an Übergriffen gegen Polizeibeamte. Diese Übergriffe sind unerträglich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Die zunehmende Zahl gewalttätiger Übergriffe gegen Polizeibeamte, die für unsere Sicherheit im Einsatz sind, ist unerträglich. Das ist bei großen Sportveranstaltungen, mittlerweile aber sogar auch bis in nachgeordnete Ligen hinein der Fall. Das ist bei größeren Menschenansammlungen und Festen bis hin zu kleineren Dorffesten der Fall.

Wir haben am vergangenen Wochenende ein solches schlimmes Ereignis in Bopfingen im Ostalbkreis erlebt, wo ein traditionsreiches Bürgerfest, zu dem Tausende von Menschen kamen, um friedlich zu feiern, friedlich beieinander zu sein, plötzlich von einigen chaotischen Gewalttätern, denen es nur darum geht, blind auf Polizisten einzuschlagen, umgekrempelt wurde.

Wir alle sind ratlos, was die Ursachen solcher blinden Gewaltausbrüche angeht. Aber hier sind wir gefordert; wir müssen uns da auch deutlich und schützend vor unsere Polizei stellen. Es darf nicht sein, dass die Polizisten solch blinden Gewaltorgien ausgesetzt sind.

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt der Alkohol; das ist ein weiteres Thema. 70 % aller Gewalttaten Jugendlicher gegen Polizisten – vermutlich

war dies dort auch der Fall – erfolgen alkoholisiert. Wir haben deshalb mit dem Beschluss unserer Koalition zu einem nächtlichen Verkaufsverbot für Alkoholika sicherlich einen guten Lösungsweg – vielleicht nicht die Lösung, aber doch einen Weg dorthin – eingeschlagen,

(Beifall bei der CDU – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber das ist doch jetzt nicht auf der Tagesordnung!)

und ich möchte hierfür ausdrücklich meinen Dank an die Koalition richten.

Meine Damen und Herren, die innere Sicherheit in Baden-Württemberg beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: das Personal, die Ausstattung und die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten.

Ich möchte zunächst zum Personal etwas sagen: Wir haben bei unserer Polizei in Baden-Württemberg hervorragende Mitarbeiter, die exzellent ausgebildet und auch gut motiviert sind. Ich möchte an dieser Stelle dem neuen Landespolizeipräsidenten – er ist heute erstmals hier im Landtag dabei – sehr herzlich zu seinem Amt gratulieren. Herr Dr. Hammann, Sie haben die Führung über eine hervorragende Mannschaft übernommen. Ich wünsche Ihnen für diese verantwortungsvolle Tätigkeit viel Erfolg und auch viel Glück.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben im Bereich des Personals in Baden-Württemberg seit Jahren kontinuierlich, Stück für Stück Verbesserungen in der Besoldungsstruktur vorgenommen. Aktuell setzen wir in dieser Legislaturperiode einen Schwerpunkt bei der Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung auf Vorschlag des Ministerpräsidenten mit dem Einstieg in den atmenden Stellenplan beschlossen, dass 1 400 zusätzliche Beförderungen im mittleren Dienst stattfinden können. Ich sage hier vor dem Hohen Haus: Wir erwarten, dass dies im Lauf dieser Legislaturperiode auch wirklich so umgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, die Personaldecke der Polizei ist zugestandenermaßen relativ dünn. Da muss man gegensteuern, und das tun wir auch. Wir haben im vergangenen Jahr einen Einstellungskorridor beschlossen, mit dem wir über mehrere Jahre hinweg jährlich 800 Neueinstellungen vornehmen können. 800 Neueinstellungen – das ist mehr als der eigentliche Ersatzbedarf, und das ist eine Vorsorge im Hinblick auf die künftig schwieriger werdende Altersstruktur. Wir erwarten, dass diese Beamten dann, wenn sie ihre Ausbildung abgeschlossen haben und in den Dienst der Polizei eintreten, zielgerichtet insbesondere dort eingesetzt werden, wo die Engpässe am größten sind. Wir haben Bereiche im ländlichen Raum, in denen es zum Glück relativ friedlich ist. Aber wir wissen – Stichwort Bopfingen –, dass immer etwas passieren kann. Dort, wo die Personaldecke sehr dünn ist, erwarten wir, dass die Beamten zielgerichtet eingesetzt werden.

Ich will zu den beiden anderen Säulen, zur Ausstattung und zu den rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, in der zweiten Runde Stellung nehmen und bedanke mich jetzt in der ersten Runde für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Jetzt kommt die Wahrheit!)

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, Werte Kolleginnen, Werte Kollegen! Das Thema „Innere Sicherheit“ und insbesondere die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist zweifelsohne eine Kernaufgabe, die der Staat zu erfüllen hat. Sie, Herr Innenminister, haben dieser Tage gesagt, dass sich unser Kontinent, dass sich Europa zu einem einheitlichen Sicherheitsraum hin entwickelt. Ich glaube, wir können unseren Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam sagen: Deutschland ist ein sicheres Land. Das gilt im Übrigen für alle Bundesländer und selbstverständlich auch für Baden-Württemberg.

Gleichwohl gibt es einiges zu verbessern – ich bin fast erstaunt, dass der Kollege Blenke dies bereits in der ersten Runde angesprochen hat –, gerade in Baden-Württemberg. Darauf will auch ich zu sprechen kommen.

Die Polizei und die Justiz auf der einen Seite tragen die Hauptlast dieser Arbeit, die dabei zu bewältigen ist und die letztlich aus der Verantwortung unseres Staates resultiert. Die Politik und insbesondere diejenigen, die sich in Regierungsverantwortung befinden, haben auf der anderen Seite die entsprechenden Rahmenbedingungen als Arbeitsgrundlage für die Polizei zu schaffen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen – das sollten wir in der Diskussion nicht vergessen –, dass eine Balance zwischen Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite zu gewährleisten ist, was zugegebenermaßen ein schwieriger Prozess sein kann. Der Grat, auf dem man sich da zu bewegen hat, kann schmal sein, insbesondere dann, wenn es um die Einschränkung von Bürgerrechten geht. Ich habe den Eindruck – wir haben es in diesem Haus in den zurückliegenden Monaten und Jahren ja häufig erlebt –, dass CDU und FDP/DVP diese Balance, die wir für dringend erforderlich halten, eben nicht halten können und – was noch schlimmer wäre; diesen Eindruck haben wir jedoch – auch nicht halten wollen,

(Beifall bei der SPD)

siehe die Verschärfung des Polizeigesetzes oder der massive Versuch, beim Versammlungsgesetz etwas zu verändern.

Unsere Polizei – das muss man sagen – trifft bei ihrer Tätigkeit auf eine Riesenbandbreite an Aufgaben, die zu bewältigen sind. Das geht vom Fahrraddiebstahl bis hin zum NATO-Gipfel. All diese Tätigkeiten, die in diesem Spektrum liegen, sind letztendlich zu bewältigen. Die Polizei hat sich um Kapitalverbrechen ebenso zu kümmern wie um die Aufnahme von Verkehrsunfällen. Sie hat sich mit Internetbetrügern auseinanderzusetzen, hat aber auch Schwertransporte zu begleiten. Sie ermittelt in Wirtschaftsdelikten, aber auch im Bereich der Kinderpornografie. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Dies tut sie gerade in Baden-Württemberg in einer außerordentlich angespannten Personalsituation, die allerdings über das Land, über die Polizei nicht per Zufall hereingebrochen ist, sondern in den zurückliegenden Jahren von der Landesregierung ganz bewusst in Kauf genommen wurde, nämlich durch die Personalreduzierung bei der Polizei mit all den ne-

gativen Folgen, die die Kolleginnen und Kollegen der Polizei auf den Polizeirevieren auszuhalten haben.

Sie haben sich zugegebenermaßen dann auf Druck der SPD in diesem Haus, aber auch auf Druck Ihrer eigenen Parteibasis, auf Druck der Städte und Gemeinden und nicht zuletzt auf Druck der Polizei doch bewegt und haben einen Einstellungskorridor geschaffen – Jahre zu spät, muss man sagen –, um den negativen Folgen noch entgegenzuwirken. Sie haben natürlich auch noch die Riesenaufgabe zu bewältigen, trotz der Pensionierungen, die in den kommenden Jahren in einer großen Anzahl anstehen – plus Ihr Stellenabbauprogramm –, nämlich von bis zu 8 000 Kräften bis zum Jahr 2020, die Personallage zu stabilisieren.

Ich prophezeie Ihnen: Dies werden Sie nicht kompensieren können. Wir werden im Gegenteil in den nächsten zwei bis drei Jahren mit einer weiteren Personalreduzierung auf dem Land, in den Revieren, in den Polizeiposten rechnen müssen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie werden mittelfristig gerade einmal den Rand des Kraters erreichen, den Sie selbst geschaffen haben, und dies, obwohl die Herausforderungen, die Anforderungen an die Polizei ständig größer werden.

Was macht die Landesregierung in dieser Situation? Sie tut nichts anderes, als ständig auf diese Tatsache hinzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es angesprochen: Der Personaleinsatz z. B. bei Fußballspielen nimmt dramatisch zu. Was macht die Landesregierung? Sie beruft einen Fußballgipfel ein –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Kritisieren Sie das?)

mit einem äußerst mageren Ergebnis. Es wurde gerade einmal vereinbart, jetzt vor Ort unter Federführung der Kommunen Ausschüsse zu bilden. Dann hat man vereinbart: In einem Jahr trifft man sich wieder. Sie haben z. B. auf Vorkommnisse zu Beginn dieses Jahres bei einem Fußballspiel in Mannheim nicht reagiert, bei dem gerade einmal die Hälfte aller eingesetzten Polizeikräfte mit einem Schutzhelm ausgestattet waren. Im Gegenteil, das Innenministerium hat die lapidare Antwort gegeben: „Wir sind dran. Aber dazu braucht man leider auch Geld.“ Mehr geschah bislang nicht.

Kriminelle, meine Damen und Herren, sind heutzutage technisch auf dem neuesten Stand. Was hat die Landesregierung gemacht? Sie hat in den zurückliegenden Jahren im Bereich der Sachkosten massiv die Mittel gekürzt. Dass unsere Polizeibeamtinnen und -beamten heutzutage ihre Privathandys benutzen, um kommunikativ auf dem neuesten Stand zu sein, ist keine Seltenheit, sondern Alltagsrealität. Dass mit einem großen Teil der Polizeicomputer nicht aufs Internet zugegriffen werden kann, ist ebenso fragwürdig wie all die anderen Maßnahmen, die im technischen Bereich gemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Die Tatsache, dass man mit einem großen Teil der Polizeicomputer nicht ins Internet gelangen kann, kommentiert das In-

(Reinhold Gall)

nenministerium – wie ich meine, relativ abschätzig – mit dem Satz: „Man kann sich darüber streiten, ob Beamte googeln können müssen oder nicht“ – gerade so, als ob diese den Computer als Spielzeug betrachteten.

Die Präsenz der Polizei ist häufiger gefragt denn je. Was macht die Landesregierung? Sie zwingt die Polizei zur Erledigung von Aufgaben im Rahmen des Nichtvollzugsdienstes, hält sie also von den Bürgern, von der Straße letztendlich fern und ist auch unfähig – das will ich so deutlich sagen –, die im Land völlig unterschiedliche Reduzierung des Nichtvollzugsdienstes – da haben wir ja gravierende Unterschiede in den einzelnen Landesteilen – endlich wieder auszugleichen, obwohl Sie das bereits seit Monaten zugesagt haben.

Bei der Kriminalprävention wachsen die Aufgabenbereiche. Sie wären in der Summe insgesamt eigentlich wichtiger denn je. Was macht die Landesregierung? Sie ist nicht einmal bereit, dafür im Haushalt eigenes Geld einzustellen, sondern nutzt zeitlich befristet die Landesstiftung hierfür und gibt auch heute noch keine Antwort, wie sie gedenkt, all diese guten präventiven Maßnahmen letztendlich fortzuführen.

Ich frage nochmals: Was macht die Landesregierung? Sie versucht mit dieser Aktuellen Debatte, von diesen Unzulänglichkeiten abzulenken und, noch schlimmer, dies im zweiten Teil der Aktuellen Debatte als „Erfolgsmodell Baden-Württemberg“ zu verkaufen. Kollege Blenke, in der ersten Runde scheint mir dies nicht gelungen zu sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU:
Diese Debatte wurde nicht von der Landesregierung
beantragt, Herr Kollege!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Innere Sicherheit – Erfolgsmodell Baden-Württemberg“: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, wer heute von einem Erfolgsmodell sprechen will, muss auch Erfolge vorweisen. Im Bereich der inneren Sicherheit sind es im Wesentlichen zwei große Bereiche, bei denen man sich bewähren muss. Man muss Gutes für die Polizei tun, man muss dafür sorgen, dass die Polizei nicht nur gut ausgestattet, sondern auch hoch motiviert ist und ihren Job unter guten Rahmenbedingungen machen kann. Das tun Sie nicht, sage ich. Sie haben die Polizei jahrelang vernachlässigt und haben an diesem Punkt Defizite; Sie sind bei der Polizei weit von einem Erfolgsmodell Baden-Württemberg entfernt.

(Beifall bei den Grünen)

Der zweite Punkt ist: Wenn man innere Sicherheit praktiziert, erlässt man Gesetze und verhängt Maßnahmen gegen Bedrohungen und gegen Kriminalität, die zwingend immer in Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern eingreifen. Da muss man in der Lage sein, mit großer Sensibilität und Sorgfalt diesen Spannungsbogen zu halten. Wenn man auf die letzten Monate schaut, stellt man fest, dass alle Ihre Gesetzesvorhaben – und die FDP/DVP war immer dabei – in Karlsruhe letztendlich an wichtigen, zentralen Punkten gescheitert sind. Beim Polizeigesetz und bei der Speicherung von Telekommunikations-

daten weiß der Innenminister jetzt schon, dass er sein Gesetz umschreiben muss, weil das Thema Vorratsdatenspeicherung eine klare Antwort finden wird. Beim Kfz-Kennzeichen-Screening mussten Sie Ihren Gesetzentwurf umschreiben, Herr Minister, weil Sie auch da weit über das Ziel hinausgeschossen sind.

(Minister Heribert Rech schüttelt den Kopf.)

Das letzte und aktuellste Beispiel war der Entwurf zum Versammlungsgesetz, den Sie mittlerweile auch in den Reißwolf stecken konnten, weil er verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht gerecht geworden ist.

Wer derartige Gesetzesarbeit hier im Landtag vorlegt, hat keine Berechtigung, von einem „Erfolgsmodell Baden-Württemberg“ in der inneren Sicherheit zu reden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Polizei hat der Kollege Gall das Richtige gesagt. Man ist wirklich geneigt, zu sagen: Die Polizei macht in diesem Land einen guten Job, obwohl Sie regieren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt einmal langsam!)

Meine Damen und Herren, ich frage mich manchmal: Woher nehmen die Kolleginnen und Kollegen draußen noch die Motivation? Wir sind ja ständig draußen. Gerade am Wochenende habe ich es wieder im Rhein-Neckar-Kreis erlebt: Tagsüber ein Einsatz bei einer Nazidemonstration, abends auf dem Hockenheimring beim Metallica-Konzert. Kolleginnen und Kollegen der Polizei sind da bis zu 16 Stunden im Einsatz. Da hören Sie schöne Sachen über die Motivation und darüber, wie lange das noch gut gehen wird, wann denn endlich eine Entlastungsoffensive kommt und wann all die Versprechungen der Landesregierung Wirklichkeit werden. Aber es ist erst einmal nichts in Sicht.

Machen wir uns da nichts vor. Der atmende Stellenkörper, Herr Kollege Blenke, ist das wie eine Monstranz vor sich hergetragene, bislang jedoch unerfüllte Versprechen einer Dienstrechtsreform, einer echten Polizeireform. Gleichzeitig wissen wir mittlerweile, dass jeder achte Polizeibeamte in Baden-Württemberg einer Nebenbeschäftigung nachgehen muss. Also meine Chancen, abends in meiner Gemeinde meinen „Lieblingspolizisten“ hinter dem Tresen beim Bedienen zu treffen, sind in den letzten Jahren offensichtlich gewaltig gestiegen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was ist Ihr Lieblings-tresen?)

Wenn das eine Zukunftsperspektive für den Polizeiberuf in Baden-Württemberg sein soll, frage ich mich, in welcher Welt Sie eigentlich leben. Da gibt es offensichtlich Bedarf. Da haben Sie in den letzten Jahren nichts getan. Das gilt für den Bereich Personalabbau insgesamt. Der Personalabbau geht ja weiter. Er geht bis zum Jahr 2010. Wir haben die Spitze dessen, was Sie beschlossen haben, noch gar nicht erreicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Spitze heißt in diesem Fall Talsohle!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Das heißt, die richtig großen Belastungen kommen in diesem Jahr, kommen im nächsten Jahr, kommen im übernächsten Jahr, und erst 2012, Herr Innenminister, wirkt Ihr viel zu spät beschlossener neuer Einstellungskorridor mit den bis zu 800 Anwärterinnen und Anwärtern für jedes Jahr. Da sind Sie einfach Jahre zu spät gekommen, um eine echte Entlastung für eine stark belastete Polizei anzubieten. Massive Überalterung,

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

immer größere Diskrepanzen zwischen Sollstärke und Iststärke, Dienstunfähigkeitszeiten, all das bekommen wir auf den Revieren ständig serviert. Das sind die Alltagsprobleme der Polizei. Dafür haben Sie bisher keine Antworten und Konzepte vorgelegt, sondern immer nur Bekundungen und Absichtserklärungen.

Auch beim Thema Gewalt – was Kollege Blenke sagte, entspricht der Wahrheit – sind Sie ratlos. So stelle ich mir eine erfolgreiche innere Sicherheit in Baden-Württemberg vor!

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie sind ja genauso ratlos!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Sckerl!

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Oh, er kann den Namen sagen!)

Aber erst muss ich sagen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Sckerl, das war ja nun wieder einmal ein Höhepunkt an Verdrehung.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Wenn Sie sagen, alle unsere Gesetze seien in Karlsruhe gescheitert, möchte ich Sie an Folgendes erinnern: In Karlsruhe ist noch kein Gesetz gescheitert, das von dieser Regierungsmehrheit hier beschlossen wurde. Gescheitert sind Gesetze, die die rot-grüne Koalition oder die schwarz-rote Koalition in Berlin beschlossen haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie der Landesregierung vorwerfen, sie vernachlässige die Polizei, weise ich das zurück. Das ist nicht wahr; das können Sie anhand der Zahlen und der verschiedenen Maßnahmen genau nachvollziehen.

Eines will ich hier auch sagen: Sie beschimpfen sogar noch die Polizei. Ich denke an diese schrecklichen Vorfälle, etwa als sich Ihr Kollege Schlauch bei einer Demonstration am Kernkraftwerk Neckarwestheim in übelster Weise ausgelassen hat. Tun Sie doch nicht so, als wären Sie derjenige, der die Polizei in Schutz nehmen will.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Genau so ist es!)

Wenn wir sagen: „Wir warten mit der Novellierung des Versammlungsgesetzes, bis wir wissen, was das höchste Gericht in Karlsruhe entscheidet“, dann werfen Sie uns das ebenso vor, wie Sie es uns vorwerfen würden, wenn wir das Gesetz jetzt schon voreilig verabschiedet hätten. Was soll denn das? Bleiben Sie doch bitte sachlich und auf dem Teppich.

Herr Kollege Gall, jetzt zu Ihnen. Sie sprechen davon, man würde die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit nicht einhalten.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Da knicken Sie doch immer ein!)

Ich kann hier nicht für die CDU sprechen, aber eines will ich Ihnen sagen: Von Ihnen und aus Ihrer Regierungszeit in Berlin kennen wir genug Fälle, bei denen Sie die Bürgerrechte nicht eingehalten, sondern eingeschränkt haben. Das ging so weit, dass Sie Flugzeuge abschießen wollten, was Ihnen das Gericht verbieten musste.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und in Baden-Württemberg knicken Sie immer ein!)

– Herr Kollege Stickelberger, wir sind in Baden-Württemberg – wenn Sie die Liberalen meinen – noch nie eingeknickt. Wir werden auch künftig nicht einknicken.

(Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr seid schon immer auf den Knien!)

Also, langer Rede kurzer Sinn: Die Opposition kann es drehen und wenden, wie sie will – Sie haben ja Ihre Argumente an den Haaren herbeiziehen müssen –: Baden-Württemberg ist ein sicheres Land im bundesweiten Vergleich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Dazu ist schon sehr viel gesagt worden. Bei uns funktioniert alles. Wir haben einen neuen Landespolizeipräsidenten, der heute nur einen Schönheitsfehler aufweist: Er kommt in einem schwarzen Hemd.

(Heiterkeit)

Aber das ist ja eine Frage der individuellen Modegestaltung. Ansonsten hat er sehr gute und vernünftige Vorschläge gemacht, wie wir dieses Problem der gewaltbereiten Jugendlichen, das meistens aufgrund von Alkoholexzessen entsteht, angehen sollen. Ich will nur eines sagen: Wer das Saufen nicht vertragen kann, soll es lassen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Unruhe bei der SPD)

Wir werden das durch die erforderlichen Maßnahmen beschränken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Tolles Argument!)

– Ja. Ich will Ihnen sagen: Wir legen auch Wert darauf, dass wir dahin kommen, dass man, wenn man sich dem Alkohol

(Hagen Kluck)

hingibt, einer gewissen sozialen Kontrolle unterliegt. Deswegen sind wir für Gastwirtschaften. Da finden solche Exzesse nicht statt. Die finden auf Straßen und Plätzen statt. Da müssen wir schauen, wie wir das einschränken können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

Ich will Ihnen noch eines sagen: Auch wir sehen mit Entsetzen die Respektlosigkeit, die der Polizei entgegengebracht wird. Wir stehen aber nicht ratlos davor, sondern wir werden dafür sorgen, dass der Polizei wieder der Respekt verschafft wird, der ihr gebührt.

Zu dem, was Sie über den Fußballgipfel gesagt haben, will ich Ihnen sagen: Das ist ein sehr guter Ansatz. Sie können natürlich sagen: Die örtlichen Ausschüsse sind völlig unsinnig. Wir sagen aber: Nein, sie sind richtig, weil die Probleme vor Ort auftreten und weil sie dort besprochen werden müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Gipfel, den Ihre Bundesregierung anberaumt hat, fiel schon deswegen ergebnismäßig sehr schlecht aus, weil nicht einmal die Hälfte derjenigen kamen, die sich daran hätten beteiligen sollen. Bei uns waren alle dabei. Bei uns waren auch die Fanklubs dabei. Wir bemühen uns, das in die Tat umzusetzen. Sie werden sehr rasch sehen können, dass wir auch dieses Problem in den Griff bekommen, so wie wir alle Probleme der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg in den Griff bekommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben keinen einzigen Punkt genannt, wie Sie das machen wollen! Alkoholverbot in Stadien: Ja oder Nein?)

– Natürlich wollen wir ein Alkoholverbot in den Stadien. Nach den Richtlinien des Deutschen Fußball-Bundes gibt es dies schon heute.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es muss nur darauf geachtet werden, dass es eingehalten wird.

Wir werden weiter dafür sorgen – lassen Sie mich das zum Schluss der ersten Runde sagen –, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg sicher fühlen können, ohne dass ihre Freiheitsrechte eingeschränkt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Ich erteile Herrn Innenminister Rech das Wort.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte sehr darum und appelliere, in der ersten Runde zumindest einmal die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Herr Kollege Sckerl, Sie sagen, die Polizei, der Innenminister seien aufgefordert, Erfolge vorzuweisen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Sehen Sie sich die Fakten an – in der zweiten Runde sprechen wir noch darüber –; die Fakten sind so, wie sie sind. Soldaten können Sie anschreien, Zahlen nicht. Herr Kollege Blenke hat deutlich gesagt, wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landes aussieht; ich will das nicht wiederholen. Wir haben im Jahr 2008 wiederum ei-

nen Rückgang um 3 %, und wir haben eine nachhaltig hohe Aufklärungsquote. Das gilt übrigens auch hinsichtlich der Jungtäter unter 21 Jahren: Natürlich haben wir Auswüchse zu verzeichnen, die wir früher nicht kannten. Insgesamt ist die Zahl junger Tatverdächtiger aber um über 8 % zurückgegangen. Es ist also nicht alles so schlecht, wie es die Opposition gern hätte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe gesagt: Baden-Württemberg ist ein sicheres Land!)

Auch in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Straftaten wieder deutlich rückläufig. Der Rückgang gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs beträgt insgesamt fast 7 %.

Ich will noch auf etwas anderes hinweisen, weil das in der Debatte meist zu kurz kommt: Auch die Verkehrssicherheitslage ist bei uns hervorragend, also deutlich besser als in jedem anderen Flächenland. Natürlich haben wir 2008 mit 551 tödlich verletzten Unfallopfern immer noch zu viele Verkehrstote, aber mit dem Rückgang von 12 % sind wir nun auf einem historischen Tiefstand. Die Verkehrssicherheit ist ebenfalls eine zentrale Aufgabe der Polizei; deshalb erwähne ich das hier.

Meine Damen und Herren, ich will unterstreichen: Wir haben, was die Zahlen anbelangt, eine außerordentlich gute Sicherheitslage. Es geht aber nicht nur um die Zahlen, sondern auch um das Empfinden der Menschen, der Bürger in unserem Land. Da zeigt sich, dass sich die Menschen hier sicherer fühlen als irgendwo anders. Das ist ein hervorragendes Ergebnis einer Polizei, die sich in den letzten zehn, 15, 20 Jahren ganz deutlich zu einer Bürgerpolizei, zu einer präventiven Polizei gewandelt hat. Nach wie vor muss sie repressiv handeln; das ist gar keine Frage. Aber mit hohem persönlichen Einsatz, mit hoher Motivation und mit hohem Personaleinsatz hat die Polizei viele weitere Aufgaben übernommen, beispielsweise in kommunalen Kriminalpräventionsprojekten. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Polizei in der Bürgerschaft ganz anders wahrgenommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt hat sie – auch das ist angedeutet worden – völlig unbestreitbar und klar eine Fülle neuer Aufgaben hinzubekommen, die sie mit einer unverändert dünnen Personaldecke bewältigen muss. Auch das sage ich immer dazu, damit es im Bewusstsein bleibt: Vieles von dem, was unsere Polizei jetzt zusätzlich schultern muss, wäre eigentlich nicht ureigene Polizeiaufgabe. Wir in der Gesellschaft sind sehr schnell bei der Hand, alles oder doch vieles bei der Polizei abzuladen, was zunächst einmal nicht dorthin gehört. Wir werden noch über manches sprechen müssen.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Ich bin davon überzeugt, dass wir erstens – Herr Kollege Kluck, da sind wir uns in den Regierungsfractionen einig – die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit halten. Da lassen wir uns nicht beirren. Das ist eine Daueraufgabe für beide Koalitionsfractionen.

Ich bin dem Kollegen Goll außerordentlich dankbar, dass die Zusammenarbeit gerade auf diesem hochsensiblen Gebiet so intensiv, so gut und vertraulich ist. Wie gut die Balance ist, sieht man an vielen Beispielen im Polizeigesetz. Wo haben

(Minister Heribert Rech)

wir da irgendwelchen Nachholbedarf? Wo ist die Balance nicht eingehalten? Wo ist da irgendetwas Rechtswidriges beschlossen worden? Zum Versammlungsgesetz liegt ein Entwurf vor. Dabei haben wir beide übereinstimmend gesagt:

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir orientieren uns an den Vorgaben des Gerichts, wenn das Urteil in der Hauptsache vorliegt. Das ist doch das Natürlichste von der Welt, meine Damen und Herren. Da werden wir gute Lösungen finden. Davon bin ich überzeugt. Deswegen noch einmal einen Dank an die FDP/DVP. Das läuft hervorragend.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass die Polizei weiterhin – auch unter schwieriger gewordenen Bedingungen – motiviert arbeiten wird. Ich bin davon überzeugt, dass unser neuer Landespolizeipräsident, Dr. Hammann, die Linie unbeirrt fortsetzen wird, die die Polizei in den letzten Jahren zu diesen Erfolgen geführt hat. Ich sage „in den letzten Jahren“, weil das keine Eintagsfliege gewesen ist. Wir haben diese Zahlen, die ich vorhin noch einmal unterstreichen wollte, jetzt schon seit über zehn, zwölf Jahren.

Meine Damen und Herren, es gibt vieles, über das wir reden müssen. Kollege Blenke hat drei Punkte genannt. Zum Personal und zur Besoldung muss ich nichts sagen. Wir werden dies umsetzen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gebt endlich Gas! Macht doch einmal etwas!)

Jetzt zur Ausstattung, meine Damen und Herren. Kollege Sckerl kommt immer mit dem alten Hut von den Privathan-dys und so einem Käse.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt aber!)

– Waren Sie das?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja! Das stimmt doch aber!)

– Wenn Sie das behaupten, dann ist es umso schlimmer, weil Sie es besser wissen müssten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich sehe es doch immer vor Ort bei Einsätzen!)

Herr Sckerl, ich entschuldige mich ausdrücklich. Es hätte von Ihnen sein können, aber Herr Gall ist in letzter Zeit noch besser drauf.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von wem kriegen sie die Funkgeräte? Von der Feuerwehr! Das ist doch die Wahrheit! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Herr Gall, Sie nehmen aber bitte zur Kenntnis,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der Sckerl würde das auch unterschreiben!)

dass wir das erste Flächenland sind, das den Digitalfunk einführen wird. Das ist ein großer Quantensprung.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wird! – Abg. Claus Schmiedel SPD: In der Zukunft!)

Ich will Ihnen sagen, wo in den letzten Jahren der Bremsklotz saß. Das war Otto Schily mit seinem zentralistischen Ansatz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist gar nicht wahr! Fangen Sie nicht wieder mit den alten Kamellen an! – Unruhe)

– Natürlich! So war es aber! So war es.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt werden Sie nicht unsachlich!)

– Ich habe es miterlebt.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Sagen Sie uns, wie lange Sie brauchen, um die Standorte zu finden! – Unruhe)

Herr Präsident, darf ich weiterreden?

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht die Galle überlaufen lassen! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Baden-Württemberg ist das erste Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland, das den Digitalfunk einführen wird, weil wir die Konzeption haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Vor drei Monaten waren wir auf einem guten Weg! Jetzt ist der Schily wieder schuld! – Unruhe)

Herr Kollege Sckerl – nein, es war wieder Herr Gall, der gesagt hat,

(Zurufe, u. a. des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

das Internet sei für die Polizeibeamten nicht zugänglich. Herr Gall, Sie sind ja auf diesem Gebiet nicht ganz unbedarft. Sie müssten es doch wissen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich bekomme es doch in jeder Dienststelle gezeit!)

– Moment, dann lassen Sie sich einmal das Richtige zeigen. Über jede Polizeidienststelle ist ein Internetzugriff möglich, nur nicht über jeden einzelnen PC der Polizeibeamten.

(Lachen bei der SPD – Abg. Johannes Stober SPD: Sollen die Schlange stehen? – Abg. Reinhold Gall SPD: Es geht nicht nur um interne Personaldaten! Entschuldigung!)

Das ist auch richtig so. Das hat Sicherheitsgründe, Herr Kollege Gall. Über die können wir gern reden. Ich gebe Ihnen gern Anschauungsbeispiele.

Herr Sckerl, jetzt doch noch zu Ihnen. Das automatische Kennzeichenlesesystem im Polizeigesetz ist ein Paradebeispiel dafür, wie wir uns mit der FDP/DVP sachlich, fachlich, konstruktiv

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Geeinigt haben!)

(Minister Heribert Rech)

in aller Tiefe unterhalten haben und dann zu dem Ergebnis gekommen sind,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

dass wir dies nur mit einem mobilen AKL-System machen, nicht fest installiert. Dies entspricht voll und ganz der Rechtslage.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die SPD will das flächendeckend einführen!)

Meine Damen und Herren, dabei kann ich überhaupt keinen Verstoß gegen Datenschutz oder Ähnliches erkennen. Ein Autokennzeichen wird nur dann erfasst, wenn es im Fahndungssystem hinterlegt ist. Ansonsten wird es gar nicht erfasst bzw. im Bruchteil einer logischen Sekunde wieder gelöscht, aber ohne dass ein Polizeibeamter dazwischengreifen könnte. Das ist der maßgebliche Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: In diesem Punkt haben wir zugestimmt!)

Meine Damen und Herren, ich will Sie ausdrücklich um eines bitten: Wenn die Polizei bis an ihre Grenzen gefordert ist und so hervorragende Arbeit abliefert, wie dies beispielsweise beim NATO-Gipfel der Fall war – ich zitiere: „Die Polizei Baden-Württembergs hat bei diesem Gipfel Maßstäbe gesetzt“ –, dann bitte ich schon darum, dass Sie sich nicht nur bei schönem Wetter, sondern auch dann, wenn es einmal regnet, blitzt und donnert, vor die Polizei stellen. Ich sage diesem Hohen Haus: Ich tue dies auch dann, wenn einmal nicht alles hundertprozentig läuft. Auch dann stelle ich mich vor die Polizei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau das ist der Punkt! Das ist die entscheidende Aussage!)

Da ist Motivation auch ein wichtiger Faktor.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nennen Sie einmal den Fall, in dem dieses Parlament das nicht gemacht hat!)

Ich tue dies nicht unkritisch. Wenn wir demnächst einmal über Libyen reden,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben letzts auch einen Antrag dazu eingebracht!)

Herr Kollege Gall, werde ich Sie mir mit Ihren Zitaten vorknöpfen, und dann werden Sie sich einmal anhören, was die Polizei dazu meint.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das steht ja schon ewig aus!)

– Das hätte ich auch gern. Aber es liegt, wie Sie wissen, bei der Staatsanwaltschaft. Dann werden wir sehen, was dabei herauskommt, was Sie für ein Geschrei veranstalten und wie Sie da die Polizei verdächtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Meine Damen und Herren, wir alle stehen der Polizei und deren Arbeit nicht unkritisch gegenüber. Alles, bis hin zum Tatablauf in Winnenden bzw. Wendlingen, wird akribisch nachbereitet, wie die Polizei dies immer tut – in jedem einzelnen Fall.

(Zuruf von der SPD: Das hoffe ich!)

Dort, wo Verbesserungen erforderlich sind, werden sie auch vorgenommen, und zwar sehr schnell. Aber es wäre schon gut, die Polizei dann zu loben, wenn sie es verdient hat, und Kritik zu unterlassen, wenn sie diese nicht verdient hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Unruhe)

Das gehört zur Frage der Motivation.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie meinen die Regierung und nicht die Polizei!)

– Ich bin schon dankbar, wenn Sie von der Polizei reden; das war früher auch einmal anders.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: So ein dünnes Zeug! So ein Blödsinn! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ganz schön dünnhäutig! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das war absolut zutreffend!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Die SPD-Fraktion hat überhaupt kein Problem damit, Stärken Baden-Württembergs selbstbewusst und stolz nach außen zu vertreten. Aber bei dem Thema, über das wir heute reden, rate ich dazu, Ihre Arroganz ein bisschen hintanzustellen und nicht immer so zu tun, als ob wir in Baden-Württemberg wirklich alles besser könnten und alles besser machen würden. Hierzu taugt dieses Thema nicht.

(Beifall bei der SPD)

Mit solchen Sprüchen, mit solchen Werbetexten, mit denen Sie unterwegs sind, kann man im Zweifel den einen oder anderen Wettbewerb in der Werbebranche gewinnen, die Herzen der Menschen in Deutschland gewinnen wir mit solchen Aussagen aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die SPD hat in Deutschland 22 %! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herr Innenminister, wie wäre es, wenn Sie stattdessen einmal anderen Bundesländern in bestimmten Bereichen nacheifern würden, etwa was die Polizeidichte angeht? Beim Verhältnis Einwohner zu Polizei befindet sich Baden-Württemberg nach wie vor an drittletzter Stelle in Deutschland. Damit geht man doch nicht hausieren und verkauft dies als Erfolgsrezept.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

(Reinhold Gall)

Wie wäre es, wenn Sie andere Bundesländer bei der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn, bei Beförderungsmöglichkeiten, bei Weiterbildungsmöglichkeiten als Vorbild nehmen würden? Sie hätten Grund genug, da bei anderen Bundesländern etwas abzuschauen und es dann in Baden-Württemberg entsprechend umzusetzen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Klasse statt Masse! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie haben das Thema Bürgerpolizei angesprochen. Der SPD braucht niemand zu sagen, was das bedeutet. Wir haben sie auf den Weg gebracht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wann?)

Das will ich deutlich sagen. Aber Sie sind auf dem besten Weg, den Anspruch, dem die Bürgerpolizei bisher gerecht geworden ist, zu verspielen, und zwar nicht durch die Polizei selbst, sondern durch die Rahmenbedingungen, in die Sie die Polizei in unserem Bundesland zwingen.

Beispiel: Private Sicherheitsdienste sind allenthalben auf dem Vormarsch und untergraben dadurch das Gewaltmonopol des Staates. Ich bin zwar sehr froh, dass sie gelegentlich auch einmal unterwegs sind. Sonst hätte es z. B. für unsere Polizeibeamten in Bopfinger übel ausgesehen. Denn vorwiegend durch den Einsatz privater Sicherheitsdienste ist es gelungen, dort die Polizei zu schützen. Man stelle sich vor, private Sicherheitsdienste in Baden-Württemberg schützen die Polizei! Wo ist da das Erfolgsrezept?

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja unglaublich!)

Eines ist uns außerordentlich wichtig: Vor den Erfolgen, die unsere Polizei erzielt, vor den hohen Aufklärungsquoten, für die unsere Polizei zuständig ist, ziehen wir den Hut. Dahinter steckt eine hohe Leistung. Ich sage aber dazu: Sie haben damit nichts zu tun. Das ist nicht Ihre Leistung. Sie wären gefordert, endlich einmal Ihren eigenen Beitrag zum Erfolg der Polizei beizusteuern.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP sowie Dieter Hillebrand und Karl Zimmermann CDU)

– Kollege Zimmermann, bei dieser Debatte wäre es vielleicht ganz gut, wenn Sie den Mund halten würden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie verstehen von der Polizei nicht viel!)

Ihre Kolleginnen und Kollegen im Land wären wahrscheinlich ganz froh darüber.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist schleimig, was Sie hier machen! Jede Schnecke kriecht schneller!)

– Herr Kollege Zimmermann, ob Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei im eigenen Land damit einen Gefallen tun, wage ich zu bezweifeln.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ob Sie das tun, bezweifeln wir auch!)

Den neuen Polizeipräsidenten Dr. Hammann, dem wir zu diesem neuen Amt noch einmal herzlich gratulieren – es ist eine große Aufgabe, die er zu bewältigen hat –, wollen wir von dieser Stelle aus ausdrücklich ermutigen, Probleme bei der Polizei im Land lautstark beim Namen zu nennen, weil es um die Interessen der Polizei geht, aber natürlich auch, weil es den Bürgerinnen und Bürgern im Land nützt, wenn unsere Polizei Rahmenbedingungen vorfindet, unter denen sie ihrem Gesamtauftrag der Strafverfolgung, der Prävention und des Opferschutzes gerecht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren, bleiben aufgefordert, Verbesserungen – deren Notwendigkeit Sie zum Teil selbst sehen, in vielen Bereichen aber einfach nicht sehen wollen – zumindest in den Bereichen, die Herr Kollege Sckerl und ich aufgezählt haben, endlich einmal vorzunehmen. Das sind Sie der Polizei und vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern im Land schuldig. Deshalb, sage ich Ihnen, hätte der Titel der heutigen Aktuelle Debatte nicht lauten sollen: „Innere Sicherheit – Erfolgsmodell Baden-Württemberg“, sondern er hätte lauten müssen: „Innere Sicherheit Baden-Württemberg – es gibt noch jede Menge Handlungsbedarf“. Sie sind aufgefordert, dies endlich umzusetzen.

Herr Kollege Blenke, letzte Bemerkung: Dies gilt im Übrigen auch für die heute von Ihnen noch einmal angesprochene Beförderungssituation im Land. Dazu fällt mir gerade noch ein: Die Polizeigewerkschaften schlagen da im Moment kräftig Alarm. Ihr 1 400-Beförderungen-Programm wird nicht in dieser Form umgesetzt, weil Ihr Finanzminister nicht mitmacht. Am Ende wird stehen, dass Sie diese 1 400 versprochenen Beförderungen nicht umsetzen werden. Das werden wir am Ende des Tages schließlich sehen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie mir vorhin nicht zugehört?)

Auch da wird am Schluss gelten: Versprochen, gebrochen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie mir vorhin zugehört? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

– Ja.

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme noch einmal zum Thema „Innere Sicherheit“ auf der einen Seite und dem Spannungsbogen zu den Freiheitsrechten der Bürger auf der anderen Seite. Herr Innenminister, wirklich: Entschuldigung! Wir haben doch im letzten Jahr gemeinsam eine Debatte über das Polizeigesetz und in der zweiten Hälfte des letzten Jahres sowie der ersten Hälfte dieses Jahres eine Debatte über das Versammlungsgesetz geführt.

Zum Polizeigesetz, erster Entwurf: Kfz-Kennzeichen-Screening. Ihre im Gesetzentwurf vorgesehene Ermächtigung, das anlasslose Scannen von Kfz-Kennzeichen ohne konkrete Verdachtsmomente einzuführen, war zum gleichen Zeitpunkt, als Ihr Gesetzentwurf schon vorlag, Gegenstand einer Verfas-

(Hans-Ulrich Sckerl)

sungsbeschwerde gegen das bayerische Gesetz. Die in Ihrem Gesetzentwurf vorgesehene Formulierung war damit identisch. Das wurde in Karlsruhe gestoppt. Daraufhin mussten Sie Ihren Gesetzentwurf überarbeiten. Das wissen Sie doch.

(Abg. Reinhold Gall SPD zu Minister Heribert Rech:
Sonst hätten Sie es nicht gestoppt!)

Sie können doch vor diesem Haus nicht so tun, als ob das quasi die Selbstreinigungskraft dieser Koalition gewesen wäre. Fehlanzeige! Karlsruhe hat Sie an diesem Punkt korrigiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zweites Beispiel – wirklich nur ein weiteres Beispiel von vielen möglichen –: Telekommunikationsverbindungsdaten und die Ermächtigung zu deren Erhebung im Polizeigesetz, der berichtigte § 23 a. Da schreiben Sie, nachdem das Polizeigesetz im Oktober 2008 hier im Landtag verabschiedet worden war, auf einen Antrag von uns, den wir aufgrund einer wenige Tage später ergangenen einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts eingebracht haben, wörtlich: „Diese weiter gehende Erhebungsbefugnis“ – gleicher Rechtsgrund, gleicher Rechtsfehler in Ihrem Gesetzentwurf wie beim ersten Entwurf mit dem Kfz-Kennzeichen-Screening – „läuft ...“ im Hinblick auf die Herausgabe der Daten an die Polizei „bis auf Weiteres ins Leere“. „Bis auf Weiteres“ heißt: bis zur Hauptsacheentscheidung über die Vorratsdatenspeicherung in Karlsruhe. Sie wissen genauso gut, wie ich es weiß, dass Sie vielleicht noch im Lauf dieses Jahres, spätestens aber im ersten Halbjahr 2010 auch an diesem Punkt Ihr Polizeigesetz verfassungskonform werden machen müssen.

Selbstreinigungskraft der Koalition? Fehlanzeige. Auch hier brauchten wir Karlsruhe, um die Landesregierung vom Verfassungsbruch abzuhalten, meine Damen und Herren. So sind die Fakten. Dann sollte man auch dazu stehen. Deshalb sind Sie in diesem Bereich der Gewährung von Bürgerrechten und der inneren Sicherheit von einem Erfolgsmodell weit entfernt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Auch diese letzten Versuche haben nichts gebracht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben schon wieder den Präsidenten vergessen! – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Ich kann es nur noch einmal betonen: Die Menschen in diesem Land können sich nicht nur sicher fühlen, sondern sie sind auch sicher. Sie können sich auch ihrer Bürgerrechte sicher sein, weil diese Regierung ihre Bürgerrechte nicht einschränken wird.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Gall, will ich noch etwas sagen. Wo sehen Sie eine Einschränkung des Gewaltmonopols des Staates?

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie wollen den eh abschaffen!)

Ich möchte nicht, dass die Polizei die Discotürsteher stellt. Das ist eine Aufgabe für private Sicherheitsdienste, und das soll es auch bleiben. Wir haben schon immer gesagt: Wir sind der Meinung, dass kommunale Ordnungsdienste sinnvoll und richtig sind, sie aber nicht die Polizei ersetzen können,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig!)

sondern eine Ergänzung der polizeilichen Arbeit sind. Sie machen uns Vorschläge für Verbesserungen, die es schon längst gibt, Vorschläge, die schon längst verwirklicht sind. Ich bitte Sie, mit mir in den Dank an die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen einzustimmen

(Abg. Reinhold Gall SPD: Damit haben wir kein Problem!)

und an die Justiz in diesem Land, die beide sehr gut zusammenarbeiten und weiterhin dafür sorgen werden –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Polizisten wollen aber nicht nur auf die Schultern geklopft bekommen! Die wollen auch einmal Taten von Ihnen sehen!)

– Ja, das ist doch der Unterschied, dass wir gute Taten vollbringen können. Ich erinnere Sie daran, dass wir die Ausbildungssituation verbessern, dass wir die Personalsituation verbessern,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Sie seit Jahren verschlechtert haben! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

dass wir die Mobilität der Polizei verbessern. Denken Sie an die neuen Räume für die Hubschrauberstaffel. Denken Sie an die jüngst geordneten zusätzlichen Fahrzeuge. Denken Sie an all diese Verbesserungen. Wir tun sehr viel. Wenn es irgendwo klemmt, kommt es meistens aus Berlin,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Oder von der SPD!)

und da haben wir dann unsere Schwierigkeiten;

(Beifall bei der FDP/DVP)

denken Sie z. B. an den Digitalfunk. Aber ansonsten bekommt die Polizei in diesem Land das, was sie für ihre Arbeit braucht. Sie macht eine gute Arbeit, und dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke das Wort.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Debatte eben kam ein paar Mal das Stichwort „Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“ zur Sprache – von Ihnen, Kollege Gall, aber auch von anderer Seite. Da sind wir, glaube ich, sehr nah beieinander. Wir alle wollen eine Polizei und Sicherheitsbehörden, die rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet sind. Und das sind sie. Unsere Polizei sieht sich dem Rechtsstaat verpflichtet.

(Thomas Blenke)

Aber wir müssen, wenn wir von Balance zwischen Sicherheit und Freiheit reden, eines sehen – da unterscheiden wir uns vielleicht –: Wir haben den Grundsatz: Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Deswegen hat für uns eine stringente, eine konsequente Sicherheitspolitik absoluten Vorrang, um die Freiheit der Menschen zu sichern.

Wir haben dafür moderne gesetzliche Regelungen – das Polizeigesetz und anderes –, und wir haben hervorragende polizeiliche Strategien. Das hat sich erst jüngst beim NATO-Gipfel wieder eindrucksvoll erwiesen. Wir haben nämlich einen konsequenten strategischen Kurs, der besagt: Einerseits Prävention, Programme entwickeln, um zu verhindern, dass Straftaten überhaupt erst begangen werden. Wir haben zum Zweiten die klare Ansage an potenzielle Straftäter: Tut das nicht, sonst wird es Ernst. Das ist ein zweiter ganz wichtiger Punkt. Erst dann kommt der dritte Schritt, der dann aber auch wirklich nötig ist: das konsequente Durchgreifen.

Wenn Sie den NATO-Gipfel nehmen, dann erkennen Sie, dass das bei uns in Baden-Württemberg exzellent gewirkt hat. Wir haben hervorragende polizeiliche Arbeit geleistet, und wir haben in Kehl und in Baden-Baden für einen sehr friedlichen NATO-Gipfel sorgen können.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie die Ausstattung unserer Polizei. Wir haben in Baden-Württemberg – das sage ich jetzt bewusst, Kollege Gall, weil Sie hier immer so tun, als würde in Baden-Württemberg überhaupt nichts geschehen – mit dem Technikzukunftsprogramm in fast allen Bereichen mittlerweile eine hochmoderne, sehr professionelle Ausstattung für die Polizei. Dann kommen Sie wieder mit der Geschichte von den privaten Handys. Das ist ja richtig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der Innenminister hat es bestritten! Was stimmt denn jetzt?)

Sie wissen aber auch, woran das liegt. Das liegt daran, dass wir den Digitalfunk bislang noch nicht haben einführen können. Wir sind jetzt aber dabei, ihn einzuführen. Die Ursache dafür, dass dies bislang nicht geschehen konnte, liegt nicht in Baden-Württemberg, sondern ist auf etwas ganz anderes zurückzuführen. Der Minister hat das mit angesprochen. Da geht es maßgeblich auch um einen Parteifreund von Ihnen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch völlig falsch!)

Das Zweite: Im Hinblick auf die technische Ausstattung der Polizei sagen wir auch:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr wart nicht in der Lage, Standorte in Baden-Württemberg zu finden!)

Der persönliche Schutz der eingesetzten Beamten muss ganz vorn stehen. Wir haben das auch bei dem schrecklichen Amoklauf in Winnenden gesehen.

Ich sage ganz deutlich: Wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, vielleicht eine bessere Körperschutzausstattung fortzuentwickeln – Stichwort Helme, Stichwort „verbesserte Schutzwesten“, bei denen vielleicht noch für den Nacken und den Unterleibsbereich weitere Elemente angeknüpft werden können. Das sind neue Erkenntnisse. Das muss jetzt geprüft werden. Ich bin Ihnen vom Innenministerium dankbar, dass Sie diese Themen aufgreifen.

Ich möchte zwei Punkte aus der bisherigen Debatte aufgreifen. Lieber Kollege Gall, Sie sagten, in Bopfingen seien in großem Maß auch private Sicherheitsdienste im Einsatz gewesen. Wenn ich richtig informiert bin, waren in den Festzelten private Ordner eingesetzt. Das ist normal, und das ist auch richtig so. Sie üben dort im Namen des Veranstalters das Hausrecht aus.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Völlig okay soweit! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Als die Schlägereien anfangen, kam die Polizei hinein – es war übrigens Bereitschaftspolizei vor Ort vorhanden und bereit –, und die Privaten haben eben mitgeholfen. Das bemängeln Sie. Das würde ich als etwas seltsam bezeichnen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Eine verkehrte Ansicht ist das!)

Der zweite Punkt: Herr Kollege Sckerl, Sie bemängeln immer wieder ein zu starkes – – Wo sitzt er eigentlich? Ich sehe ihn gerade nicht. Gut, er kann es nachlesen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist da! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Er ist nach links gerückt!)

– Entschuldigung, ich habe Sie nicht so weit links vermutet.

Herr Sckerl bemängelt z. B., dass beim NATO-Gipfel Videoüberwachung stattgefunden hat. Dazu gibt es eine kleine Anfrage von Ihnen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig friedliche Demonstrationen!)

Er setzt sich sehr kritisch damit auseinander, dass die Polizei beim NATO-Gipfel auch Videoanlagen eingesetzt hat, um sich ein Lagebild zu verschaffen. Ich weiß nicht, ob Sie die Antwort der Landesregierung auf Ihre Anfrage gelesen haben. Im Vorfeld gab es Erkenntnisse: „NATO-Gipfel zum Desaster machen“, „Die NATO versenken“, „Sabotiert den NATO-Gipfel“, „NATO-Jubelfeier angreifen“. Dann geschehen, wie wir gesehen haben, in Straßburg schlimmste Straftaten:

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Brandstiftungen, Körperverletzungen, Angriffe auf Feuerwehrleute, auf Polizisten. Dann stellen Sie kritisch die Frage, ob sich in einer solchen Situation und bei solchen Vorerkenntnissen

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– doch, das haben Sie getan – die Polizei auch über Videoeinrichtungen im Vorfeld einen Überblick verschaffen muss, wie die Sicherheitslage und wie die polizeiliche Lage ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war nicht in Straßburg, sondern das war in Kehl! Sie verwechseln gerade etwas!)

Herr Kollege Sckerl, da sind Sie im besten Sinn schlicht und einfach schiefgewickelt. Wenn man kritischer ist, muss man sich fragen, wo Sie eigentlich stehen.

(Thomas Blenke)

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sie müssen sich erst einmal schlaumachen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erhält der Herr Innenminister das Wort.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Vielen Dank, Herr Präsident. Ich werde mich kurz fassen. Zwei, drei Punkte bedürfen aber noch der Klärung.

Es wurden die Vorgänge um die Sicherheitsdienste, die Vorfälle im Zelt in Bopfingen angesprochen. Das ist für mich ein klassisches Beispiel dafür, dass wir die Veranstalter – das gilt auch für sportliche Großveranstaltungen – nicht aus der Pflicht entlassen dürfen. Wir müssen sie an ihre Verantwortung erinnern und das dann auch durchsetzen. Ich sage Ihnen gleich, wie wir das machen. Sie müssen innerhalb des Festzelts Sicherheitsdienste stellen, die dort für Ruhe und Ordnung sorgen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da bin ich dabei!)

Es ist nicht alles nur eine Aufgabe der Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Da bin ich beim Stichwort. Wenn da die Zusammenarbeit geklappt hat, dann ist es umso besser. Die Polizei zieht sich nirgendwo zurück, aber sie kann natürlich nicht alles allein schultern, insbesondere nicht Aufgaben, die nicht ihre ureigenen sind. Das gilt für sportliche Großveranstaltungen. Da bin ich jetzt beim Thema.

Selbstverständlich ist der öffentliche Verkehrsbereich vom Hauptbahnhof bis zum Stadioneingang Sache der Polizei. Diese Aufgabe nimmt uns niemand ab. Aber dann erwarte ich eine erhöhte Kooperationsbereitschaft der Vereine und Veranstalter, um ausgebildetes Sicherheitspersonal – Ordner, die dann auch professioneller vorgehen – in ausreichender Zahl in den Stadien zur Verfügung zu stellen. Da kann ich nicht damit kommen, dass ich sage: „Ich nehme denen die Verantwortung ab, schicke noch einmal 500 zusätzliche Beamte dort hin und sende ihnen dann am Montag der folgenden Woche für diesen Einsatz eine Rechnung.“ Das hieße auch, dass sich der Veranstalter von der Verantwortung freikaufen kann, und das wollen wir nicht.

Der Fußballgipfel hat gute Ergebnisse zu diesem Thema erbracht. Die Vereine sind bereit, mitzuziehen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Das gilt auch für Vereine, bei denen es – das sage ich bewusst – in den letzten Jahren nicht so gut geklappt hat; diese Vereine werden wir natürlich verstärkt in die Besprechungen und Kooperationen einbeziehen.

Da geschieht einiges. Wir haben ein Konzept erarbeitet. Lassen Sie uns in einem Jahr schauen, wie weit wir damit gekommen

sind und ob weitere Maßnahmen erforderlich sind oder nicht.

Es wurde bereits angesprochen – auch ich will es noch einmal sagen –: Wir werden das nächtliche Alkoholverkaufsverbot miteinander umsetzen. Zwar kann dies nicht das Problem an der Wurzel anpacken. Aber Alkohol als Gewaltekatalysator ist gerade bei jungen Menschen zunehmend zum Problem geworden; die Polizei hat letztlich zu büßen und auszubaden, was sich nachts abspielt. Wir werden dieses Alkoholverkaufsverbot umsetzen, und dann werden wir sehen, ob sich die Lage entspannt und ob es besser wird.

Ein letzter Punkt: Die Landesregierung steht selbstverständlich zu ihrem Besoldungsstrukturprogramm. Wir haben das in der Koalitionsvereinbarung normiert, und es wird auch eingehalten. Das gilt sowohl für die Verlängerung des W-8-Programms als auch für die Erhöhung des Stellenanteils im gehobenen Dienst auf dann insgesamt 55 % bis zum Jahr 2010, also für die weitere Umsetzung des atmenden Stellenplans. Realisiert wird dies durch eine finanzneutrale Umwandlung von Stellen der Besoldungsgruppe A 9 mittlerer Dienst in Stellen für Polizeikommissare A 9 gehobener Dienst. Zum anderen haben wir mit dem Einstieg in den atmenden Stellenplan ja schon begonnen. Es gibt insgesamt 1 400 Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst, die wir umsetzen wollen. Im Doppelhaushalt 2007/2008 haben wir diesen Weg schon beschritten und haben jährlich 280 Hebungen nach Besoldungsgruppe A 9 und 70 Hebungen nach Besoldungsgruppe A 8, also Polizeiobermeister, in den Haushalt eingestellt.

Natürlich ist es richtig – das will ich nicht verschweigen –, dass der anteilige Stellenabbau, der für die Polizei im Jahr 2008 begonnen werden musste und der bis 2010 angesetzt ist, nicht ohne Auswirkungen auf diese besoldungsstrukturellen Verbesserungen bleiben kann. Deswegen werde ich mit dem Finanzminister Gespräche darüber führen. Wir werden gegensteuern. Der atmende Stellenplan muss 1 : 1 umgesetzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Herr Gall hat aber nicht zugehört!)

Aber ich bitte, Folgendes zu sehen: Wenn wir diese Anstrengungen unternehmen und kontinuierlich jedes Jahr 800 Einstellungen für Polizeianwärter vornehmen, wird uns das am Ende ein Finanzpaket von 300 Millionen € abverlangen. Meine Damen und Herren, das ist doch ein Wort! Sagen Sie nicht, dass das nichts sei, und reden Sie nicht von Stellenabbau, wo keiner ist. Die Polizeipostenstrukturreform wird immer als Stellenabbau verkauft.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht von mir! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat heute überhaupt niemand gesagt! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Das macht er fast immer, aber heute nicht!)

– Aber Sie haben von Polizeiposten geredet. – Dann erspare ich es mir, Ihnen noch einmal zu erklären, dass wir zwar bei der Zahl der Polizeiposten von 572 auf 350 gegangen sind, dass aber bei den Polizeiposten nicht eine einzige Stelle gestrichen wurde, sondern dass die ganze Geschichte nur optimiert wurde, dass sie effizienter wurde. Aber wenn Sie jetzt

(Minister Heribert Rech)

sagen, Sie hätten nicht von Stellenabbau gesprochen, dann will ich es dabei belassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von Polizeiposten habe ich nicht gesprochen!)

Was den übrigen Stellenabbau, die 849 Stellen, betrifft, wissen Sie doch auch, woher der kommt. Über die 336 – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch egal, woher er kommt! Es gibt weniger Polizei! Das sind die Fakten!)

– „Das ist mir egal!“ Herr Kollege Gall, nehmen Sie doch die Fakten zur Kenntnis. Es gibt in diesem Bereich auch weniger Aufgaben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt mehr Aufgaben!)

Wenn der WKD keine Polizeiorganisation mehr ist, wenn dessen Aufgaben bei der Polizei fortfallen, kann nicht erwartet werden, dass die Stellen belassen werden.

Meine Damen und Herren, ein bisschen mehr Haushaltswahrheit und -klarheit müssen wir schon herrschen lassen, auch wenn es um die Polizei geht. Die Polizei wird ihren Beitrag leisten, damit unsere Kinder nicht einen desolaten Haushalt vorfinden, damit wir in der Lage sind, die 800 Polizeibeamten, die wir jetzt einstellen, auch in zehn Jahren noch zu bezahlen, und damit die 8 000 Beamten, die in Pension gehen, ihre Pension überhaupt noch auf dem Konto sehen können. Das ist unsere Aufgabe, und daran beteiligt sich auch die Polizei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Aktuellen Debatte liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Ich möchte vor der Mittagspause noch den **Tagesordnungspunkt 3** aufrufen, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Zusammenführung der Universität Karlsruhe und der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH im Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Zusammenführungsgesetz) – Drucksache 14/4600

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/4677

Berichterstatte(rin): Abg. Katrin Schütz

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Frau Abg. Schütz das Wort.

Abg. Katrin Schütz CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, heute hier stehen zu dürfen, da ich davon ausgehe, dass wir heute nicht mit ver-

schiedenen Standpunkten, kontrovers über ein Thema diskutieren,

(Abg. Johannes Stober SPD: An einzelnen Punkten schon!)

sondern dass wir heute gemeinsam etwas Zukunftweisendes und Einmaliges auf den Weg bringen und im Grundsatz alle vom KIT überzeugt sind. Hier herrscht Einigkeit über die immense Bedeutung, die dieses Projekt hat.

Mit der heutigen Verabschiedung katapultieren wir uns an die Spitze einer europaweiten Forschung. Meine Damen und Herren, wir beschließen heute nicht die Geburt des KIT, also des Kindes. Es ist geboren, es ist abgenabelt, es hat gelernt, zu essen und zu trinken. Nun begleiten wir es gemeinsam in die Unabhängigkeit und entlassen es in die Selbstständigkeit.

Vor genau drei Wochen wurde in diesem Plenum der Gesetzentwurf zur Zusammenführung der Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe vorgestellt und auch mit sehr viel Aufmerksamkeit aufgenommen. Das Karlsruher Institut für Technologie – man kann es nicht anders sagen – erzeugt schon jetzt und heute große Wellen der Erwartung und Begeisterung, und sein Bekanntheitsgrad wächst zusehends.

Erfreulich ist auch, dass der Nutzen dieses Vorhabens nicht nur auf die regionale Ebene, also die Region um Karlsruhe, beschränkt ist, sondern dass das vorliegende Konzept für die gesamte Bundesrepublik von großer Bedeutung ist.

Anlässlich der Zweiten Beratung zum KIT-Zusammenführungsgesetz können wir heute mit Zufriedenheit feststellen, dass wir einen weiteren Meilenstein erreicht haben. Damit spreche ich ganz konkret von dem Harmonisierungsprozess, den ein solcher Gesetzentwurf durchlaufen muss und der nun auch weitgehend abgeschlossen ist. Erfreulicherweise hatten es die Hauptverantwortlichen für dieses Projekt überwiegend mit wohl durchdachten Anregungen und Vorschlägen zu tun, und es gab nicht einen Ansatz an destruktiver Kritik.

Gerade deshalb sind wir schon verwundert, dass Sie heute die gleichen Anträge mit den gleichen Begründungen, die wir bereits im Ausschuss ausführlich beraten haben und die uns auch bekannt sind, erneut einbringen.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Denen fällt nichts Besseres ein! – Abg. Johannes Stober SPD: Die bleiben weiterhin richtig!)

So wurde z. B. über Fragen zum Thema Mitbestimmung bereits nachhaltig diskutiert. Das gilt auch für die Zivilklausel.

(Abg. Johannes Stober SPD: Und nicht zufriedenstellend gelöst!)

– Die Fragen wurden sehr ausführlich beantwortet. – Die potenzielle Bevorzugung des Standorts wurde hinterfragt. Nicht zuletzt wurde den Fragen der Qualitätssicherung im Bereich der Lehre sehr große Aufmerksamkeit gewidmet.

Meine Redezeit lässt es nicht zu, auf all diese Punkte einzeln einzugehen. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass die Verhandlungen in den Ausschüssen mit einer großen Sachlichkeit und außerordentlich konstruktiv geführt wurden.

(Katrin Schütz)

Wir können an dieser Stelle sehr gut erkennen, dass das allgemeine Interesse an der Realisierung des KIT hier im Landtag und ebenso die Bereitschaft zur Mitwirkung sehr groß sind. Wir sind völlig davon überzeugt, dass auf einem solchen Boden nur Gutes wächst. Auch die Tatsache, dass teilweise sehr unterschiedliche Akteure beteiligt waren, lässt für die Zukunft des KIT viel Gutes erwarten. Es hat sich nämlich immer wieder gezeigt, dass die Entwicklung, wenn viele Menschen gestalterisch beteiligt sind und sich nachhaltig mit einbringen, von diesen vielen Menschen mit Stolz getragen wird.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist nun der Augenblick sehr nahe gerückt, in dem es darum geht, das Modell KIT leben und wirken zu lassen. Wir werden es mit einer Summe neuer Eindrücke und Erfahrungen zu tun haben, da eine solche Zusammenführung hier noch nie stattgefunden hat. Mit Sicherheit wird auch eine beachtliche Dynamik entstehen und sich entwickeln.

Weiterhin wird es unser gemeinsames Ziel sein, im Sinne der Exzellenz auch Exzellentes zu tun. Mit Stolz stimmt die CDU-Fraktion dem derzeit wohl bedeutendsten und größten wissenschaftlichen Projekt in Baden-Württemberg und in der gesamten Bundesrepublik zu und erwartet mit Spannung das weitere Wirken und Gedeihen dieses Projekts.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schaffen mit dem Zusammenschluss von Forschungszentrum und Universität Karlsruhe zum KIT etwas Einmaliges. Die Kollegin hat es auch schon angesprochen. Wir schaffen einen Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft, der weit über Baden-Württemberg hinaus nach Europa und in große Teile der ganzen Welt strahlen wird. Insbesondere dass die problematische Versäulung unserer Wissenschaftslandschaft in Deutschland in Großforschungseinrichtungen der Helmholtz-Gesellschaft einerseits und die Landesuniversitäten andererseits nicht nur aufgebrochen, sondern durch die Fusion nahezu vollständig aufgehoben wird, ist ein Schritt, der bereits jetzt international Beachtung gefunden hat, auch wenn wir ihn erst heute mit der Beschlussfassung über dieses Gesetz letztendlich wirklich vollziehen.

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir uns als SPD-Fraktion etwas schwer damit, dass unsere Änderungsanträge insbesondere vonseiten der FDP/DVP im Ausschuss immer wieder mit dem Hinweis abgelehnt wurden, an anderen Hochschulen in Baden-Württemberg sei alles anders. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Gleichmacherei, wie wir es von Herrn Bachmann von der FDP/DVP immer wieder vernommen haben, sondern wir wollen, dass das KIT neue Maßstäbe setzt und damit auch anderen Hochschulen beispielhaft aufzeigt, wie man auf höchstem internationalen Niveau das unsinnige Nebeneinanderher von Helmholtz-Zentren, Fraunhofer-, Max-Planck- und Leibniz-Instituten einerseits und den klassischen Landesuniversitäten andererseits überwinden kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nicht nachvollziehen können wir jedoch, warum das, was für den Erfolg des Forschungszentrums wesentlich war, auf dem Altar des KIT geopfert werden soll. Die Mitbestimmung hatte sich dort deshalb bewährt, weil sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgrund des notwendigen Konsenses dort eingebunden fühlten. Sie wussten, dass im Unterschied zu manchen Landesuniversitäten nichts über ihre Köpfe hinweg von Vorstand und Aufsichtsrat entschieden wird. Wir hätten es deshalb für richtig gehalten, wenn die fortschrittliche akademische Mitbestimmung über den Wissenschaftlich-Technischen Rat am Forschungszentrum auf das gesamte KIT übertragen worden wäre und nicht umgekehrt die hochschulrechtlichen Regelungen mit dem Senat, der in Baden-Württemberg sowieso kaum noch Mitbestimmungsrechte hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dabei möchte ich den Fokus besonders auf einen Punkt richten, den wir heute noch einmal zur Abstimmung stellen werden, nämlich die Mitbestimmungsrechte von Teilzeitbeschäftigten. Bei der Wahl des WTR am Forschungszentrum ist es selbstverständlich, dass alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also auch Teilzeitbeschäftigte, Stimmrecht haben. An den Hochschulen in Baden-Württemberg und – nach dem Willen der Landesregierung und auch von CDU und FDP/DVP – künftig auch am KIT sollen Teilzeitbeschäftigte jedoch nicht mehr an den Wahlen teilnehmen dürfen. Das ist etwas, was wir nicht für richtig halten.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Regelung nicht von gestern, sondern von vorgestern und vorgestern, die schnell auf die Müllhalde der Geschichte gehört, denn diese Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten – dies sind mehrheitlich Frauen –

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Wer schreibt denn so etwas auf?)

hat bei uns in Baden-Württemberg nichts mehr zu suchen. Wenn Sie es mit dem Thema Gleichberechtigung wirklich ernst meinen, gibt es nur eines: Stimmen Sie der von uns beantragten Änderung des Landeshochschulgesetzes zu. Sie haben dies im Ausschuss abgelehnt. Sie können heute diesen Fehler korrigieren. Tun Sie das einfach.

(Beifall bei der SPD – Abg. Werner Pfisterer CDU:
Das war kein Fehler! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Das haben wir ganz absichtlich so gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daneben haben wir noch drei weitere Änderungsanträge eingebracht.

Einer betrifft die Erweiterung der Kompetenzen der am KIT vorgesehenen Schlichtungsstelle, die die Einigungsstelle nach dem Betriebsverfassungsgesetz nachbilden soll. Das ist eine sehr gute Regelung, die da gefunden wurde. Dann geben Sie dieser Schlichtungsstelle aber doch bitte auch die Kompetenzen, die die Einigungsstelle am Forschungszentrum bisher hatte, und nehmen Sie ihr nicht wichtige Kompetenzen wie

(Johannes Stober)

ihre Zuständigkeit auch bei verkürzten Verfahren oder Beschwerden von Mitarbeitern.

Unverständlich ist für uns vor allem aber, welche Angst Sie offenbar vor Studierenden und deren Meinung haben. Wir haben zusammen mit den Grünen im Wissenschaftsausschuss schlicht und ergreifend beantragt, die vorgesehene Optimierungsklausel auch auf die studentische Mitbestimmung zu erweitern. Ich verstehe nicht, warum Sie vor einem Antrag auf Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft am KIT, was dann möglich wäre, so viel Angst haben, wenn doch der gesamte Senat der Universität Karlsruhe überhaupt keine Angst davor hat, wie sein einstimmiges Votum für das Einrichten einer Verfassten Studierendenschaft auch gezeigt hat.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss noch ein Wort in Sachen Zivilklausel. Gegen eine solche Bindung, die sich an der Friedensfinalität unseres Grundgesetzes orientiert, kann ja nun wirklich nichts eingewendet werden, weder im Großforschungs- noch im Universitätsbereich. Dass die Zivilklausel nun in einem Teil gelten soll und im anderen Teil nicht, ist jedoch völlig aberwitzig. Das Ziel von KIT ist ja gerade, dass der Großforschungsteil und der Universitätsteil in den KIT-Zentren und den KIT-Schwerpunkten gemeinsam an den gleichen Themen arbeiten. Wie das in der Praxis gehen soll, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfte, wenn Sie unserem Änderungsantrag nicht zustimmen sollten, wohl auf Dauer Ihr Geheimnis bleiben.

Wir werden die Aspekte unserer Anträge in den nächsten Jahren, in denen das KIT voranschreitet, gut im Auge behalten. Ich persönlich freue mich für meine Heimatuniversität sehr über die neue Gestalt, in der sie nun auftritt, und wünsche ihr im Namen der SPD-Landtagsfraktion alles Gute.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Bauer das Wort.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der Grünen-Landtagsfraktion möchte auch ich den Zusammenschluss der Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie begrüßen. Wir unterstützen den Gesetzentwurf, der heute hier zur Verabschiedung vorliegt, und wünschen dem Institut alles Gute auf seinem Weg.

Wir freuen uns sehr, dass diese bundesweit einmalige Institution, diese einmalige Fusion zwischen einer außeruniversitären Forschungseinrichtung und einer Universität, hiermit auf den Weg gebracht ist. Wir wissen, dass es auch für die Phase der Erarbeitung und der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern keine Vorläufer gegeben hat und diese Phase deshalb sehr aufwendig und schwierig war. Wir wissen es zu schätzen, dass das zu einem guten Ergebnis gekommen ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir würdigen auch, dass es in der Summe gelungen ist, diese neue Einrichtung sehr mitarbeiterfreundlich zu gestalten –

mit einigen Einschränkungen, über die wir heute auch auf der Grundlage der vorliegenden Änderungsanträge diskutieren werden. Zum Teil sind sie von der SPD und den Grünen vorgelegt worden, zum Teil nur von der SPD. Ich kündige hier schon einmal an: Im Wesentlichen stimmen wir mit den hinter den Änderungsanträgen der SPD, die hier vorgelegt wurden, stehenden Intentionen überein. Wir wundern uns ein wenig, warum man, wenn man mit so großem Stolz sagt: „Wir haben hier ein Unikat geschaffen und sind hier neue Wege gegangen“, bei dem Thema „Mitsprache und innere Verfasstheit“ auf einmal so kleinlaut wird und sagt: „Wir können nicht weiter gehen, wir können uns keine Experimente im Bereich von Mitsprache und Mitbestimmung erlauben.“ Denn wo, wenn nicht hier, hätte man einmal zeigen können, dass man auch da bereit ist, neue Wege zu gehen? Deswegen bitten wir darum und fordern Sie heute ein letztes Mal dazu auf, an diesem Punkt etwas mutiger zu sein und auch hier Experimentierfreude zu zeigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das KIT wird eine einzigartige Größe haben mit – das ist hier auch schon betont worden – 8 000 Mitarbeitern im Verhältnis zu 19 000 Studierenden und wird damit auch mit einer hervorragenden Personalausstattung versehen sein. Nicht zu Unrecht wird schon jetzt international darauf geschaut, und nicht zu Unrecht ist auch hier von einem „Leuchtturm“ gesprochen worden, der da am Entstehen ist und sicher auch mit vielen, vielen Mitteln für Forschung und Lehre versehen ist. Ich möchte heute aber auch die Gelegenheit nutzen, darüber zu sprechen, dass sich Exzellenz und Leuchtturm nicht nur in der Masse der Forschungsgelder und des Personals beweisen müssen, sondern auch in dem, was dort getan wird.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass ein so hervorragend ausgestattetes Projekt auch vor der Gesellschaft eine große Verantwortung eingeht. Wenn ein Projekt so gut ausgestattet ist, kann man auch vonseiten der Gesellschaft viel zurückerwarten. Ich möchte, dass vom KIT in ganz besonderer Weise Verantwortung hinsichtlich der Frage übernommen wird, wie uns die Wissenschaft unterstützen kann, die großen Probleme der Menschheit zu lösen. Wir stecken in einer tief gehenden, tief greifenden Krise, in der Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Realwirtschaftskrise und Klimawandel zusammenkommen. Ich meine, dass die Wissenschaft in einer ganz besonderen Weise gefordert ist, uns zu helfen, Ursachenanalyse zu betreiben und gute Lösungen zu erarbeiten. Ob eine solche Einrichtung Leuchtturm ist, möchte ich daran messen, ob sie sich dazu bekennt und daran arbeitet, nachhaltig einen wissenschaftlichen Beitrag zur Lösung der Krisen zu finden.

Ich glaube, nur in einem solchen Geist kann man junge Menschen wirklich für Forschung begeistern – nicht durch Hinterherrennen nach noch mehr Drittmitteln und noch mehr Projekten, sondern mit dem Geist, für die Menschheit mehr Wissen und bessere Lösungen zu produzieren. In diesem Sinn wünsche ich dem KIT alles Gute.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Fraktionen in diesem Haus sind sich im Ziel einig: Mit dem Karlsruher Institut für Technologie soll eine neue Dimension der Forschung in Baden-Württemberg geschaffen werden. Erstmals in Europa gelingt die Fusion eines Großforschungszentrums und einer Universität. In diesem großen Ziel sind wir uns alle einig. Sie haben aber bereits gehört: Es bestehen Differenzen zwischen Koalition und Opposition. Wir wollen über die Details nicht hinweggehen. Lassen Sie mich drei Komplexe herausgreifen.

Erstens: Bei den Ausschussberatungen und auch heute wurde die Schaffung einer Verfassten Studierendenschaft zur Stärkung der Mitbestimmung der Studierenden gefordert. Hierzu will ich mit aller Deutlichkeit sagen, dass wir als Liberale einen Ausbau der Beteiligung Studierender an den Entscheidungsfindungen wollen. Die Forderung nach einer Verfassten Studierendenschaft halten wir aber für nicht ausgereift. Zum einen ist dieses Gesetzgebungsvorhaben nicht der richtige Ort, um eine so wichtige Frage en passant zu regeln. Zum anderen hätte eine Verfasste Studierendenschaft eher eine Feigenblattfunktion und würde davon ablenken, dass wirkliche Entscheidungen in den Gremien ohne hinreichende Beteiligung der Studierenden getroffen werden. Der Landesparteitag der FDP hat deshalb bereits im Sommer 2008 fast einstimmig gefordert, dass die Studierenden maßgeblich über die Verwendung der Studiengebühren mitentscheiden sollten. Wir halten den Weg der Mitbestimmung in den Gremien für den besseren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Etliche Oppositionsanträge befassen sich jetzt damit – wir haben es gerade gehört –, höhere Gehälter, mehr Mitbestimmung und andere Sonderrechte für das KIT zu fordern. Die Angehörigen des KIT würden durch solche Maßnahmen besser gestellt als die Angehörigen aller anderen Universitäten des Landes.

(Abg. Johannes Stober SPD: Nicht besser, als das am Forschungszentrum bisher auch war!)

– Lieber Kollege Stober, ich habe ja größtes Verständnis dafür, dass Karlsruher Abgeordnete Sonderrechte für Karlsruhe befürworten. Als Liberale stehen wir aber dazu, dass kein Landesteil, weder Südbaden noch die Kurpfalz, noch Württemberg, benachteiligt werden darf.

(Abg. Johannes Stober SPD: Wir wollen nicht auf das Niveau von Stuttgart abrutschen!)

Außerdem wollen wir nicht, dass eine Elite kraft Standorts geschaffen wird. Das wäre ja fast wie eine Elite kraft Geburt. Man darf sich schon wundern, dass sich ausgerechnet die SPD mit ihren Anträgen zum Vorreiter eines solchen Elitedenkens macht.

(Abg. Johannes Stober SPD: In Karlsruhe dürfen auch Schwaben studieren, Herr Bachmann!)

Wir Liberalen dagegen – Sie haben das ja zu Recht gesagt – sind Freunde der Chancengleichheit. An allen Universitäten des Landes sollen die Beschäftigten die gleichen Chancen haben, sich durch Leistung zu bewähren. Das ist für uns der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens: Die gesamte Opposition möchte, dass wir das KIT auf friedliche Zwecke festlegen. Die Forderung, dass Forschung allein dem Frieden dienen darf, ist absolut richtig. Die Beratungen haben aber gezeigt, dass wir uns in einem Kernpunkt uneinig sind: Frieden schaffen mit oder nur ohne Waffen? Sie wünschen, dass militärische Forschung gänzlich ausgeschlossen wird. Wir dagegen stehen zur wehrhaften Demokratie und zu der Notwendigkeit, Frieden auch mit Waffen zu schaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen des Abg. Johannes Stober SPD)

Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sich ebenso wie die europäische Verfassung und das Grundgesetz dieser Notwendigkeit, Frieden auch mit Waffen zu schaffen. Dies ist eine Notwendigkeit, die heute leider traurige Realität ist. Ich zitiere Bundesverteidigungsminister Jung vom 23. Juni dieses Jahres:

Ich habe Ihnen eine traurige Nachricht zu überbringen. Drei Soldaten sind in Afghanistan im Einsatz für den Frieden gefallen.

Diese Männer und ihre Familien brauchen unsere Solidarität. Ich darf den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, den Sozialdemokraten Reinhold Robbe, dazu zitieren:

Das große Engagement der Soldaten findet bei uns keine angemessene Resonanz.

Wir sind es diesen Soldaten und ihren Familien schuldig, dass sie über optimales Gerät verfügen. Deshalb brauchen wir am KIT auch militärische Forschung.

Während wir hier in der Heimat über idealistische Ziele debattieren, setzen die Soldaten in Afghanistan für den Frieden ihr Leben aufs Spiel. Ein Hauptfeldwebel aus Donaueschingen hat es wie folgt ausgedrückt:

Wir sehen zu, dass wir den nächsten Auftrag überleben.

Wir von der Koalition sehen es als unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit an, durch die Ablehnung dieses Antrags unseren Beitrag dazu zu leisten, dass optimales Gerät zur Verfügung steht und dass die Überlebenschancen der Soldaten in diesem schwierigen Einsatz für den Frieden steigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg das Wort.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass heute ein besonderer Tag für Karlsruhe, das Land, aber auch die für Bundesrepublik ist, dass zum ersten Mal in der Geschichte eine Universität mit einem Forschungszentrum fusioniert wird, wird auch dadurch bezeugt, dass drei Vorstandsmitglieder von Universität und Forschungszentrum und zukünftige Vorstandsmitglieder des KIT – ich will nicht sagen, wie Väter im Kreißaal, aber doch in ähnlicher Position – heute hier sind.

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Unser Ziel ist – das haben alle zum Ausdruck gebracht – eine erstklassige Einrichtung, ein Institut, das in der Technologieforschung, in der naturwissenschaftlichen Forschung die erste Adresse in Deutschland sein wird. Das ist in dieser Form etwas völlig Neues, ein Aliud der deutschen Hochschullandschaft.

Aber man muss auch an die Väter sagen: Ein geborenes Kind macht noch viel Arbeit, vor allem ein neugeborenes Kind. Wir wissen aus Fusionen in der Wirtschaft, dass jetzt eine schwierige Aufgabe beginnt. Der Vorteil ist, dass man schon seit Langem zusammenarbeitet, zusammen kooperiert, gut zusammenpasst und auf einem Campus nebeneinander liegt, sodass „Daimler-Chrysler-Probleme“ nicht entstehen sollten.

Diese Aufgabe besteht für alle Mitglieder, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden mit einem großen Fest, bei dem die Bundesministerin und ich die Verwaltungsvereinbarung unterzeichnen, zusammen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Startschuss für dieses neue KIT geben.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wann ist denn das Fest?)

– Ende Juli, kurz vor den Ferien.

Es gibt aber andere Herausforderungen, die vor uns liegen und die vor dem KIT liegen. Denn wir werden in 18 Monaten die Autonomie erweitern, z. B. bei der Dienstherreneigenschaft. Es geht um die Bauherrenzuständigkeit und um die Übertragung von Vermögen. Es geht also um weitere Gesetze. Danach wird das KIT – als ein Fall der Erprobung, verglichen mit allen anderen Hochschulen im Land – nicht nur ein Modell für Deutschland an sich, sondern auch ein Hochschulmodell weiter gehender Autonomie sein.

Auch das ist eine große Aufgabe für das KIT und für uns. Das haben wir in der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund so abgemacht, um für uns schon den nächsten Schritt verpflichtend zu machen. Ich freue mich über die weitgehende Unterstützung in diesem Haus für dieses Gesetz und diese Zusammenfügung. Das ist wohl auch eine wichtige Ermutigung für die dortigen Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Was die Änderungsanträge betrifft, muss man sagen: Die Frage, wie Teilzeitbeschäftigte behandelt werden, ist jetzt nach dem Landeshochschulgesetz in der Grundordnung regelbar. Sie ist also Sache des KIT.

(Abg. Johannes Stober SPD: Es wird aber nicht geregelt! Es kann geregelt werden!)

Wir verstehen unter Hochschulautonomie, solche Fragen in die Autonomie der Hochschule und in die Autonomie ihrer Satzungshoheit zu geben.

(Zuruf von der SPD: Aber es gibt bestimmte demokratische Selbstverständlichkeiten!)

Sie haben Ihre Anträge gestellt. Wir sind für die Freiheit und für die Freiheit der Entscheidung in der Hochschule,

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

und wir müssen nicht alles regeln,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

was vor Ort besser geregelt werden kann.

Was die Verfasste Studierendenschaft betrifft, so haben wir keine Angst davor. Finanzhoheit bedeutet noch nicht, dass man lauter ist, mehr sagen oder mehr mitbestimmen kann. Denn Verfasstheit bedeutet nur Finanzhoheit.

(Zuruf von der SPD: Das eine tun und das andere nicht lassen!)

Uns geht es aber um die wirkliche Mitwirkung der Studierenden, z. B. bei der Verteilung von Studiengebühren. Außerdem kann man durch eine Experimentierklausel gar keine Verfasste Studierendenschaft erwirken. Dazu brauchte man ein eigenes Gesetz. Insofern geht die Initiative etwas in die Leere.

(Zuruf von der CDU: Mit zwei e!)

– Mit zwei e.

(Zuruf von der CDU zur SPD: Sie sollten in die Lehre gehen, bevor Sie in die Leere gehen!)

– Ich hoffe immer, dass es bei der Lehre an Hochschulen möglichst wenig Leere gibt.

(Beifall bei der CDU)

Über die Zivilklausel haben wir uns ausgetauscht. Sie bleibt beim Forschungsteil. Ich persönlich – das betone ich auch hier noch einmal – bin der festen Überzeugung, dass unsere Hochschulen eigentlich für die Armee eines demokratischen Staates und die beste Ausrüstung ihrer Soldaten auch forschen dürfen. Ich halte dies übrigens auch für eine Zivilklausel. Denn wir haben eine zivile Armee, für die man forschen können soll. Insofern akzeptiere ich die Zivilklausel für den Forschungsteil. Ich akzeptiere aber im Prinzip die Idee der Zivilklausel für unsere Bundeswehr nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das KIT wird wichtigste Fragen der Zukunft angehen und geht sie schon heute teilweise und in gemeinsamen Forschungsprojekten an: im gesamten Bereich der Energieforschung bis hin zu den entsprechenden Umweltfragen, technologische Fragen der zukünftigen Entwicklung unserer Mobilität eingeschlossen.

Auf der anderen Seite geht das KIT auch Grundfragen unserer Existenz an, etwa in den Projekten am neuen Teilchenbeschleuniger CERN. Insofern wird dort vielleicht irgendwann einmal, Herr Rivoir, die Versöhnung von Einstein und Max Planck gelingen. – Ohne Einstein wollte ich heute nicht enden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/4600.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/4677. Dazu liegen mehrere Änderungsanträge vor, die ich an den entsprechenden Stellen aufrufen werde.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz über das Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Gesetz – KITG)

mit den §§ 1 bis 21.

Zu § 1 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4781-1, vor, der die Anfügung eines Absatzes 5 begehrt. Ich stelle deshalb zunächst § 1 mit den Absätzen 1 bis 4 zur Abstimmung. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 Abs. 1 bis 4 einstimmig zugestimmt worden.

(Abg. Johannes Stober SPD: Jawohl!)

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4781-1, abstimmen, nach dem § 1 um einen Absatz ergänzt werden soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4781-1, mehrheitlich abgelehnt.

Zu den §§ 2 bis 5 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich stelle sie deshalb gemeinsam zur Abstimmung. Wer den §§ 2 bis 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit wurde diesen Paragraphen einstimmig zugestimmt.

Zu § 6 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine Änderung der Absätze 5 bis 7. Wer § 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/4677 Ziffer 1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Zu den §§ 7 bis 11 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich stelle sie deshalb gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den §§ 7 bis 11 ist einstimmig zugestimmt.

Zu § 12 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4781-2, vor, der den Absatz 2 betrifft. Ich stelle deshalb zunächst § 12 Abs. 1 zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist § 12 Abs. 1 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4781-2, zu § 12 Abs. 2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über § 12 Abs. 2 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das

Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 12 Abs. 2 mehrheitlich zugestimmt worden.

Wir haben jetzt noch über § 12 Abs. 3 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs abzustimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 12 Abs. 3 einstimmig zugestimmt.

Zu den §§ 13 bis 21 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich lasse deshalb insgesamt darüber abstimmen. Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den §§ 13 bis 21 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Gesetz zur Errichtung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Errichtungsgesetz – KIT-ErrichtG)

mit den §§ 1 bis 7. Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landeshochschulgesetzes

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4781-3, vor, mit dem Artikel 3 eine Ergänzung hinzugefügt werden soll, die § 9 des Landeshochschulgesetzes betrifft. Ich stelle deshalb zunächst den Artikel 3 des Gesetzentwurfs zur Abstimmung, der ausschließlich § 1 des Landeshochschulgesetzes betrifft. Wer dem Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4781-3, zur Ergänzung des Artikels 3, der auf eine Änderung von § 9 des Landeshochschulgesetzes abzielt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 3.

Wer der Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Nummer 1 einstimmig zugestimmt.

Zu Nummer 2 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4781-4, vor, den ich zunächst zur Abstimmung stelle. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Nummern 2 und 3 von Artikel 4 des Gesetzentwurfs, die ich gemeinsam zur

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Entscheidung stelle. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen beiden Nummern mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 4. Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Artikel einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 5 a

Änderung der Leistungsbezügeverordnung

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst empfiehlt Ihnen die Einfügung dieses Artikels nach Artikel 5 des Gesetzentwurfs. Wer dem Artikel 5 a in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/4677 Ziffer 2, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist damit diesem Artikel 5 a zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Außerkrafttreten von Rechtsvorschriften; Neubekanntmachungsermächtigung

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Artikel einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Inkrafttreten

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 7 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Juli 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Zusammenführung der Universität Karlsruhe und der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH im Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Zusammenführungs-gesetz)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wur-

de dem Gesetz einstimmig zugestimmt. Ich darf mich bei Ihnen allen für die zügige Behandlung bedanken.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich bekannt geben, dass sich das Gremium nach Artikel 10 GG zu Beginn der Mittagspause im Josef-Schofer-Saal trifft. Wir müssen die Mittagspause deshalb entsprechend regeln.

Es ist jetzt 13:11 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:11 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:16 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Die Regierung hat vier zentrale Themen der Kabinettsitzung vom 7. Juli 2009 mitgeteilt:

1. Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes und Landesinfrastrukturprogramm; Sachstandsbericht Juni 2009
2. Konzeption „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“
3. Initiative Betriebliches Gesundheitsmanagement in Baden-Württemberg
4. Aktuelle Entwicklung bei der Bürgerschaftsvergabe in Baden-Württemberg

Zunächst erhält Herr Finanzminister Stächele zu dem ersten von der Regierung genannten Thema das Wort.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Banken-, Finanz- und im Gefolge die Wirtschaftskrise: Die Politik hat gehandelt. Sinn der heutigen Berichterstattung ist, dass wir einmal eine Zwischenbilanz ziehen, was aus unseren Aktivitäten geworden ist. Mit „unseren“ meine ich die Aktivitäten von Bund, Ländern und Gemeinden. Denn Sie wissen, dass es jetzt vor allem um das Konjunkturpaket II geht, das aufgelegt wurde, damit wir unseren Teil zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen können.

Klar war uns beim Konjunkturpaket II, zumal es vom Kapitalmarkt finanziert werden musste und dafür größtenteils Schulden aufgenommen wurden, dass es erstens punktgenau auf die Sicherung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein muss. Zweitens sollen diejenigen, die diese Schulden später möglicherweise abzahlen müssen, wissen, dass wir ausschließlich in die Zukunftsfähigkeit dieses Landes investieren. Das ist ganz wichtig.

Nun zu der Frage: Was ist daraus geworden? Wir haben eine Bilanz mit Stand Mitte Juni 2009. In der Tat wurden mit Stand Mitte Juni 2009 für Investitionen der Kommunen und des Landes Bundesmittel in Höhe von 793 Millionen € – das sind 64 % der zur Verfügung stehenden Fördermittel – bereits bewilligt. Insgesamt können damit – das ist erstaunlich viel –

(Minister Willi Stächele)

4 163 Einzelvorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von gut 1,3 Milliarden € gefördert werden. Das ist also ein ganz konkreter Beitrag. Ich habe von „bewilligt“ gesprochen. Wir können zum gegenwärtigen Zeitpunkt abverlangen, dass die Bewilligungsbescheide mit genau diesem Volumen „draußen“ sind.

Meine Damen und Herren, ich habe wieder die Aussage gehört, es sei kein Geld geflossen. Jeder von uns weiß: Es muss zunächst einmal geplant, ausgeschrieben, vergeben werden. Ab diesem Moment handelt es sich um Arbeitsplatzsicherung. Wir gehen davon aus, dass das erste Geld Mitte August fließt. Das ist noch immer hinreichend. Die Abrechnung erfolgt meist in Stufen oder am Ende eines solchen Projekts.

Ganz entscheidend ist: Es wurde geplant, Aufträge wurden vergeben. Damit ist im Grunde in vielen Bereichen die Sicherung von Arbeitsplätzen – so, wie wir es wollten – möglich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Uns stehen für den kommunalen Bereich insgesamt 866 Millionen € aus dem Bundesprogramm zur Verfügung, davon 609 Millionen € als pauschalisierte Zuwendungen.

Im Bereich der Bildungspauschale sind 499 Millionen € verfügbar. 427 Millionen € – das sind 85 % – sind bereits als Bildungsinvestitionen bewilligt und können in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Noch eine Zahl, die auch ganz wichtig ist: Gefördert werden 172 Vorhaben aus dem Bereich freier, privater Schulträger. Es war uns ein wichtiges Anliegen, dass diese Vorhaben nicht hinten herunterfallen. Das sind also immerhin 172 Vorhaben. Das Investitionsvolumen beträgt auch dort um die 40 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Daneben ist die Infrastrukturpauschale zu nennen. Von dieser Pauschale sind bisher 87 Millionen € freigegeben; das ist auch dort ein hoher Prozentsatz. Insgesamt werden damit 1 440 Maßnahmen gefördert. Das ist also insgesamt erfreulich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem ist es wichtig, Folgendes zu wissen: Die Kommunen haben einen gewaltigen Komplementäranteil geschultert. Das ist, wenn man weiß, welch geradezu drastischen Einbrüche es bei den Gewerbesteuererträgen in den letzten Monaten gegeben hat, nicht hoch genug einzuschätzen.

Daraus leite ich zwei Dinge ab. Heute stand in einer Zeitung: „Stächele ermahnt die Bürgermeister“. Es gibt jedoch keinen Grund, zu mahnen. Selbstverständlich ergeht immer wieder der dringende Appell, das Geld punktgenau einzusetzen, damit diese Mittel tatsächlich der Arbeitsplatzsicherung und der Zukunftsfähigkeit dienen können. Aber ansonsten, liebe Bürgermeister im Lande, gibt es keinen Grund dafür. Die Umsetzung läuft, und ich habe auch noch keinen Bürgermeister erlebt, der dieses Geld verweigert hätte –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es könnte schneller kommen!)

schon gar keinen schwäbischen Bürgermeister, aber auch keinen badischen, der dieses Geld zurückgewiesen hätte. Das heißt also, dass die Dinge laufen.

Aber das Zweite, was ganz wichtig ist:

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir werden mit Sicherheit noch einmal über das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ nachdenken müssen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Meine Damen und Herren, in einer Situation, in der die Kommunen drastische Steuereinträge verzeichnen, in der sie sich mithilfe der Komplementärmittel gerade noch so durchhangeln können, ist diese Frage noch einmal zu prüfen. Ich bin ganz zuversichtlich – das sieht man auch bei anderen Themenbereichen –: Was im Januar vielleicht noch gegolten hat, das muss – siehe aktuelles Stabilitätsgesetz – im Juni überprüft werden, weil wir im Moment in der aktuellen Konjunktursituation nur auf Sicht fahren können. Im Jahr 2013 kommen die Dinge zur Abrechnung. Ich gehe davon aus, dass im September vernünftig gewählt wird und dass dann auf Bundesebene vernünftige politische Entscheidungen möglich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das war keine Aussage; das habe ich ganz offen formuliert.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Herrmann das Wort.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den Infrastrukturprogrammen von Land und Bund haben wir im Frühjahr dieses Jahres insgesamt eine Summe von 2,1 Milliarden € bewilligt. Dabei stammen etwa 1,2 Milliarden € vom Bund. Vom Land kamen 350 Millionen €, und wenn man die Mittel des Kommunalen Investitionsfonds, die man ja um 210 Millionen € aufgestockt hat, hinzuzählt, stammen 560 Millionen € vom Land. Dazu kommen die zwingend notwendigen Komplementärmittel der Kommunen in Höhe von rund 300 Millionen €. Das gibt dann eine Gesamtsumme von, wie gesagt, 2,1 Milliarden €.

Wir haben dieses Programm hier im Landtag einstimmig beschlossen, und ich glaube, es ist auch ein gutes Zeichen nach außen, dass der Landtag in einer Krise, in der das Land aufgefordert ist zu handeln, hier einstimmig die notwendigen Beschlüsse gefasst hat.

Ich darf auch der Landesregierung dafür danken, dass bei der Ausführung ein einfaches Verfahren zur Abwicklung gewählt worden ist. Man führt zwar eine Plausibilitätsprüfung bei den Regierungspräsidien durch, aber man wählt kein umständliches Antrags- und Bewilligungsverfahren, wie es in der Vergangenheit bei anderen Programmen – da war es auch richtig und notwendig – der Fall gewesen ist.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt zur Frage!)

In den Gremien auf kommunaler Seite war einiger Zeitaufwand vonnöten und waren einige Besonderheiten zu beachten. Teilweise mussten Gemeinderäte und Ortschaftsräte Sondersitzungen abhalten. Wir haben das aber hier im Landtag, im Finanzausschuss auch gemacht. In einer besonderen, außergewöhnlichen Situation sind auch besondere, außergewöhnliche Maßnahmen notwendig.

(Klaus Herrmann)

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist reine Zeitschinderei! Jetzt kommen Sie einmal zur Frage!)

– Herr Kollege Walter, wir sind nicht in einer Fragestunde. Sie sollten sich die Regularien hier genau anschauen. Ich habe drei Minuten Zeit für die Begründung und die Frage.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben richtig gehandelt, indem wir die kommunale Seite voll einbezogen haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf darum bitten, dass man sich leiser verhält oder dass man den Saal verlässt, wenn man Gespräche führen will.

Zum Zweiten: Selbstverständlich hat Herr Abg. Herrmann recht. Er kann eine Frage stellen, die er mit vorangehenden Bemerkungen einleiten kann. Für die Frage einschließlich der Bemerkungen hat er bis zu drei Minuten Redezeit. Insofern braucht es hier gar keine Aufregung zu geben.

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Entscheidend ist, dass es gut ist, was er sagt!)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Ich war bei dem Punkt, dass die kommunale Seite in vollem Umfang einbezogen wurde. Das halten wir für richtig und sinnvoll. Es zeigt sich auch – der Herr Minister hat das ausgeführt –, dass die kommunale Seite deutlich mehr Komplementärmittel zur Verfügung gestellt hat, als ursprünglich vorgesehen waren.

Nun habe ich zwei Fragen. Sie haben angesprochen, Herr Minister, dass Vorhaben an 172 Privatschulen gefördert werden. Hier zahlt ja das Land den Komplementäranteil. Meine Frage: Gab es hier bei der Abwicklung Probleme? Sind dem Land vonseiten der privaten Schulträger Klagen bekannt geworden, dass die Kommunen ihre Mittel nicht pauschal an die Schulträger für bestimmte Maßnahmen weiterleiten, sondern dass die Mittel nur für kommunale Projekte verwandt worden sind? Insbesondere ging ja durch die Presse, dass die Stadt Stuttgart hier entgegen dem, wie es das Land ursprünglich vorgesehen hat, Private nicht einbezieht.

Die zweite Frage: Sie haben angesprochen, dass die „Zusätzlichkeit“ hie und da Probleme bereitet hat. Meine Frage: Ist bei der Prüfung der Verwendungsnachweise im Jahr 2013 im Rahmen der Prüfung und der Aufsicht auch sichergestellt, dass es nicht für manche ein böses Erwachen gibt? Trifft es zu, dass man die Frage der „Zusätzlichkeit“ sehr pragmatisch angeht und dass die Dinge, die von den Regierungspräsidien im Wege der Plausibilitätsprüfung bewilligt worden sind, von den Kommunen richtig umgesetzt wurden, sodass es da keine Rückforderungen gibt?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Finanzminister Willi Stächele: Ich bedanke mich für die Frage und auch für die vorbereitenden, einleitenden Bemerkungen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut! Hervorragend!)

Keine Frage: Es war der erklärte Wille des Bundes und gleichermaßen des Landes, dass die Finanzhilfen trägerneutral vergeben werden. Deswegen ist bei der Zuweisung an die einzelnen Kommunen im Wege der Pauschale die Gesamtschülerzahl berücksichtigt worden, also nicht nur die Schülerzahl der öffentlichen, sondern auch die der privaten Schulen. Die sind gemeinsam berücksichtigt worden. Deswegen erging auch die Maßgabe an die Kommunen, die Träger gleichermaßen aufzufordern, Anträge zu stellen, und über diese Anträge – so unser dringendes Petikum – ermessensfehlerfrei zu entscheiden.

Sehr optimistisch stimmt mich, dass 172 Vorhaben bereits bewilligt wurden. Das macht 4 % des Investitionsvolumens der Pauschale für den gesamten Förderbereich aus, liegt aber tatsächlich noch um zwei Prozentpunkte unter dem Anteil der Privatschüler an der Gesamtschülerzahl.

Jetzt zu Ihrer Frage, Kollege Herrmann: Es sind noch nicht alle Anmeldungen beschieden; das ist das eine. Möglicherweise gibt es da noch eine Aufstockung im Bereich der Privatschulträger. Die Regierungspräsidien haben mit Schreiben vom Juni mitgeteilt, dass sie bisher keine Ermessensfehler haben feststellen können. Wir haben allerdings – ich glaube, seit wenigen Tagen – in einem Fall eine erste Anfechtungsklage seitens einer Schulstiftung gegenüber dem Verhalten einer Gemeinde. Es ist sicherlich berechtigt, diesen Weg zu wählen – ich kann den Einzelfall nicht beurteilen –, wenn man das Gefühl hat, dass man nicht in dem Sinne, wie wir es vorgegeben haben, berücksichtigt wird. Dann sollte man remonstrieren; gar keine Frage.

Wir haben allerdings – das hat ein bisschen Schlagzeilen gemacht – die erklärte Aussage der Stadt Stuttgart und, ich glaube, auch anderer Kommunen, die sagen: Das Geld ist budgetiert, aber wir behalten uns vor, innerhalb dieses Budgetrahmens Vorrangiges von Nachrangigem unabhängig davon zu unterscheiden, ob es private Schulträger oder andere Träger sind. Wir werden da in Einzelfällen sicherlich noch den einen oder anderen Disput lösen müssen.

Bevor der eine Träger gegenüber einem anderen, dessen Schule wirklich im marodesten Zustand ist, bevorzugt wird, ist es vom normalen Menschenverstand her grundsätzlich richtig, diese Priorisierung ungeachtet der Schulträger so vorzunehmen. Aber wir müssen doch Sorge dafür tragen, dass nicht irgendwo auch nur ein Hauch von Ungerechtigkeit entsteht und unsere privaten Schulträger das Gefühl haben, sie würden untergebuttert. Ich will dazusagen: Gerade eine Stadt wie Stuttgart ist immer wieder bereit, die Privatschulträger zu fördern. Es darf jetzt nicht der Eindruck entstehen, aufseiten der Landeshauptstadt Stuttgart bestünde eine Schräglage. Ich habe mir die Zahlen geben lassen. Immerhin gibt man auf freiwilliger Basis jährlich schon 2,5 Millionen € in diese Förderung hinein.

Wie gesagt, das sind Einzelfälle. Ich bin überzeugt, dass die 172 Fälle problemlos durch sind. Jetzt gibt es da und dort sicher noch Schrammen, an die wir heran müssen und die wir beurteilen müssen.

(Minister Willi Stächele)

Zur zweiten Frage, Herr Kollege Herrmann: Wir haben ja um die Frage der „Zusätzlichkeit“ gekämpft. Ich möchte schon jetzt prophezeien, auch wenn ich mich derzeit eines vorausgesagten Rechtsbruchs schuldig mache, dass diese Geschichte auf den Prüfstand muss. Wir halten das nicht durch. Wir haben schon damals bezweifelt, dass man so verfahren kann. Wir haben dann erreicht, dass man bei dem Zeitraum, für den der Durchschnitt des Investitionsvolumens als Vergleichswert berechnet wird, bis auf 2005 zurückgeht. Das war ein Erfolg. Aber was sich in den letzten sechs Monaten abgespielt hat, zeigt eindeutig, dass das Ganze korrigiert werden muss. Darüber sollte man sich über die Parteien und Fraktionen hinweg einig sein. Das heißt, wir können nicht anschließend, wenn es nicht ein grobes oder vorsätzliches Fehlverhalten ist – – Ich will nicht dazu ermuntern, jetzt nach Gutdünken vorzugehen. Dann kann man nicht ausschließen, dass da korrigiert werden muss.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, uns liegt zu diesem Konjunkturpaket seit einigen Tagen eine Umfrage von Ernst & Young auf dem Tisch. Danach ist klar, dass 60 % der Kommunen bedauern, dass die Förderrichtlinien zu eingeschränkt abgefasst sind. Obwohl wir beim Anteil energetischer Maßnahmen einiges über die Verfassungsänderung korrigieren konnten, wird das nach wie vor bedauert. Man bedauert ganz besonders, dass man den kommunalen Straßenbau nicht mit aufnehmen konnte,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

aber das war eine eindeutige Priorisierung in Richtung Bildungseinrichtungen. In die Bildungseinrichtungen in Deutschland gehen im Wege dieses Pakets fast 7 Milliarden € an zusätzlichen Mitteln. Das muss man sehen. Ich hoffe, dass man das anerkennt als einen Teil, der von Bund und Ländern zusätzlich in die Bildung investiert wird.

Übrigens eine zweite Feststellung, die uns allen vielleicht guttut: Im Bereich des Programms liegt Baden-Württemberg nicht schlecht. Es hat auch mich überrascht, dass wir vorn liegen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Unser Gesamtprogramm hat ein Volumen von 2,1 Milliarden €. In Bayern liegt es bei 1,9 Milliarden €, Rheinland-Pfalz kommt gerade einmal auf 625 Millionen € und Nordrhein-Westfalen auf 2,8 Milliarden €. Die müssten ja fast das Doppelte haben. Wir sind hier also gut positioniert. Wir haben umgesetzt und ergänzt. Entscheidend war, dass wir mit unserem Landesinfrastrukturprogramm noch einmal deutlich ergänzen konnten. Das war hier in Baden-Württemberg der Vorteil einer soliden Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zu einer weiteren Frage hat Frau Abg. Berroth für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Minister, ich möchte an die erste Frage vom Kollegen Herrmann anschließen. Dazu haben Sie etwas vage gesagt, da werde es noch Dinge geben, mit denen man sich auseinandersetzt. Was werden denn konkret die Konsequenzen sein, wenn eine Kommune nicht

den Anteil an die freien Träger weitergegeben hat, der diesen aus der Zuwendung heraus zustünde? Es war auch uns sehr wichtig, dass die freien Träger gleichermaßen berücksichtigt werden. Das Land hat ja sogar im Nachtragshaushalt extra noch Mittel dafür bereitgestellt. Eigentlich sind die Kommunen, die darauf verzichten, nicht gerade schlau, wenn sie Investitionen vor Ort bekommen könnten, die sie nicht einmal selbst kofinanzieren müssten. Aber das ist ein anderes Thema.

Ich wüsste wirklich gern, was dann passiert. Wird dann anteilmäßig Geld zurückgefordert, oder was ist sonst vorgesehen?

Zweitens bitte ich, wenn das Verfahren abgeschlossen ist, dem Landtag auch anhand von Zahlen genau zu berichten, wie die freien Träger von den Kommunen berücksichtigt wurden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Finanzminister Willi Stächele: Vielen Dank. Wir werden sicherlich in einer der nächsten Regierungsbefragungen dieses Thema wieder aufgreifen, weil wir wissen, dass Sie sehr interessiert sind.

(Heiterkeit)

Frau Berroth, das ist bei der ganzen Abwicklung ein Punkt, den wir besonders ins Auge fassen. Es wird so sein, dass man in jedem Einzelfall zunächst eine konsensuale Lösung anstrebt, bevor man den Knüppel der Aufsicht schwingt. Wir haben aber ganz neu die konkrete Situation der Gemeinde S., wo bereits eine Anfechtungsklage ins Haus steht. Mittel einsparen, das geht nicht. Die würde man zurückfordern. Eine Schwierigkeit könnte dort auftauchen, wo zwei Schulen vorhanden sind, von denen die eine, die öffentliche Schule vielleicht schon 60 Jahre alt und in einem Zustand kurz vor der Schließung ist und die andere die Schule eines privaten Trägers ist. Da muss man dann schauen, dass man tatsächlich im Sinne eines kommunalpolitischen Konsenses eine Lösung findet.

Wir haben ja unsererseits als Land bereits die Bereitschaft gezeigt, einen Komplementäranteil zu übernehmen. Ich denke, dabei muss die ganz konkrete Situation des Einzelfalls beurteilt werden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bekommen wir einen Bericht?)

– Sie bekommen einen Bericht, möglicherweise in der nächsten oder in der übernächsten Regierungsbefragung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Vielen Dank, Herr Minister.

Die nächste Fragestellung erfolgt durch die SPD-Fraktion. Deswegen darf ich Frau Abg. Altpeter bitten, die Frage an die Regierung zu stellen.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als Konsequenz des schrecklichen Amoklaufs von Winnenden und Wendlingen und der damit verbundenen Morde hat der Bundestag am 18. Juni dieses Jahres über Änderungen des Waffenrechts entschieden. Am Freitag dieser

(Katrin Altpeter)

Woche, am 10. Juli, stimmt der Bundesrat über das neue Waffenrecht ab. Baden-Württemberg wird den Änderungen dort zustimmen.

Auf der Tagesordnung steht aber auch noch die Abstimmung über einen Entschließungsantrag aus dem Innenausschuss des Bundesrats, mitinitiiert vom baden-württembergischen Innenminister Rech. Ausgerechnet diesem Entschließungsantrag des eigenen Innenministers verweigert die Landesregierung am Freitag durch Stimmenthaltung die Zustimmung.

(Abg. Stephan Braun SPD: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Daraus ergeben sich mehrere Fragen.

Erstens: Weshalb beabsichtigt die Landesregierung, übermorgen, am 10. Juli, im Bundesrat dem Entschließungsantrag zur Prüfung – wohlgemerkt zur Prüfung – weiterer Verschärfungen des Waffenrechts die Zustimmung zu verweigern, obwohl diese Entschließung vom baden-württembergischen Innenminister, wie er uns im Sonderausschuss selbst berichtet hat, mit eingebracht wurde?

Zweitens: Welche Verschärfungen hält die Landesregierung beim Waffenrecht über die im Bundestag bereits beschlossenen Änderungen hinaus für erforderlich? Ich denke, das Land Baden-Württemberg steht nach diesen Ereignissen in einer besonderen Verantwortung. Wir als Fraktion halten es für einen unmöglichen Vorgang, wenn sich Baden-Württemberg in der Frage Entschließungsantrag am Freitag wohl offenbar auf Druck der FDP/DVP der Stimme enthält.

Ich bitte um Aufklärung dieses Sachverhalts.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Das steht doch in der Zeitung!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Minister Dr. Reinhart.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Bitte? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da ist doch der Innenminister!)

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart: Sie wollten doch etwas zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat hören, und die Stimmführerschaft im Bundesrat hat der Bundesratsminister. Ich werde auch die Verantwortung dafür zu tragen haben, ob ich am Freitag die Hand hebe oder nicht. Insoweit darf ich Ihnen die Frage beantworten, was den Ablauf in dieser Woche angeht. Wir werden auch Ihre Frage beantworten, Frau Kollegin Altpeter; denn ich finde, Sie haben einen Anspruch darauf,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich! Gar keine Frage!)

zu erfahren, wie die Landesregierung im Bundesrat zu votieren beabsichtigt.

Ich werde am kommenden Freitag im Bundesrat anwesend sein und dort auch die sechs Stimmen für das Land Baden-Württemberg abgeben.

Deshalb auch zur Sache: Ihre Mutmaßung, dass sich das Land Baden-Württemberg im Bundesrat enthalten wird, muss auf irgendwelchen Spekulationen beruhen. Denn die Landesregierung hat nach heutigem Stand nicht die Absicht, sich bei den von Ihnen aufgeworfenen Fragen der Stimme zu enthalten, sondern die Landesregierung wird ein Votum dazu abgeben. Dieses Votum wird sich im Übrigen im Lauf der Woche, wie das immer so ist – das will ich deshalb vorausschicken –, im Rahmen der Koordinierung natürlich sogar ändern können, einfach deshalb – das müssen Sie sehen –: Wir haben beispielsweise morgen früh in der Landesvertretung von Baden-Württemberg im Rahmen eines Bundesratsfrühstücks ein Treffen der Länder, an dem übrigens Vertreter vieler Großer Koalitionen beteiligt sind. Dabei besprechen wir in vielen Punkten auch noch Kompromisse und gehen Abhandlungen an, wie möglicherweise am Freitag im Bundesrat abgestimmt wird.

Jetzt aber zu Ihrer Frage.

(Heiterkeit)

– Entschuldigung!

(Zurufe der Abg. Stephan Braun SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Landesregierung wird bei der Empfehlung des Ausschusses für Innere Angelegenheiten des Bundesrats zum ursprünglichen Antrag wie folgt votieren:

a) *Der Bundesrat begrüßt die im vorliegenden Gesetz enthaltenen Änderungen des Waffengesetzes, die unter Mitwirkung der Bund-/Länder-Arbeitsgruppe Waffenrecht, des Bundesministeriums des Innern und der Fraktionen CDU/CSU und SPD entstanden sind.*

Dem wird die Landesregierung zustimmen.

b) *Der Bundesrat hält es für erforderlich, über die beabsichtigten Änderungen hinaus im Dialog mit den Schießsportverbänden zu prüfen, ob und inwieweit das sportliche Schießen mit großkalibrigen Kurzwaffen weiter eingeschränkt werden sollte. Insbesondere ist dabei zu prüfen,*

aa) *ob unter Berücksichtigung der Deliktsrelevanz von Schusswaffen, die für die Durchführung von schweren Gewalttaten besonders geeignet sind, eine Beschränkung hinsichtlich der Zulassung von Kurzwaffen zum sportlichen Schießen nach Bauart und Kaliber der Waffe erforderlich ist; dabei ist vor allem zu untersuchen*

- *eine Begrenzung der Magazine auf fünf Patronen,*
- *eine Erschwerung und damit zeitliche Verzögerung des Magazinwechsels,*
- *eine Begrenzung der Schussenergie von großkalibrigen Waffen;*

bb) *ob der Umgang mit großkalibrigen Kurzwaffen zum sportlichen Schießen nur zeitlich abgestuft, das heißt, erst nach einer ausreichenden Praxis mit kleinkalibrigen Sportwaffen, zugelassen werden sollte.*

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Der Bundesrat bittet in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob dazu die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung (AWaffV) entsprechend angepasst werden muss. Außerdem bittet der Bundesrat, in diesem Sinne die vom Bundesverwaltungsamt genehmigten Sportordnungen kritisch zu überprüfen und die Genehmigung von Sportordnungen der Schießsportverbände durch das Bundesverwaltungsamt künftig nur noch im Einvernehmen mit den Ländern zu erteilen.

Auch dieses Anliegen wird von der Landesregierung im Bundesrat unterstützt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist das eine Vorlesestunde?)

Offen ist noch das Abstimmungsverhalten zu Ziffer 3. Im Moment ist deshalb noch eine Enthaltung vorgesehen, weil sich die Andriof-Gruppe mit diesen Fragen noch befasst und ihren Abschlussbericht noch nicht vorgelegt hat. Insoweit sehen wir im Moment von einem Prüfantrag ab

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das ist doch nur ein Prüfantrag! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Sie enthalten sich!)

und wollen uns noch den Abschlussbericht der Andriof-Gruppe vorlegen lassen, da es dazu unterschiedliche Meinungen und Empfehlungen gibt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man bekommt nur das beantwortet, was man fragt, und nicht das, was man hören will!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage, Herr Abg. Sckler von den Grünen.

Abg. Hans-Ulrich Sckler GRÜNE: Herr Minister, ich habe den klaren Eindruck, dass Kollegin Altpeter mit ihrer Vermutung und ihrer Frage richtig liegt, nämlich dass die Landesregierung an einem ganz wichtigen Punkt, der Diskussion über das Waffenrecht, einer Entschließung, einem Prüfauftrag des Bundesrats, einem Appell ihre Zustimmung verweigern will. Das haben Sie ja eben dargetan. Der weiter gehende Beschlussantrag umfasst drei Teile. Sie haben sich dazu geäußert. Sie haben gesagt, Teil 1 werde von der Landesregierung unterstützt und Teil 2 werde von der Landesregierung unterstützt. Teil 3 werde von der Landesregierung nicht unterstützt, sondern zum heutigen Stand werde sie sich der Stimme enthalten. Das waren Ihre Ausführungen.

Teil 3 ist aber nun einmal ein elementares Anliegen, auch in Baden-Württemberg. Er wäre eine ganz wichtige Konsequenz aus der schrecklichen Amoktat. Wir glauben, dass sowohl der Landtag von Baden-Württemberg als auch die Landesregierung auch auf Bundesebene eine ganz besondere Verpflichtung haben, die Diskussion über die künftige Handhabung des Waffenrechts voranzutreiben. Wir sind gegenüber vielen im Wort. Wir sind gegenüber den Eltern in Winnenden im Wort. Wir sind gegenüber einer besorgten baden-württembergischen Öffentlichkeit im Wort.

Gegenüber dem, was uns der Innenminister in den letzten Wochen als Position, als seine Position und nach unserem Ver-

ständnis als Position der Landesregierung mehrfach erläutert hat, fällt das beabsichtigte Votum der Landesregierung am Freitag im Bundesrat weit zurück. Sie müssen uns bitte erklären, wie Sie mit dieser wachweichen Position gegenüber den Eltern, gegenüber den Betroffenen, gegenüber einer besorgten baden-württembergischen Öffentlichkeit Ihre unmittelbar nach dem Amoklauf gegebene politische Zusage, dafür zu sorgen, dass auch im Waffenrecht Bedingungen geschaffen werden, die das Risiko der Wiederholung einer solchen Tat zumindest minimieren, einlösen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Reinhart das Wort.

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart: Herr Kollege, zunächst einmal nehmen wir das Thema sehr ernst. Das sehen Sie daran, dass wir hier differenziert vorgehen.

Zum Zweiten hat die Landesregierung, gerade weil sie dieses Thema äußerst ernst nimmt und weil Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das ist doch eindeutig klar!)

eine Kommission eingesetzt. Sie hat die Andriof-Kommission eingesetzt. Sie hat einen Sonderausschuss eingesetzt.

Ich will Ihnen sagen: Ich glaube, dass wir hier überhaupt nicht auseinander sind. Dort, wo wir das Bundesgesetz ohnehin unterstützen, stimmen wir zu. Dort, wo wir sagen, dass wir bereits an einem Punkt sind, an dem ernsthaft geprüft werden muss, erteilen wir einen Prüfauftrag. Dort, wo die Landesregierung – und auch die Koalition – noch offene Fragen hat, sagen wir: Bevor wir Schnellschüsse machen, werden wir im Moment weiter abwarten, was uns die Andriof-Kommission an Ergebnissen bringt, und dann handeln. Ich glaube, dass das auch die richtige Abfolge ist: dass man zuerst prüft, erst denkt und dann handelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. der Abg. Katrin Altpeter und Rainer Stickelberger SPD)

Herr Kollege, im Übrigen darf ich unterstellen, dass Sie die Abläufe in der Bundesgesetzgebung in etwa kennen.

(Zuruf von der CDU)

Bundesgesetzgebung bedeutet, dass wir Gesetze zunächst in der ersten Kammer und auch in der zweiten Kammer beraten.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie winden sich!)

Der Weg der Entschließung ist ein völlig anderer. Der Weg der Entschließung beinhaltet keine Gesetzgebung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wissen wir auch!)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Der Weg der Entschließung bedeutet politische Willensäußerung. Ob der Weg der Entschließung jemals zu Gesetzen führt, ist ein äußerst offener Prozess. Ich könnte Ihnen sehr viele Beispiele nennen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn man den Willen unterwegs verliert, gibt es nie ein Gesetz! – Zurufe der Abg. Katrin Altpeter und Rainer Stickelberger SPD sowie Bärbl Mielich GRÜNE)

– Wie bitte?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn man den Willen unterwegs verliert, gibt es kein Gesetz! – Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Ganz langsam.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: War das dann ein Schnellschuss vom Innenminister?)

– Herr Kollege Schmiedel, ich glaube, dass Sie vielleicht auch gerade an der sehr differenzierten, klugen und abgewogenen Verhaltensweise und dem Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat am Freitag erkennen, dass dieses Thema von uns mit größter Gründlichkeit und großer Ernsthaftigkeit begleitet wird.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ein Prüfauftrag ist keine Entscheidung! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie haben Angst! – Weitere Zurufe)

Ich halte auch nichts davon, dass man dieses Thema vor dem Hintergrund der Geschehnisse in diesem Jahr zu parteipolitischen Streit missbraucht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Uns geht es hier um die Sache und um die ernsthafte Prüfung der entscheidenden Anliegen, die damit verbunden sind.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das glaubt Ihnen kein Mensch! – Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Als Nächster hat sich Herr Abg. Gall von der SPD gemeldet.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Minister, mit Verlaub: Die Begründung, warum Sie dieser besagten Ziffer 3 des ursprünglichen Antrags im Bundesrat die Zustimmung verweigern wollen, halte ich schon für fadenscheinig. Denn auch bei den anderen Punkten, bei denen Sie Zustimmung signalisieren, gibt es noch keine abschließende Stellungnahme der Andriof-Kommission.

Ich will Sie deshalb fragen, welche internen Abstimmungen oder Diskussionsprozesse Sie noch benötigen, um einen Prüfauftrag an die Bundesregierung zu erteilen. Um diesen Kern geht es nämlich, der da sinngemäß lautet, die Genehmigung von Sportordnungen für das kampfmäßige Schießen, das sogenannte IPSC-Schießen, zu widerrufen und Paintball als Spiel, bei dem die Tötung oder Verletzung von Menschen simuliert wird, zu verbieten. Welchen Diskussionsbedarf gibt es dazu noch innerhalb Ihrer Fraktion?

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart: Das kann ich Ihnen beantworten. Es gibt innerhalb der CDU-Landtagsfraktion keinen Diskussionsbedarf. Wir haben hier keinen Diskussionsbedarf und keine Diskussionsproblematik.

Die Regierung – das will ich Ihnen sagen – hat ein differenziertes Votum beschlossen. Dies hat folgenden Hintergrund: Zum einen sprechen Sie die Bundesgesetzgebung an. Sie wissen, dass die Bundesgesetzgebung aufgrund der Diskontinuität in dieser Legislaturperiode ohnehin keine weiteren Gesetze mehr auf den Weg bringen kann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das gilt für die anderen doch auch! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das gilt für alles andere auch! – Abg. Stephan Braun SPD: Warum gehen Sie dann zum Bundesrat? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Moment einmal! Es geht um die Änderungen des Waffengesetzes in der Bundesgesetzgebung. Es geht außerdem um Fragen, die wir zusätzlich prüfen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Aber der Prüfung stimmen Sie doch nicht zu!)

Ich will Ihnen sagen, dass sich die Landesregierung auch an diesem Dienstag sehr ernsthaft mit diesem Thema befasst hat. Die Landesregierung nimmt die unterschiedlichen Erkenntnisse sehr ernst. Es wurde klar – auch am Dienstag in dieser Kabinettsitzung –, dass sowohl der Innenminister als auch der Justizminister in vielen Gesprächen, Kommissionen und Arbeitsgruppen sehr sachkundig und fachkundig auch Sachverständige zu Wort kommen lassen und sehr ausgewogen und abgewogen die Ernsthaftigkeit dieser Themen prüfen und abwägen.

Während bei Ziffer 1 und bei Ziffer 2 des Antrags von vornherein ein einhelliges Votum vorhanden war, war bei Ziffer 3, wie Sie erkennen, ein unterschiedlicher Ansatz da. Deshalb will man die Ergebnisse und Berichte abwarten. Ich halte das auch für richtig. Der Termin, zu dem die Gruppe um Herrn Andriof ihren Abschlussbericht vorlegt, ist schon festgelegt auf Ende September oder Anfang Oktober. Im Oktober soll der Bericht nicht nur der Regierung, sondern auch dem Parlament vorgelegt werden. Sie haben einen Ausschuss eingesetzt. Auch dieser wird sich damit befassen. Insofern glaube ich schon, dass es der richtige Weg ist, diese großen Herausforderungen nicht nur mit Entschließungen im Bundesrat zu beraten, zu besprechen und zu bewältigen, sondern dass wir uns als Vertreter des Landes Baden-Württemberg sachlich und fachlich sehr intensiv mit diesem Thema befassen.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Insofern ist das Vorgehen gerade bei Ziffer 3, bei der unterschiedliche Ansätze gesehen werden – das will ich Ihnen bewusst sagen –, sehr klug, erst die Fachleute zu Wort kommen zu lassen, bevor wir uns dort entscheiden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Formulierung „klug“ würde ich aber in diesem Zusammenhang nicht verwenden! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Frage beantworten! – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage für die CDU-Fraktion, Frau Abg. Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich möchte gern für die CDU-Fraktion sagen: Wir sind sehr froh über dieses differenzierte Vorgehen der Landesregierung. Ich bin auch ein bisschen verwundert über die Debatte jetzt, weil wir uns im Ausschuss eigentlich darauf geeinigt hatten, nach sehr gründlichen Beratungen über ein halbes Jahr hinweg zum Schluss unsere Empfehlungen und Forderungen gesammelt abzugeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So ist es! Genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Und die Regierung macht in dieser Zeit, was sie will? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU – Zuruf von der CDU: Zuhören, was die Kollegin Kurtz sagt!)

Ich habe Verständnis dafür, dass auf Bundesebene relativ schnell vorgegangen werden musste, aber im Prinzip haben wir das Gefühl, dass das ein bisschen arg schnell ging

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und nicht der Betroffenheit entspricht, die wir ganz besonders hier im Land haben. Frau Altpeter, die spüren Sie in Ihrem Wahlkreis ganz besonders. Deswegen legen wir großen Wert darauf, die Zeit zu bekommen, in Ruhe diese Anhörungen so durchzuführen,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber am Freitag wird doch entschieden! – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber der Entschließungsantrag ist doch aus der Feder unseres Innenministers!)

wie wir sie gemeinsam terminiert haben, in großem Verantwortungsbewusstsein und mit großer Gründlichkeit. Deshalb frage ich die Landesregierung: Wie viele Möglichkeiten sind im Gesetzgebungsprozess und im Verordnungsprozess jetzt noch vorhanden, um die Dinge noch weiter zu beeinflussen und möglicherweise im Sinne der speziellen Betroffenheit unserer Bevölkerung in Baden-Württemberg voranzubringen? Das betrifft nicht nur das Waffengesetz, sondern geht weit darüber hinaus; wir haben ja auch einen Themenkomplex „Computernutzung, Killerspiele und Paintball“, der gar nicht mehr unbedingt unter das Waffengesetz fällt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das war eine Anmerkung, Frau Kollegin. Sie hätten noch eine Frage stellen müssen.

(Zurufe von der CDU: Hat sie doch!)

Bitte, Herr Minister.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es aber schwer!
– Zurufe von der CDU – Unruhe)

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart: Die Ausführungen der Kollegin haben im Grunde genommen sehr deutlich gemacht, dass ein sehr differenziertes Vorgehen anzuraten ist. Wir werden deshalb – das

will ich noch einmal sagen – den Änderungen des Waffengesetzes, die unter Mitwirkung der Bund-/Länder-Arbeitsgruppe Wafferecht, des BMI und der Fraktionen – übrigens von CDU/CSU und SPD – zustande gekommen sind, zustimmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das wissen wir doch! – Glocke des Präsidenten)

Zu den weiteren Fragen haben wir Prüfaufträge vergeben. Der offene Punkt, zu dem wir uns noch keine abschließende Meinung gebildet haben, zu dem wir die Berichte abwarten wollen, ist diese Ziffer 3. Das ist unstrittig. Das habe ich jetzt dreimal beantwortet. Auch fünfmaliges Nachfragen

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU)

wird nichts ändern, nachdem die Regierung entschieden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Ich würde es noch einmal wiederholen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, weitere Zusatzfragen sind angemeldet. – Für die SPD-Fraktion Herr Abg. Braun.

Abg. Stephan Braun SPD: Ich stelle fest: Der Innenminister hat einen durchaus vernünftigen Vorschlag vorgelegt. Sie haben jetzt gesagt, die vorgesehene Enthaltung zu dem letzten Teil sei aufgrund von sachgerechten, sehr überdachten Überlegungen und aufgrund von Schwierigkeiten innerhalb der eigenen Koalition zustande gekommen. Ich frage den Innenminister: Halten Sie denn Ihre Position, die Sie in diesem Entschließungsantrag festgeschrieben haben, aufrecht? Und ich frage den Herrn Justizminister:

(Oh-Rufe von der CDU)

Gilt das, was Sie am 11. Juni in einem dpa-Gespräch gesagt haben, heute noch immer? Darin sagten Sie nämlich – ich zitiere –:

Ich hätte mir eine noch weiter gehende Debatte darüber vorstellen können, inwieweit großkalibrige Waffen für sportliche Wettkämpfe wirklich benötigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung antwortet der Herr Innenminister.

(Unruhe)

– Wir können nicht entscheiden, wer von der Regierung die Frage beantwortet, sondern das entscheidet die Regierung von sich aus.

(Zurufe der Abg. Stephan Braun SPD und Bärbl Mielich GRÜNE – Unruhe)

– So ist die Regelung. Deswegen wird der Herr Innenminister jetzt die Frage beantworten. – Bitte.

(Unruhe)

Innenminister Heribert Rech: Herr Landtagspräsident! Herr Kollege Braun, Sie haben mich dezidiert gefragt, ob ich meine Position aufrechterhalte, ob wir weiter gehende Verschärfungen des Waffenrechts für erforderlich halten und verfolgen und nötigenfalls umsetzen. Das alles kann ich mit einem klaren Ja beantworten.

Es ist ganz einfach, Herr Kollege – das habe ich auch im Innenausschuss und im Sonderausschuss gesagt –: Im Bundestag sind eine Reihe von Fragen zum Waffenrecht entschieden worden. Die Positionen, die dort per Beschluss ihren Niederschlag gefunden haben, unterstützen wir selbstverständlich. Wir haben nicht nur aus eigener Betroffenheit hier im Land heraus, sondern auch, weil wir mit Bedacht ein hochrangiges Gremium vonseiten der Regierung und ein nicht minder qualifiziertes Gremium vonseiten des Landtags, sprich den Sonderausschuss, gebildet haben, gebeten, Fragen, die weit über waffenrechtliche Angelegenheiten hinausgehen, zu erörtern und uns einen Abschlussbericht vorzulegen.

Ich sage Ihnen: Meine Position ist ganz klar. Alles, was einer erhöhten Sicherheit nutzt, werde ich unterstützen. Alles, was dazu beiträgt, solche schrecklichen, monströsen Taten künftig zu verhindern, werde ich unterstützen. Wir alle wissen aber sehr wohl, dass dies nicht hundertprozentig möglich sein wird. Jetzt kommt der entscheidende Punkt: Alles, was umsetzbar ist, werden wir auch umsetzen. Im Moment können wir – Herr Kollege Reinhart hat das richtigerweise mit dem Stichwort Diskontinuität angesprochen – über das hinaus, was wir schon in Gang gebracht haben, auf Bundesebene schlichtweg nichts mehr umsetzen.

(Abg. Stephan Braun SPD: Das ist unglaublich! Der spielt gegen uns!)

Das hindert uns aber nicht daran, unsere Position und unsere Erkenntnisse, die wir gewonnen haben und noch weiter gewinnen werden, miteinander zu beraten und dann auch nach Wegen zu suchen

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

und diese im Bundesrat, im Bundestag oder wo auch immer mehrheitsfähig zu machen. Das Waffenrecht ist eine Bundesangelegenheit.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Danke, Herr Innenminister.

Jetzt hat sich innerhalb der fünf Minuten der Beantwortungszeit der Regierung der Herr Justizminister gemeldet und gibt eine weitere Antwort durch die Regierung. – Bitte, Herr Justizminister.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: „Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an“!)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Verzeihung: Eigentlich haben Sie Ihre Frage schon selbst beantwortet bzw. zuvor beantwortet bekommen. Es geht über die jetzigen Veränderungen hinaus um das Nachdenken, inwieweit großkalibrige Waffen im sportlichen Schießen eingesetzt werden sollen. Genau das ist in Ziffer 2 des Antrags enthalten. Lesen Sie das noch einmal nach!

Zu Ziffer 3 kann ich Ihnen beiden eigentlich nur zurufen: Ich habe aus Ihren Worten eines eindeutig entnommen, nämlich dass Sie keine Ahnung davon haben, was IPSC-Schießen eigentlich ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten Ihre typische Arroganz jetzt einfach einmal beiseite lassen! Wir haben uns mit diesem Thema genauso intensiv beschäftigt wie Sie auch!)

– Nein. Sie brauchen mich nicht anzuschreien.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollen hier nicht immer solche Unterstellungen verbreiten!)

Sie fangen leider oft gleich an zu schreien, weil die Argumente in der Regel fehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Die leise vorgetragenen Argumente werden dadurch auch nicht richtiger! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sagen Sie doch einmal Argumente! – Unruhe)

Ich rate auch hier, sich erst sachkundig über das zu machen, worüber Sie sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Raab.

Abg. Werner Raab CDU: Ich möchte an den Innenminister die Zusatzfrage stellen, ...

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gleich maßregeln! Die Regierung bestimmt selbst, wer antwortet!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Der Innenminister ist zuständig.

Abg. Werner Raab CDU: ... inwieweit die Bundesratsinitiative, über die wir heute sprechen, in der Innenministerkonferenz einen Konsens gefunden hat, zweitens ob die Position des Landes Baden-Württemberg in dieser Frage von der Innenministerkonferenz getragen wird oder ob wir weiter gehende Forderungen haben, die in dieser Bundesratsinitiative noch nicht angesprochen sind.

(Zuruf: Das kann man schnell beantworten!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Raab, die Innenministerkonferenz arbeitet in diesen Fragen eng mit der Bund-/Länder-Arbeitsgruppe zusammen. Wir haben diese Fragen dort eingebracht, werden weitere einbringen und werden dann im Konsens mit den Ergebnissen dieser Arbeitsgruppe weiter verfahren.

Im Augenblick ist noch nicht absehbar, wie das Verfahren – Stichwort Diskontinuität – weitergeht. Es gibt keinen Dissens. Das bearbeiten übrigens alle Länder, auch die mit sozialdemokratischen Vertretern. Dort gibt es weit weniger Aufregung als in diesem Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Fragen mehr zu diesem Thema.

Zu einem anderen Thema erhält Herr Abg. Walter von der Fraktion GRÜNE das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Der ist schon ganz unruhig geworden! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den „Stuttgarter Nachrichten“ lesen wir heute: „Kulturpolitik als Totalschaden“. In den letzten Tagen wurde rund um das Staatstheater eine Posse aufgeführt, in der die Aktiven und Akteure der Landesregierung eher das Niveau eines schlechten Bauerntheaters hatten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie waren doch gar nicht hinter der Bühne! – Heiterkeit)

– Herr Kollege Birk, das Problem ist, dass man von Ihnen gar nichts gesehen und gehört hat.

Als Höhepunkt des Ganzen wurde ein möglicher neuer Intendant vorgestellt nach dem Motto: Der ist wegen der guten Einkaufsmöglichkeiten im Sommerschlussverkauf nach Stuttgart gekommen, den haben wir gerade auf der Königstraße gesehen, und dann haben wir in Wikipedia nachgesehen, was diesen Mann auszeichnet, und gesagt: Dann können wir ihn doch auch gleich vorstellen.

In dem Zusammenhang gibt es nun doch einige Fragen an die Landesregierung. Es wird gesagt: Wir können den Vertrag mit Herrn Puhlmann nicht verlängern, weil er das große Erbe von Herrn Zehelein nicht weitergeführt hat. Die Folge daraus wäre doch, dass man einen Mann mit einem entsprechenden Ruf engagiert – –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Oder eine Frau!)

– Oder eine Frau, selbstverständlich. Danke für den Hinweis.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Gender! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich wusste gar nicht, dass in der SPD-Fraktion schon so „gendered“ wird, aber es soll mir recht sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das haben wir als Erste gemacht!)

Jetzt wird ein Mann präsentiert, der – wie wir der Berliner Presse entnehmen können – dort als „Weichspüler Berlins“ gilt, jemand, der ein Mehrspartenhaus führen soll,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

der bisher keine Erfahrung dort gesammelt hat, dem in einem Kommentar in SWR 2 jegliche Qualifikation für dieses Amt abgesprochen wird. Ich frage Sie: Wenn das schon im Vorfeld so diskutiert wird, wie wollen Sie dann Ruhe in das Haus bringen?

Die zweite Frage bezieht sich auf Folgendes: Bisher hatten wir ein sehr erfolgreiches Stuttgarter Modell, in dem die In-

tendanten des Hauses entsprechende Mitarbeit und Mitsprache hatten. Nun werden diese Intendanten von dem dilettantischen Verhalten der Landesregierung völlig überfahren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wie will man, wenn das Haus aufgrund des Umbaus vor ganz schwierigen Zeiten steht, mit diesem Verfahren Ruhe ins Haus bringen?

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, Herr Quander sei eine sehr gute Adresse. Mich würde interessieren, welche Aufführungen, welche Inszenierungen von Herrn Quander der Herr Ministerpräsident schon gesehen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Christoph Palm CDU: Welche haben Sie gesehen?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Regierung erhält Herr Minister Professor Dr. Frankenberg das Wort.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage, welche Inszenierung hier wie zu beschreiben ist und wie man welches Theater bezeichnet, will ich nicht kommentieren, sondern will rein sachlich zu den Vorgängen Stellung nehmen.

Der erste Vorgang, um den es bei der Frage des Nationaltheaters und der Oper geht, ist die Nichtverlängerung des Vertrags von Herrn Puhlmann nach dem Jahr 2011. Diese Entscheidung wurde lange, aber sorgfältig vorbereitet. Wir haben lange selbst geschwankt, ob wir diese Entscheidung so fällen können oder nicht. Denn wir wussten: Das wird ein schwieriger Eingriff in das Intendantenmodell, aber auch ein schwieriger Eingriff in die Kontinuität der Oper in Stuttgart sein.

Deshalb sind mit Herrn Puhlmann über 20 Gespräche in dem Gesamtkontext geführt worden, seitdem wir im Herbst letzten Jahres beauftragt worden sind, über die weitere Vertragsgestaltung mit Herrn Puhlmann zu sprechen, und dann in einer Verwaltungsratssitzung am 20. April aufgefordert worden sind, diese Verhandlungen weiterzuführen, aber auch über Alternativen nachzudenken und Alternativen vorzuschlagen für den Fall, dass wir zu der Erkenntnis kommen, dass der Vertrag mit Herrn Puhlmann nicht verlängert werden sollte.

Die Entscheidung im Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater, den Vertrag mit Herrn Puhlmann nicht zu verlängern, ist einstimmig gefallen. Das heißt, die Gründe, die ich im Einzelnen nicht darlegen möchte, weil Herr Puhlmann wie Herr Honeck noch zwei Jahre am Staatstheater irgendwie, aber hoffentlich zum Besten des Staatstheaters zusammenarbeiten müssen, waren offenbar so überzeugend, dass alle Mitglieder des Verwaltungsrats aus Überzeugung dem Votum beipflichtet haben, den Vertrag nicht zu verlängern.

Warum haben wir nun in diesem Verfahren so unmittelbar einen Namen eingebracht? Es ist so: Wir kamen im Juni zu der zunächst einmal tendenziellen Überzeugung, die Wahrscheinlichkeit, dass der Vertrag von Herrn Puhlmann nicht verlängert wird, ist größer als die Wahrscheinlichkeit, dass er verlängert wird. Wir kamen ferner zu der Überzeugung, dass wir

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

durch ein angesetztes gemeinsames Gespräch mit dem Generalmusikdirektor Honeck noch einmal überprüfen, ob eine Zusammenarbeit zwischen den beiden noch möglich ist. Als dieses Gespräch von einer Seite sozusagen abgesagt worden ist und wir dann zu der Erkenntnis kamen, dass es mit Herrn Puhlmann nicht weitergehen wird, hat Mitte Juni ein erstes Gespräch zwischen Staatssekretär Dr. Birk, Frau Dr. Eisenmann und Herrn Quander stattgefunden.

Es haben noch keine Verhandlungen stattgefunden. Man kann sagen: Es hat ein Sondierungsgespräch stattgefunden. Denn wir sehen eine zeitliche Enge. Man muss wissen: Herr Puhlmann geht nach der Spielzeit im Jahr 2011. Zu Beginn des Jahres 2012 fangen die Umbauarbeiten an den Staatstheatern an. Das heißt, der nächste Intendant geht unmittelbar in eine äußerst schwierige Saison, eine äußerst schwierige Spielzeit, denn er muss andere Spielstätten bespielen. Als neuer Intendant hat man normalerweise schon eine Vorlaufzeit von zwei Jahren. Man muss Verträge schließen, man muss das Ensemble zusammenstellen, man muss einen Spielplan erstellen. Unter diesen erschwerten Bedingungen, die der neue Intendant oder die neue Intendantin in Stuttgart haben wird, ist eine Vorlaufzeit von zwei Jahren kurz.

Insofern haben wir uns – Stadt und Land – in der Verpflichtung gesehen, das Feld möglicher Kandidatinnen und Kandidaten vorher zu sondieren – übrigens mehr als nur Herr Quander –, um dem Verwaltungsrat nach Möglichkeit einen Vorschlag machen können.

Es war nicht beabsichtigt, in dieser Sitzung etwas zu entscheiden. Das stand weder auf der Tagesordnung, noch haben wir es vorgehabt. Vielmehr haben wir von vornherein gesagt, dass es zu diesem Punkt eine weitere Sitzung geben wird. Wir haben uns aber verpflichtet gefühlt, zu sondieren, wer infrage kommt, wer eine solch schwierige Aufgabe übernehmen kann.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir haben uns als Träger in der Verpflichtung gesehen, einen Vorschlag zu machen. Wir haben wegen des Zeitzwangs im Grunde wie eine Art Findungskommission a priori gehandelt.

Nun zu Herrn Quander. Man kann immer „taz“-Artikel finden, die negativ sind.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: SWR 2! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es geht um das Verfahren!)

Herr Quander hat die Berliner Oper „Unter den Linden“ elf Jahre lang hervorragend geleitet. Ich muss ihn hier schützen, damit er nicht schon negativ dargestellt wird, bevor er überhaupt eine Chance hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das haben Sie durch Ihr Tun schon gemacht! Der Fall ist schon erledigt!)

Er hat dieses Haus von einer DDR-Staatsoper erfolgreich in eine Oper des freien Berlins umgebaut.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, bleiben Sie bitte gleich am Rednerpult stehen.

Es gibt einige weitere Fragen an die Regierung. – Herr Abg. Palm von der CDU-Fraktion.

Abg. Christoph Palm CDU: Zunächst, Herr Kollege Walter – bei aller Wertschätzung –: Mit Ihrer Wertschätzung gegenüber dem Herrn Intendanten Puhlmann scheinen Sie mir doch Krokodilstränen zu vergießen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Aha!)

Wir alle haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir haben recherchiert, und zwar im Haus, außerhalb des Hauses und beim Publikum, und wir haben uns selbst einen Eindruck verschafft. Mit „wir“ meine ich alle Mitglieder des Verwaltungsrats. Wir haben keine Stimme gefunden, die für Herrn Puhlmann gesprochen hätte,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Hört, hört!)

aber wir haben genug Stimmen gehört, die gegen ihn gesprochen haben.

Zum Verfahren selbst: Es ist sicherlich eine außergewöhnliche Situation, wenn man zu dem Schluss kommt, dass ein erster Vertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren nicht verlängert wird. Dass dadurch ein gewisser Zeitdruck entsteht, scheint mir klar zu sein.

Ich frage deshalb erstens: Wie hätte ein Alternativszenario aussehen können, und welche Nachteile hätten daraus entstehen können?

Meine zweite Frage: Der Verwaltungsrat hat ja einstimmig beschlossen, dass weitere Kandidaten in das Verfahren einbezogen werden können und dass vor allem auch die anderen Intendanten des Staatstheaters mit einbezogen werden. Ist die Regierung bereit und in der Lage, dieses Verfahren auch so durchzuführen, wie es beschlossen wurde – offen, transparent und mit der Möglichkeit vonseiten der anderen Intendanten, eigene Kandidaten ins Spiel zu bringen?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Vielen Dank, Herr Abg. Palm. Ich will zu beiden Fragen Stellung nehmen.

Die erste Frage war, was die Alternative gewesen wäre. Was hätten wir im Normalfall gemacht, also in dem Fall, dass zu einem früheren Zeitpunkt absehbar gewesen wäre, dass Herr Puhlmann mit dem Ablauf der Spielzeit 2010/2011 aus dem Amt des Intendanten ausscheidet? Wir hätten dann frühzeitig eine Findungskommission eingesetzt, die in der Regel – das galt auch für die Findungskommission für Herrn Hendriks oder für eine entsprechende Kommission in Karlsruhe – unter der Leitung unseres Staatssekretärs stehen würde, und zwar unter Hinzuziehung der Stadt Stuttgart, und hätten dann – auch das ist eigentlich der Normalfall; jedenfalls war das in Karlsruhe und auch hier schon oft der Fall – dem Verwaltungsrat einen einzigen Vorschlag unterbreitet. Insofern ist es in der Regel auch nicht so, dass der Verwaltungsrat ein Auswahlrecht oder eine Auswahlmöglichkeit hätte. Das war auch bei den früheren Intendanten, beispielsweise bei Herrn Puhlmann selbst, nicht der Fall.

(Minister Dr. Peter Frankenberger)

Wenn wir jetzt aber die Zeitabläufe sehen, vor denen wir stehen, dann hätte das bedeutet, dass wir jetzt, im Zeitraum August/September, eine Findung hätten einleiten müssen. Das wäre eine Zeit, in der viele Kandidatinnen und Kandidaten nicht da sind und in der viele, die in einer solchen Kommission mitarbeiten könnten, nicht greifbar sind. Wir hätten praktisch erst ab Mitte September tatsächlich mit einer solchen Suche anfangen können, also, wie jemand gesagt hat, mit der „Stunde Null“ des Verfahrens. Das hätte sich aber mit den entsprechenden Gremienentscheidungen und mit den Verhandlungen, die mit dem oder der Ausgewählten noch hätten geführt werden müssen, durchaus noch bis in den November hinein oder noch länger hinziehen können, bis wirklich ein Intendant gefunden gewesen wäre. Dann wäre eine Vorlaufzeit von zwei Jahren schon erheblich unterschritten gewesen.

Angesichts der Tatsache, dass es sich hier um einen besonderen Fall handelt – relativ kurzfristige Übernahme, Baumaßnahmen und alle Handlungsnotwendigkeiten –, wäre unserer Ansicht nach der notwendige Zeitraum für einen wirklich guten Übergang von einem Intendanten zum anderen und von einer Spielzeit in die nächste nicht mehr gegeben gewesen.

Man muss auch die besonderen Zwänge sehen: Entweder haben wir jetzt einen Zeitzwang oder hat später der Intendant einen Zeitzwang. Der Zeitzwang des Intendanten würde dann sicherlich auch zulasten der Qualität der Oper gehen.

Ich darf zur zweiten Frage kommen. Es wird gelegentlich übersehen, dass wir im Verwaltungsrat klare Beschlüsse zum Verfahren getroffen haben – für die am 27. Juli anberaumte Sitzung – und dass das Verfahren offen ist – allerdings auch mit dem Kandidaten, der schon als Vorschlag eingebracht ist. Insofern sind wir vom Verwaltungsrat durch einstimmigen Beschluss eingesetzt worden – wenn ich „wir“ sage, dann meine ich Herrn Kollegen Dr. Birk, Frau Dr. Eisenmann und den Oberbürgermeister –, jetzt quasi als Kommission zu handeln und einen Vorschlag oder Vorschläge zu unterbreiten.

Es ist klar, dass wir gerade deswegen mit den Intendanten im Gespräch sind. Uns liegt sehr daran, Lösungen zu finden, die mit dem Stuttgarter Modell, also auch mit den Intendanten, als tragfähige Lösungen erscheinen. Denn das Stuttgarter Modell basiert ja darauf, dass es eine Gruppe von vier Intendanten gibt, die in den Bereichen, in denen es notwendig ist, zu kooperieren, miteinander arbeiten können. Das betrifft vor allem natürlich auch den Geschäftsführenden Intendanten, der mit allem zu tun hat. Schauspiel hat mit Oper weniger zu tun, als etwa Ballett mit Oper zu tun hat.

Insofern bin ich der Auffassung, dass das Wichtigste, was wir jetzt tun müssen, ist, eine enge Korrespondenz und eine enge Konsultation mit den Intendanten der Staatstheater zu führen. Denn das Wichtigste ist, nachher ein fähiges, in sich geschlossenes und gemeinsam leistungsfähiges Intendantenteam zu haben. Insofern sehe ich uns im Grunde genommen in der wichtigsten Notwendigkeit, nämlich der Abstimmung mit dem Staatstheater, und zwar nicht nur wegen der Verträge der Intendanten – die rechtliche Seite ist die eine –, sondern auch wegen der Notwendigkeit, ein funktionierendes Ganzes zu haben.

Die Staatstheater stehen auch vor der schwierigen Situation, dass ein Kern des Stuttgarter Modells, die Person von Herrn

Tränkle, jetzt ausscheidet. Wenn man weiß, wie wichtig Herr Tränkle für die Staatstheater und das Funktionieren dieses Stuttgarter Modells gewesen ist, dann weiß man auch, wie wichtig es jetzt ist, dem Nachfolger den Weg zu ebnen und eine passende Lösung, die wir jetzt anstreben, für die Intendanten und mit den Intendanten zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Danke, Herr Minister. – Eine weitere Frage, Frau Abg. Fohler von der SPD-Fraktion.

Abg. Sabine Fohler SPD: Sie haben soeben das Stuttgarter Modell erwähnt. Ich glaube, wir alle sind zu Recht stolz auf dieses Stuttgarter Modell, weil es ein sehr erfolgreiches Modell ist, das maßgeblich zum Ruf des Staatstheaters beigetragen hat.

Dieses Modell sieht nicht nur die Dreipartigkeit mit einem geschäftsführenden Intendanten vor, sondern auch eine Mitsprachemöglichkeit, wenn es um Neubesetzungen geht. Deswegen möchte ich auf diesen Punkt eingehen.

Sehen Sie jetzt nicht durch Ihr Vorgehen dieses Stuttgarter Modell gefährdet? Sie haben die Intendanten genauso wie den Verwaltungsrat mit Ihrem Personalvorschlag überrumpelt, indem Sie einen potenziellen Nachfolger präsentiert haben. Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Wie wollen Sie in dieser Situation das Stuttgarter Modell überhaupt noch retten? Sind Sie ernsthaft bereit, unter Einbeziehung der Intendanten nach weiteren Kandidaten zu suchen? Gibt es überhaupt noch die Möglichkeit, neue Bewerber zu finden, nachdem jetzt sozusagen einer gesetzt ist? Sind Sie auch bereit, die für den 27. Juli vorgesehene Sitzung eventuell zu verschieben, um wirklich eine ernsthafte und eine geordnete Suchschleife nach geeigneten Bewerbern für die Intendanz der Staatsoper zu ermöglichen?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberger: Frau Fohler, das Erste ist: Wir haben, was Herrn Quander betrifft, eine wohl durchdachte und wohl abgewogene Wahl oder Auswahl – nicht eine Entscheidung – getroffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wahl!)

– Herr Schmiedel, gewählt wird im Verwaltungsrat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben schon verstanden! – Abg. Helen Heberer SPD: Wahl ohne Auswahl! – Unruhe)

Das Zweite ist: Wir haben dies, Frau Fohler, im Verwaltungsrat beschlossen. Das Verfahren ist offen für weitere Kandidaten. Nun muss man wissen: Die Zahl der möglichen Bewerber oder der infrage Kommenden – es sind ja nicht eigentlich Bewerber – ist relativ beschränkt. Wir haben vorher ein umfangreiches Suchverfahren durchgeführt. Also die Zahl der möglicherweise jetzt noch ins Gespräch Kommenden ist re-

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

lativ gering. Nun kann man sagen: Bei der Reputation, die hier gefordert wird, kennt man potenzielle Kandidaten schon jetzt, oder es sind keine potenziellen Kandidaten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Offensichtlich haben ja die Intendanten jemanden! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es ist doch schon entschieden, wenn Sie nur einen Kandidaten eingeladen haben!)

Wir sind – das ist unser Beschluss – jetzt im Verfahren offen für weitere Vorschläge.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie kennen doch jeden anderen! Das ist doch klar! Da kommt doch keiner mehr, wenn der gesetzt ist, wohl bedacht nach langem Vorlauf! Wer streckt da noch die Nase heraus?)

– Herr Schmiedel, es gibt sicherlich Bewerber, die sagen: „Stuttgart ist eine Chance für mich, und Stuttgart ist eine Herausforderung.“ Deshalb glaube ich, dass man nicht einfach sagen kann, nur weil dort jemand von uns wohl abgewogen benannt ist, würden sich andere nicht bewerben.

Sie bewerben sich sowieso nicht. Das ist kein Bewerbungsverfahren wie auf dem Markt für einen normalen Arbeitsplatz, sondern da wird jemand angesprochen oder auch nicht. Da ist die Zahl überschaubar. Da kennt man auch das Anforderungsprofil sehr genau. Das kann man auch in relativ kurzer Zeit machen, nachdem wir schon eine umfangreiche Vorsondierung gemacht haben. Wir kennen das potenzielle Feld eigentlich relativ gut, wobei es immer sein kann, dass dabei jemand übersehen worden ist. Insofern glaube ich auch, dass man damit zeitlich noch hinkommt und dann auch sagen kann, dass im Grunde genommen das Potenzial gesichtet ist und eine Entscheidung gefällt werden kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Letzte Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Minister, gibt es in Ihrem Haus Überlegungen, wie künftig sichergestellt werden kann, dass der Ablauf wieder so ist, wie sich der normale Mensch das vorstellt, nämlich dass solche wichtigen Fragen zunächst im Verwaltungsrat erörtert werden und erst dann an die Presse kommen? Es ist jetzt zum wiederholten Mal so, dass wir – ich bin zwar nur stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat, aber das ging den anderen vermutlich ebenso – aus der Presse erfahren haben, was wir am darauffolgenden Tag beschließen sollen. Ich muss Ihnen sagen, dass das höchst unerfreulich ist und bestimmt nicht unseren Staatstheatern zugeht. Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, dass in dieser Hinsicht künftig wieder eine normale Arbeit möglich ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Frau Berroth, ich habe sehr viel Verständnis für Ihre Frage – das gilt auch für Herrn Birk – und kann nur sagen: Wir sind genauso verärgert über die vorzeitige Berichterstattung in der Presse.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage das auch in aller Deutlichkeit: Wir haben nach dem Gespräch mit Herrn Puhlmann überhaupt kein Interesse daran gehabt, dass dieses Gespräch an die Öffentlichkeit kam, zumal nach diesem Gespräch mit ihm die Frage, wie sein Aus-

scheiden letztlich gestaltet ist, offen war. Er hat uns noch zugesagt, uns eine Antwort auf eine entscheidende Frage zu geben. Bevor diese Antwort gegeben wurde, war die Angelegenheit in der Presse. Für unsere Position im Verwaltungsrat und in der Öffentlichkeit ist diese Berichterstattung höchst schädlich. Sie schadet auch mir. Glaubt jemand, ich sei so dumm, etwas in die Öffentlichkeit und in die Presse zu lancieren, was mir selbst schadet?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wer möchte Ihnen denn schaden?)

– Frau Bauer, man kann viel spekulieren, wer so etwas in die Öffentlichkeit gibt; aber das alles sind Spekulationen, weil es keine Beweise gibt.

Der andere Teil der Veröffentlichung, Frau Berroth, ist ja, dass wir von dem Brief der Intendanten an uns zunächst auch aus der Presse erfahren haben, bevor wir den Brief erhalten haben. Da kann man schon gar nicht sagen, dass irgendjemand von der Stadtverwaltung oder aus unserem Ministerium einen Brief, den wir noch gar nicht hatten, an die Öffentlichkeit gegeben hat, damit die Öffentlichkeit vor uns davon erfährt.

Hier muss man sagen – und das ist wirklich bitter –, dass irgendwelche Personen über die Veröffentlichung von Briefen in der Öffentlichkeit ein Spiel spielen, das letztlich uns allen schadet. Auch ich wünschte, dass ich Briefe erhalte und sie wirklich lesen kann, bevor ich einen Zeitungskommentar zu diesen Briefen in der Presse gelesen habe.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister.

Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes – Drucksache 14/4580

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/4688

Berichterstatte rin: Abg. Veronika Netzhammer

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat festgelegt, in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/4580.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/4688. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

mit dem Einleitungssatz sowie den beiden Nummern 1 und 2.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Die letzte Änderung des Landesbesoldungsgesetzes erfolgte heute unter Tagesordnungspunkt 3 durch den Gesetzesbeschluss des Landtags zu Artikel 5 des KIT-Zusammenführungsgesetzes, sodass der Einleitungssatz von Artikel 1 bei der Anführung der letzten Gesetzesänderung und der Fundstellenangabe noch einer redaktionellen Anpassung bedarf.

Sie sind damit einverstanden, dass diese Änderung vom Landtagspräsidenten zusammen mit dem Ausfertigungs- und Verkündungsorgan vor der Verkündung des Gesetzes noch vorgenommen wird.

Wer Artikel 1 mit dieser Maßgabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Ersetzung von Regelungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Überleitungsvorschriften

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Artikel einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Artikel einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Juli 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Gesetz einstimmig beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe (EASTVollzG) – Drucksache 14/4670

Das Präsidium hat Folgendes festgelegt: Nach der Begründung des Gesetzentwurfs durch die Regierung erfolgt eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf für die Landesregierung Herrn Justizminister Professor Dr. Goll das Wort erteilen.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor zwei Jahren haben wir das baden-württembergische Jugendstrafvollzugsgesetz hier beraten und beschlossen. Es ist ein gutes und innovatives Gesetz geworden.

Heute legen wir Ihnen einen weiteren innovativen Entwurf zur Gestaltung des Strafvollzugs vor, nachdem bekanntlich die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug beim Land ist. Mit diesem Vorschlag zum elektronisch überwachten Hausarrest oder jedenfalls zur elektronischen Überwachung folgen wir im Grund genommen Erfahrungen und Erkenntnissen, die in sehr vielen europäischen Ländern gesammelt wurden. Diese Möglichkeiten haben sich dort bereits in breitem Umfang entweder schon bewährt oder sind gerade in der Erprobung in breit angelegten Modellversuchen. Wir wollen diese Möglichkeit nutzen, die Möglichkeit auch eines Strafvollzugs, der den Gefangenen nicht aus den gewohnten sozialen Bezügen herausreißt. Ich sage schon jetzt, dass diese Möglichkeit nicht zuletzt auch straffällig gewordenen Frauen zugutekommen wird. Ich darf auf diesen Punkt noch einmal zurückkommen.

Wir schlagen mit diesem Gesetz ein neues Kapitel in der Entwicklung des baden-württembergischen Strafvollzugs auf. Es ist ganz klar, dass es da immer auch Diskussionen und Pro und Kontra gibt. Ich möchte hier nicht auf alle Argumente eingehen, sondern Ihnen umgekehrt sagen, was wir vorhaben. Im Zusammenhang damit kann man sich sicher mit dem einen oder anderen Einwand, den ich in der Vergangenheit gehört habe, auseinandersetzen.

Reden wir über die drei Anwendungsfälle, die gemeint sind:

Zum Ersten geht es um Ersatzfreiheitsstrafen. Da möchte ich eines klarmachen: Wir wollen damit dem Modell „Schwitzen statt Sitzen“ nicht im Mindesten Konkurrenz machen. Es geht nicht darum, jetzt weniger „Schwitzen statt Sitzen“ zu praktizieren, sondern wir haben dieses Modell „Schwitzen statt Sitzen“, nämlich gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe, mit Unterstützung des Landtags in den letzten Jahren nur hochgezogen und erweitert. Das ist der richtige Weg. An diesem Weg wird sich auch gar nichts ändern, dass wir jedem, der seine Geldstrafe nicht bezahlen kann, gemeinnützige Arbeit anbieten wollen, wenn ein Bedarf und die Möglichkeit dazu bestehen. Trotzdem bleibt eine relevante Zahl von Anwendungsfällen für einen elektronischen Hausarrest übrig. Ich nenne drei Fälle:

Erstens: Es geht um Ältere, und es geht um Menschen, die typischerweise nicht in der Lage sind, die Anforderungen zu er-

(Minister Dr. Ulrich Goll)

füllen, die die gemeinnützige Arbeit stellt. Unter Umständen kann das das Herausupfen von Unkraut am Steilhang sein. Schauen Sie sich einmal die Arbeitsgruppen an. Man muss körperlich fit sein, aber nicht jeder von der Klientel, um die es geht, ist körperlich fit.

Zweitens: Natürlich geht es um Leute, die einen Arbeitsplatz haben und diesen nicht verlieren sollen. Sie kommen in den elektronisch überwachten Hausarrest und gehen von dort zur Arbeit und wieder zurück.

Jetzt kommt die dritte Zielgruppe. Die dritte Zielgruppe sind Frauen. Schauen Sie sich unseren Gesetzentwurf an. Im elektronisch überwachten Hausarrest wird entweder gearbeitet, eine Ausbildung gemacht oder werden Kinder betreut. Mit dem elektronisch überwachten Hausarrest gewinnen wir die Möglichkeit, dass Frauen, die sonst – auf Deutsch gesagt – ins Gefängnis gehen und von der Familie getrennt würden, zu Hause ihre Familien versorgen können. Überlegen Sie sich deshalb gut, wie Sie zu diesem Punkt Stellung nehmen.

Es gibt einen sinnvollen Anwendungsbereich. Ich sage noch einmal: Es geht nicht um eine Konkurrenz für „Schwitzen statt Sitzen“, sondern um eine sinnvolle Ergänzung. Die Zielgruppe dürfte nicht uninteressant sein. Bei Frauen haben wir immer wieder Fälle gehabt, bei denen wir eigentlich nicht gerne zugesehen haben, dass die Betroffenen in den normalen Strafvollzug gekommen sind mit der Folge, dass die Kinder die eigentlich Bestraften waren.

Der zweite Anwendungsfall, die sogenannte Entlassungsfreistellung, betrifft den Übergang vom Vollzug der Freiheitsstrafe in die Freiheit. Wir haben längst erkannt, dass das ein kritischer Punkt ist. Wenn Sie jemanden, der aus dem Strafvollzug in die Freiheit kommt, ohne ein, wie ich es nenne, gewisses Übergangsmanagement in die alten Zustände und Situationen entlassen, haben Sie es nicht richtig gemacht, haben Sie nicht genug getan, um neue Kriminalität zu verhindern. Deswegen haben wir mithilfe der Stiftung Betreuungsprogramme durchgeführt, um das sogenannte Entlassungsloch zu überbrücken. Eine sehr gute Möglichkeit, den Übergang zwischen Vollzug der Freiheitsstrafe und Freiheit zu gestalten, bietet natürlich der elektronisch überwachte Hausarrest, weil man da in eine geordnete Tagesstruktur, zur Familie zurückkommt, aber sich noch nicht so frei bewegen und sofort in das Milieu zurückkehren kann. Man hat die Möglichkeit, sich eine Zeit lang zu besinnen und sich daran zu gewöhnen, was auf einen in der Freiheit zukommt. Davon verspreche ich mir einiges.

Der dritte Anwendungsfall hat mit Hausarrest nichts zu tun. Er betrifft im Grunde genommen die elektronisch überwachte Lockerung. Dabei geht es um Lockerungen bei Tätern, bei denen man sich hinsichtlich der Rückfallgefahr nicht sicher ist. Nach dem Prinzip der Freiwilligkeit kann man dann zu diesen sagen: Wenn du die Fußfessel trägst, ist es zu verantworten, dass du einmal einen Wochenendurlaub bekommst.

Ich halte diese drei Fälle für wirklich sinnvolle Fortentwicklungen des jetzigen Strafvollzugs. Aus den Erfahrungen anderer Länder zeichnet sich schon ab, dass der Hausarrest in diesen Fällen nicht nur schädliche Wirkungen verhindert – natürlich gibt es „biografische Vollzugsschäden“; das wissen wir –, sondern dass er hinsichtlich der Tagesstruktur etwas Posi-

tives bewirkt, da es strukturierende Begleitprogramme gibt. Vielleicht kann man es auch einfacher ausdrücken: Man bekommt Ordnung in seinen Tag und dessen Ablauf hinein. Bei den Personen der Zielgruppe, über die wir sprechen, ist ein großes Problem, dass sie keinerlei Tagesstrukturen, keine Ordnung in ihrem Leben haben. Das kann man mit einem solchen Hausarrest eigentlich sehr gut vermitteln.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Der heute vorgelegte Gesetzentwurf soll die Rechtsgrundlage für modellhafte Erprobungen sein. Wir werden für jeden der drei Bereiche eine Gruppe mit je 25 Betroffenen bilden, die dafür infrage kommen. Wir werden das vier Jahre lang ausprobieren. Wir werden anschließend gemeinsam mit dem Innenministerium die Ergebnisse auswerten. Danach wird zu entscheiden sein, ob die elektronische Aufsicht dann endgültig ein fester Bestandteil unseres Vollzugssystems im Lande wird.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass es richtig und an der Zeit ist, diese Möglichkeit einmal zuverlässig daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht eine endgültige Bereicherung unseres Strafvollzugssystems in Baden-Württemberg sein könnte. Deswegen bitte ich Sie, den Gesetzentwurf als Grundlage für die Durchführung eines Modellversuchs wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen und im Ständigen Ausschuss mit mir eingehender zu diskutieren.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hitzler das Wort.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit dem 1. September 2006 besitzen die Länder die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug. Dieser Gesetzentwurf sieht nun ausschließlich vollzugliche Lösungen vor. Deshalb sind wir auch berechtigt, zu regeln. Wir sehen bei diesem Gesetzentwurf keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Wir greifen nicht in das System der Sanktionen ein.

Während in zahlreichen Ländern der Welt der elektronisch überwachte Hausarrest – volkstümlich Fußfessel genannt – üblich ist, gab es in Deutschland bisher nur einen Modellversuch in Hessen. Im Rahmen des jetzigen Modellversuchs sollen nun 75 Probanden einbezogen werden.

Was spricht dafür? Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die absoluten Kosten niedriger sind als im herkömmlichen Vollzug im Gefängnis. Hier haben wir Spannen zwischen 14 € und 70 € am Tag, im normalen Vollzug sind es 75 € am Tag.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es geht nicht ums Geld, sondern um das Vollzugsziel!)

Wir gehen auch davon aus, dass man Haftplätze einsparen kann und somit auch keine neuen Gefängnisse gebaut werden müssen. Täter, die eine Geldstrafe bekommen, diese nicht bezahlen können, dafür eine Ersatzfreiheitsstrafe bekommen und damit ins Gefängnis müssen, gehören eigentlich nicht unbedingt dort hin.

(Bernd Hitzler)

Bisherige Erfahrungen zeigen, dass es kaum negative Erfahrungen gibt. Vor allem wird eine gewisse Stigmatisierung und Entsozialisierung gegenüber dem herkömmlichen Vollzug vermieden. Der Minister hat vorhin klar gesagt, dass es insbesondere für die Frauen sehr positiv ist, wenn sie dann zu Hause die Kinderbetreuung durchführen können.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Na dann! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Zu den Frauen sage ich noch etwas!)

In der Anhörung gab es überwiegend positive Stellungnahmen. Die in den Regierungsentwurf übernommenen Vorschläge finden unsere Zustimmung. Ob letztendlich eine Kostenbeteiligung der Gefangenen gefordert wird, ist eine sehr interessante Frage. Wir stimmen derzeit denen zu, die meinen, dass man sie nicht fordern soll, weil die meisten Gefangenen wenig Geld haben. Andererseits ist es aber auch nicht völlig abwegig, dass jemand, der arbeiten kann, auch einen kleinen Kostenbeitrag leisten könnte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf und dem Modellversuch zu. Wir hoffen auf positive Erfahrungen, um die elektronische Aufsicht später vielleicht flächendeckend einzuführen.

Noch ein klares Wort zum bewährten Programm „Schwitzen statt Sitzen“: Dieses wird nicht gefährdet. Ich darf daran erinnern, dass wir erst vor Kurzem den Haushaltsansatz von 1,1 Millionen € auf 1,615 Millionen € erhöht haben. Nicht der Generalstaatsanwalt ist der Haushaltsgesetzgeber, sondern das sind wir, das Parlament.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Warum hat er dann Bedenken?)

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zustimmung! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Betonung auf der ersten Silbe! – Gegenrufe der Abg. Claus Schmiedel und Peter Hofelich SPD: Aufpassen!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Die SPD-Fraktion wird diesem Modellversuch nicht zustimmen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hey!)

und zwar aus guten Gründen.

Meine Damen und Herren, es ist aufgeführt worden, dass es in anderen Ländern üblich sei oder inzwischen weit verbreitet sei, die elektronische Fußfessel zu verwenden. Da muss ich aber sagen, dass sie stellenweise auch völlig andere Vollzugsziele haben. Bei uns geht es um einen humanen Strafvoll-

zug, um Resozialisierung und um Haftvermeidung in dem bestehenden System.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ist das nicht human? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist um Klassen besser!)

Wir haben andere Instrumente, zu denen ich gleich etwas sagen möchte.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es geht um die Regelungsbereiche Ersatzfreiheitsstrafe und Bewährung zur Entlassungsvorbereitung. Ob da die elektronische Fußfessel das geeignete Mittel ist, bezweifle ich. Die elektronische Fußfessel ist ein reines Sicherungsinstrument, ein reines Überwachungsinstrument. Es ist mit keinerlei erzieherischer Maßnahme verbunden, sondern führt im Gegenteil zu einer personalaufwendigen Kontrolle. Dies ist auch noch eine Kontrolle, meine Damen und Herren – in der Begründung steht es drin –, die von Privaten durchgeführt werden soll.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt ist die Katze aus dem Sack! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Alles, was privat ist, ist schlecht? – Abg. Peter Hofelich SPD: Und die CDU macht mit!)

Da wird deutlich: Dieser Privatisierungswahn der jetzigen Landesregierung ist noch immer nicht zu Ende. Dies passiert wiederum beim Strafvollzug. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir privatisieren sogar noch die Polizei, wenn wir so weitermachen!)

Wir sind jetzt gerade dabei. Wir haben eine Anfrage gestellt, weil kürzlich 298 Zustellungsaufträge von Amtsgerichten und Staatsanwaltschaften im Müll aufgetaucht sind und nicht bei den Gerichten, weil diese Sachen einem privaten Postunternehmen übergeben wurden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war ein privates Müllunternehmen!)

Jetzt wollen wir wieder in diesem Bereich Private ranlassen. Mit Verlaub, meine Damen und Herren, das geht schon gar nicht. Diesen Privatisierungswahn werden wir stoppen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen zur Erinnerung ein kleines Zitat von Generalstaatsanwalt Pflieger vorlesen, der ausdrücklich begründet hat – ich zitiere –:

Wir sind gegen die Fußfessel. Diese Art der Bestrafung kann Schaden anrichten. Das ist nackter Strafvollzug und hat nichts mit Sozialarbeit zu tun.

Der versteht nun wirklich etwas von der Sache.

Meine Damen und Herren, brauchen wir dieses Gesetz überhaupt, wenn es schon nicht sinnvoll ist, wenn die elektronische Fußfessel keine erzieherische Maßnahme darstellt? Wir sagen

(Nikolaos Sakellariou)

Nein, weil wir für beide Personengruppen statt der Ersatzfreiheitsstrafe „Schwitzen statt Sitzen“ haben. Wenn man sagt: „Wir haben eine Personengruppe, die ist zu krank, für die brauchen wir den Hausarrest“, stimmt das eben nicht, weil ein Arbeitsplatz Voraussetzung für die Teilnahme am Projekt ist. Wenn jemand gesund genug ist, um zu arbeiten und an dem Projekt „Elektronische Fußfessel“ teilzunehmen, kann er auch bei „Schwitzen statt Sitzen“ mitmachen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU:
Wo will er denn schwitzen?)

Das ist der Grund, warum z. B. in Berlin diese Regelung gar nicht angewandt wird. Wer einen Arbeitsplatz hat, kann selbstverständlich noch arbeiten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau das wollen wir! An seinem Arbeitsplatz soll er schwitzen!)

– „Schwitzen statt Sitzen“ ist selbstverständlich für Leute, die einen Arbeitsplatz haben. Dann haben sie die Möglichkeit, am Wochenende und abends gemeinnützig zu arbeiten und tätig zu sein.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: 40-Stunden-Woche!)

Da gibt es überhaupt keine Diskussionen.

Der zweite Bereich ist die Bewährungshilfe zur Entlassungsvorbereitung, Fußfessel zur Entlassungsvorbereitung. Da haben wir ein bestehendes System mit einem Bewährungshelfer. Da brauche ich kein neues System einzuführen, das nach der Gesetzesbegründung teurer ist als die aktuelle Bewährungshilfe und die jetzige Systematik.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das brauchen wir nicht. Das macht überhaupt keinen Sinn, das können wir uns sparen.

Zum Dritten ist an dieser Situation hoch problematisch, dass immer und ausschließlich Leute, die einen Arbeitsplatz haben, überhaupt in den Genuss kommen, Hausarrest zu machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich dachte, das sei gar kein Genuss! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der kann nachher „Schwitzen statt Sitzen“!)

Auf diese Art und Weise wird die Ausgrenzung von integrierten Straftätern und randständigen Straftätern noch größer. Das heißt, derjenige, der seine Ersatzfreiheitsstrafe in einer Villa absitzt, ist in einer völlig anderen räumlichen Situation als derjenige, der ohnehin randständig ist und dieses Angebot gar nicht bekommt. Er muss weiter zwingend einsitzen.

An dritter Stelle haben Sie das Thema Frauen angesprochen. Es leuchtet zunächst ein, dass eine Frau in Haft gehen muss, bei der ein Richter mehrfach zu einer sehr negativen Prognose gekommen ist. Deshalb muss sie auch dann, wenn Kinder da sind, in Haft gehen. Das sind immer dramatische Entscheidungen, die mitunter auch den Petitionsausschuss beschäftigen. In diesen Fällen liegt ein rechtskräftiges Strafurteil vor,

das auf diesem Wege ausgehebelt werden soll. Dafür haben wir das Gnadenrecht, ausschließlich das Gnadenrecht.

98 % der Betroffenen sind Männer. Zunächst einmal muss die Ehefrau dem Hausarrest zustimmen. Malen Sie sich einmal aus, unter welchem Druck die Frau zu Hause ist, wenn der inhaftierte Mann im Nachhinein erfährt, dass seine Frau nicht zugestimmt hat. Umgekehrt, wenn die Frau zustimmt und der Mann bis zu sechs Monate zu Hause ist,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das klappt überall! Und bei uns soll das nicht klappen?)

ist das eine ganz unerfreuliche Erfahrung. Insofern ist das Thema Frauen an dieser Stelle deplatziert.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also lieber ins Gefängnis! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Also Herr Zimmermann, was für einen Quatsch erzählen Sie dauernd!)

– Nein, für bestimmte Fälle haben wir das Gnadenrecht. Außerdem haben wir für Leute, die einen Arbeitsplatz haben, „Schwitzen statt Sitzen“.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das reicht doch nicht!)

Das System der Bewährungshilfe ist immer noch besser, als auf Kosten des Bestehenden und Bewährten ein neues Gesetz zu verabschieden, neue Bürokratie und neue Kosten zu erzeugen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er läuft so, als ob er die Fußfessel schon hätte! Das ist noch die eiserne mit der Kugel! – Heiterkeit bei der CDU)

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, wir von der Fraktion GRÜNE nehmen den Gesetzentwurf erst einmal zur Kenntnis.

(Zuruf von der CDU: Was heißt das? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie kann man das nicht machen? – Heiterkeit)

– Ja, das stimmt. Da kann man rausgehen. Aber das haben wir nicht getan.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

– Hören Sie doch zu! Es ist ja interessant, was ich zu sagen habe.

Wir nehmen den Gesetzentwurf zur Kenntnis, ob wohlwollend, das werden wir nach den Ausschussberatungen sehen. Denn das, was ich Ihnen jetzt vorzutragen habe, sind Frage-

(Thomas Oelmayer)

stellungen, die für uns offen sind. Zum Teil hat sie Kollege Sakellariou schon angesprochen, zum Teil sind das ergänzende Fragestellungen, bei denen ich der Auffassung bin, dass die Fragen geklärt sein müssen. Bevor sie nicht geklärt sind, können wir dem Gesetzentwurf nicht zustimmen und stehen ihm auch nicht wohlwollend gegenüber.

Ich beginne mit dem Thema Kosten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben nur fünf Minuten!)

Sie haben im Vorblatt des Gesetzentwurfs die Kosten für den Pilotversuch über vier Jahre vorsichtig auf 85 000 € geschätzt. Dazu schreiben Sie aber in § 14 fest – das ist für uns sozusagen die Quintessenz –: Solche neuen Methoden der Freiheitsentziehung bzw. Freiheitsbeschränkung bedürfen unumgänglich einer wissenschaftlichen Begleitung, weil natürlich auch diese Fußfessel psychosoziale Wirkungen auf die Betroffenen ausübt, bei denen wir genau wissen müssen, was das für die Menschen bedeutet.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn ich mir Ihren Gesetzentwurf anschau, finde ich zu diesem Punkt eigentlich gar nichts. Ich finde nur eine Kostenschätzung über 85 000 € ohne wissenschaftliche Begleitung. Ist die wissenschaftliche Begleitung etwa umsonst, oder führen Sie gar keine durch? Das sind die Fragen, die wir dann im Ausschuss klären müssen.

Ein weiterer Punkt: § 6 Ihres Gesetzentwurfs heißt: Vollzugsprogramm. Darin wird eine für die elektronische Aufsicht zuständige Stelle genannt. Das ist wahrscheinlich der Punkt, von dem Herr Kollege Sakellariou meint, dass er das Einfallsstor für die Privatisierung bzw. für private dritte Träger sein wird. Ich formuliere das einmal vorsichtig. Es könnte ja sein, meine Damen und Herren, dass NEUSTART hier schon in den Startlöchern steht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die machen das in Österreich schon!)

Das wird wahrscheinlich ausgeschrieben, und wenn sich niemand bewirbt, dann hat NEUSTART ein neues Projekt. Da wäre einfach die Frage: Haben Sie denn wirklich vor, diese Aufsicht dann an Dritte, aus unserer Sicht Private zu übertragen?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das steht drin!)

Auch diese Frage müssen wir eindeutig klären; denn auch da hat der Kollege völlig recht: Es sind verfassungsrechtlich verbürgte Freiheitsrechte, in die wir eingreifen. Da sind auch wir als Grüne der Meinung: Vom Grundsatz her können wir das nicht privatisieren und keinem Privaten überlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Also auch diese Frage müssen wir klären.

Bei einem weiteren Punkt geht es um die Frage, für welche Gruppen diese Fußfessel denn anwendbar sein soll. Wenn mir ein Generalstaatsanwalt, der, wenn ich richtig nachgesehen habe, kein grünes Parteibuch hat –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ist das entscheidend?)

bei dem es aber auch völlig egal ist, welches Parteibuch er hat –, aus seiner Erfahrung sagt: „Leute, da gibt es ein Problem; da gibt es eine Konkurrenzsituation zu dem Projekt „Schwitzen statt Sitzen“, dann nehme ich das erst einmal ernst. Herr Minister, was Sie bisher hier als Begründung dafür angeführt haben, warum man das nicht ernst nehmen muss und warum es da keine Konkurrenzsituation geben wird, mag vielleicht für die Pilotphase gelten. Aber wir machen ja eine Pilotphase, um das auszuprobieren, und zwar gegebenenfalls sogar ohne wissenschaftliche Begleitung; zu der haben Sie nichts gesagt. In dem Moment, in dem Sie die elektronische Fußfessel zum generellen Instrument machen wollen, entsteht aber eine Konkurrenzsituation. Ich glaube, das steht außer Frage. Da sollte man auch so offen und ehrlich sein und das sagen. Das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ wird hier einheitlich vom gesamten Parlament mitgetragen. Das sollten wir nicht durch andere Maßnahmen, die wir hier im Parlament beschließen, in Gefahr bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Bei einem weiteren und letzten Punkt geht es um das Thema: „Überwachte Arbeit und Freigang“. Auch dazu hat Herr Kollege Sakellariou schon Richtiges gesagt. Wir haben ein bewährtes System der Bewährungshilfe.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Ob das jetzt privatisiert ist oder nicht, lasse ich einmal außen vor. Aber Tatsache ist, dass Menschen, denke ich, den Übergang aus der Gefangenschaft, aus dem Freiheitsentzug in die Freiheit viel besser begleiten können als Fußfesseln.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist ein guter Satz!)

Auch deshalb wäre für uns an dieser Stelle die Frage, was denn da für Sie die Personengruppen sein sollen und wo wir nicht andere Maßnahmen konterkarieren. Diese Fragestellungen wollen wir ernsthaft und offen – ich sage ganz bewusst: auch ergebnisoffen – im Ausschuss mit Ihnen diskutieren und dann als Grünen-Fraktion eine Entscheidung über die Frage treffen, ob wir diesen Gesetzentwurf zu den Fußfesseln mittragen oder nicht. Ich glaube, diese Prüfung hat der Gesetzentwurf verdient. Das werden wir im Ausschuss miteinander machen. Wir werden uns dann in der Zweiten Beratung abschließend positionieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch die Föderalismusreform II hat

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

Baden-Württemberg die Möglichkeit, den Strafvollzug selbst zu entwickeln, ohne auf die Bundesregierung angewiesen zu sein. Dies gilt Gott sei Dank jetzt auch für die elektronische Fußfessel oder für den Hausarrest, der lediglich elektronisch überwacht wird.

Ich darf daran erinnern: Baden-Württemberg hat bereits 2002 einen Vorstoß über den Bundesrat gemacht. Dieser Vorstoß wurde dann im Bundestag gestoppt. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen meinte damals, die Fußfessel sei kriminalpolitisch überflüssig und insbesondere – da muss man hinhören – mit der Menschenwürde und dem Persönlichkeitsrecht nicht zu vereinbaren.

Ich meine, beide Begründungen überzeugen nicht. Der elektronisch überwachte Hausarrest ist kriminalpolitisch sinnvoll und verletzt insbesondere die Menschenwürde nicht, wenn ich an die Alternative denke. Das ist nämlich der geschlossene Vollzug.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Jetzt weiß ich nicht, was menschenunwürdiger ist, der geschlossene Vollzug oder der Hausarrest.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Was Volker Beck da gedacht hat, weiß ich nicht. Ich höre, die Grünen sind lernfähig und wissen nur nicht genau, ob sie zustimmen. Es wäre schön, wenn Sie sich zur Zustimmung überwinden könnten.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wenn ihr die Fragen richtig beantwortet, dann können wir darüber diskutieren! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen wir!)

Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der elektronisch überwachte Hausarrest kein Allheilmittel. Es ist zunächst einmal lediglich ein Modellversuch, und anhand des Modellversuchs wollen wir nach vier Jahren schauen, wie es weitergeht.

In § 2 werden zwei unterschiedliche Formen geregelt – wir haben es schon gehört –, die Ersatzfreiheitsstrafe und die Entlassungsvorbereitung. Es wird gesagt, dass das eine Konkurrenz zu „Schwitzen statt Sitzen“ sei. Ich meine nicht. Es ist lediglich eine Ergänzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, überlegen Sie sich einmal: Wir haben einen Menschen, der zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, das Geld nicht bezahlen kann, weil beispielsweise gegen ihn vollstreckt wird oder er schon die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, weil die Privatinsolvenz gegen ihn läuft. Er hat einen Job, gegen ihn wird aber vollstreckt. Er kann nicht bezahlen. Weil er z. B. als Lkw-Fahrer 50 Stunden unterwegs ist, kann er auch nicht zusätzlich „schwitzen“. Was macht er? Er muss einfahren und verliert den Job. Ich denke, das Gesetz ist eine sinnvolle Ergänzung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gutes Beispiel!)

Ich denke, auch die Entlassungsvorbereitung und insbesondere die Anwendung auf Straftäterinnen ist sehr sinnvoll.

Wie funktioniert dieser elektronisch überwachte Hausarrest? Erstens muss der Gefangene zunächst einmal einverstanden sein. Das heißt, gegen den Willen des Gefangenen läuft gar nichts. Zweitens muss er über eine Wohnung, über eine Unterkunft verfügen. Drittens muss er über einen Telefonapparat verfügen; er muss ständig erreichbar sein. Viertens müssen andere Personen, die mit ihm im Haushalt wohnen, einverstanden sein.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Hört, hört!)

Auch da geht es nicht gegen die Willen anderer. Fünftens muss er über einen Ausbildungsplatz oder über einen Arbeitsplatz verfügen. Beim Ausbildungsplatz haben wir Möglichkeiten für einen sinnvollen Einsatz. Nach Ihrer Meinung müsste er dann einfahren, müsste den Ausbildungsplatz aufgeben und würde möglicherweise eine große Chance verlieren.

Der Gefangene muss bereit sein, sich im Voraus einem vereinbarten Tages- und Wochenablauf und weiteren Anweisungen zu unterziehen. Auch hier lernt er Strukturen. Er darf nicht einfach vor sich hinwursteln, sondern er ist am langen Band der elektronischen Überwachung.

Ich darf darauf hinweisen: Die elektronische Überwachung darf jederzeit widerrufen werden, wenn der Überwachte gegen Auflagen, gegen die Vereinbarung verstößt. Die elektronische Überwachung funktioniert über einen Sender, der über dem Knöchel befestigt wird. Herr Kollege Kluck und ich haben diese Möglichkeit der elektronischen Fußfessel im September des letzten Jahres in Wien besichtigt.

(Zuruf von der CDU: Ausprobiert? – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie weit sind Sie gekommen? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Und der Funk ging bis nach Horb!)

Das war hochinteressant. Herr Kollege Oelmayer und Herr Kollege Sakellariou, auch der dortige Modellversuch ist sinnvoll und wird verlängert. Ich weiß nicht, warum man gegen sinnvolle und bewährte Modelle wettet. Man will es einfach nicht wahrhaben. Herr Kollege Sakellariou, Sie sind hierbei der eigentliche Konservative.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wertkonservativ!)

Ich komme zu dem Ergebnis: Der elektronisch überwachte Hausarrest ist sinnvoll. In jeder Richtung bietet er nur Vorteile und Chancen. Die Vollzugsform ist eine sinnvolle Ergänzung zum Strafvollzug. Sie ist, wie ich schon gesagt habe, kein Allheilmittel.

Durch den Hausarrest wird der Gefangene nicht mehr aus seiner gewohnten sozialen Umgebung herausgerissen. Er kann bei seiner Familie bleiben. Der Gefangene kann seinen Arbeitsplatz behalten. Der Strafvollzug ist humaner und enthält gleichzeitig eine Warnfunktion. Der elektronisch überwachte Hausarrest spart Haftplätze und damit auch Kosten.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wer überwacht? – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Ehefrau!)

Das heißt, der elektronisch überwachte Hausarrest bietet wirklich nur Vorteile.

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum Schluss. Dem Justizminister und seinen Mitarbeitern danke ich für die konsequente Umsetzung dieser Gesetzesvorlage. Die FDP/DVP-Fraktion stimmt ihr zu. Meine sehr verehrten Damen und Herren in diesem Hohen Haus, ich rate Ihnen allen, der Gesetzesvorlage uneingeschränkt zuzustimmen.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Sie helfen damit Baden-Württemberg in seinem modernen Strafvollzug hin zu einer guten Entwicklung. Wir sind auf einem guten Weg. Stehen Sie ihr nicht im Weg, sondern helfen Sie mit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 14/4670, zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 14/4680

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Zunächst erfolgt die Begründung des Gesetzentwurfs durch die Regierung. Das Wort dazu erteile ich Herrn Minister Rau.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Einführung der Werkrealschule in Baden-Württemberg legt die Landesregierung ein innovatives Schulkonzept vor. Es wird die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler mit praktischer Orientierung und mit besonderem Förderbedarf entscheidend erhöhen. Dadurch wird die Stellung Baden-Württembergs als – wie Jürgen Baumert es nannte – „modernstes Bildungsland“ abermals unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Für uns ist Bildungspolitik vor allem eine Politik der Schulentwicklung, eine Politik also, die die Schulen fit für die Zukunft macht – die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, die Zukunft von uns allen.

Für die Schulentwicklung sehe ich keine Alternative zu einem ganzheitlichen Ansatz, zu einem Konzept, welches das nachweislich Bewährte bewahrt und gleichzeitig innovativ auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und auf die Anforderungen der Zeit reagiert.

Erstens sind wir uns sicher, dass individuelle und differenzierte Förderung in einem differenzierten Schulsystem gerade für die sogenannten schwächeren Schülerinnen und Schüler besser möglich ist. Darum halten wir am differenzierten Schulsystem fest.

Zweitens leistet die Hauptschule schon jetzt hervorragende Arbeit für jene, die einer besonderen Integrationsanstrengung bedürfen. Darum wird es auch künftig eine Schule geben, die diesen Anforderungen entspricht.

Drittens wissen wir, dass viele der jetzigen Hauptschülerinnen und Hauptschüler das Zeug zur mittleren Reife haben und dass in vielen Bereichen heute und künftig die mittlere Reife als Eingangsvoraussetzung verlangt wird. Darum führen wir in Baden-Württemberg die Werkrealschule ein. Das müssen und wollen wir im Schulgesetz verankern.

Viertens spricht für unser Modell die weitere Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung. So ist der Erfolg eines Schulsystems nach den Übergängen zu beurteilen. Wir haben in Baden-Württemberg eine im nationalen und im internationalen Vergleich sehr kleine Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss. Wir haben eine Jugendarbeitslosenquote, die europaweit zu den niedrigsten gehört. Die „PISA-Stars“ aus dem Norden dagegen haben eine Jugendarbeitslosenquote, die etwa fünfmal so hoch ist wie die bei uns in Baden-Württemberg.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das wird aber anders gerechnet! Das haben wir Ihnen schon einmal erklärt! Das ist einfach eine falsche Aussage!)

Unsere größte Stärke ist also schon jetzt der Zusammenhang von allgemeiner und beruflicher Bildung, den wir ganz anders verstehen und pflegen. Solange uns dies gelingt, werden wir für alle Jugendlichen ein erfolgreiches Bildungssystem haben, ein erfolgreicherer als skandinavische Einheitsschulsysteme mit guten Testergebnissen, aber einer großen Zahl an Schülern ohne einen brauchbaren Abschluss

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und damit einer um ein Mehrfaches höheren Zahl an jugendlichen Arbeitslosen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wie zukunftsweisend unsere Konzeption ist, zeigt sich auch daran, dass das bayerische Kabinett nun ein Zukunftspaket für die Hauptschulen vorgelegt hat, das unter der Überschrift „Mittelschulen“ gleichfalls eine enge Kooperation mit beruflichen Schulen und einen direkten Weg zu einem mittleren Abschluss vorsieht. Andere Länder stehen ebenfalls vor inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklungen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ganz oder gar nicht!)

Interessant wird sein, zu sehen, wo es ebenfalls zu Angeboten der Zusammenarbeit mit dem beruflichen Bereich kommen wird.

Das baden-württembergische Original in seiner konsequenten Konzeption will ich noch einmal kurz skizzieren. Grundidee

(Minister Helmut Rau)

der Werkrealschule ist der eigene und durchgängige sechsjährige Bildungsgang ab Klasse 5 mit dem Ziel der mittleren Reife. Dieser stellt die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler mit deren jeweiligen Lernansprüchen in den Mittelpunkt.

Eine starke Orientierung auf berufliche Perspektiven wird zum Markenzeichen der Werkrealschule. Wir haben die Abschlüsse und Übergänge im Blick; dazu gehören Erfahrungen mit der Arbeitswelt.

Grundintention und pädagogisches Leitprinzip der Werkrealschule ist die durchgängige individuelle Förderung in allen Klassenstufen. Sie baut damit auf der pädagogischen Arbeit der Grundschule auf und setzt diese fort. Deshalb werden auch alle Komponenten des im Sommer 2007 beschlossenen Maßnahmenpakets zur Stärkung der Hauptschulen übernommen und sind Teil der Gesamtkonzeption.

Zentrale Innovationen in der Werkrealschule setzen in den Klassen 8 und 9 an. Die bisherigen Stunden für den Praxiszug bzw. für den Werkrealschulzug werden in einem Stundenpool zusammengefasst, den die Schulen in vollem Umfang für Maßnahmen der individuellen Förderung einsetzen können.

Als weiteres, neues und profilprägendes Element kommen in den Klassenstufen 8 und 9 zweistündige Wahlpflichtfächer hinzu. Die Schüler können zwischen „Natur und Technik“, „Wirtschaft und Informationstechnik“ und „Gesundheit und Soziales“ wählen. Diese Wahlpflichtfächer werden inhaltlich mit der Ausrichtung der zweijährigen Berufsfachschule abgestimmt. Nun haben alle Schüler die Möglichkeit, Fächer und Schwerpunkte zu wählen, die ihren Neigungen und Qualifikationen entsprechen. Die Wahlpflichtfächer werden das Interesse an den Unterrichtsangeboten der Berufsfachschulen in Klasse 10 wecken und inhaltlich mit vorbereiten. Damit ist eine gute Grundlage für eine gelingende Berufswahl geschaffen.

In der Abschlussklasse 10 ist die enge und systematische Kooperation mit dem ersten Jahr der zweijährigen Berufsfachschule ein weiteres prägendes Element. Das gemeinsame Bildungsangebot umfasst hier den allgemeinbildenden Bereich der Werkrealschule und den berufsbezogenen Lernbereich der zweijährigen Berufsfachschule.

Die erforderliche Bildungsplanarbeit ist in Auftrag gegeben und wird vom Landesinstitut für Schulentwicklung geleistet. Unser Ziel ist es, die Bildungspläne bis Ende dieses Jahres fertigzustellen und im Jahr 2010 mit umfangreichen Fortbildungsangeboten für die Lehrkräfte zu beginnen.

Ein weiteres Kennzeichen der Werkrealschule ist eine kontinuierlich angelegte Berufswegeplanung ab Klasse 5 mit intensiver Kooperation zwischen Schule und Betrieb. Entscheidendes Merkmal sind hierbei zeitlich flexible Praktikumsphasen nach den Bedürfnissen der Schüler und entsprechend den Angeboten der Betriebe.

Wer die Werkrealschule nach Klasse 9 verlässt, legt, wie bisher auch schon, die Hauptschulabschlussprüfung ab. Die Entscheidung, welcher der beiden Schulabschlüsse angestrebt wird, muss erst in Klasse 9 getroffen werden. Der Hauptschulabschluss bietet auch weiterhin die Möglichkeit, eine Berufs-

ausbildung aufzunehmen oder die Anschlussmöglichkeiten in der Berufsschule zu nutzen.

Nach diesen Ausführungen zum pädagogischen Konzept erlauben Sie mir noch einige Anmerkungen zur künftigen Schulorganisation. Keine Hauptschule wird gegen den Willen des Schulträgers geschlossen. Die Zweizügigkeit bleibt aber die Basis für die Umsetzung der Werkrealschule vor Ort. Sie orientiert sich am Klassenteiler, der im nächsten Schuljahr 32 beträgt und in den Folgejahren bis auf 28 abgesenkt wird.

Die Werkrealschule wird eine Wahlschule und damit der Realschule und dem Gymnasium gleichgestellt. Auf Wunsch des Schulträgers kann für sie für eine Übergangszeit ein Schulbezirk festgelegt werden. Alle Werkrealschulen können Ganztagschulen werden. Wir ermöglichen damit den weiteren bedarfsorientierten Ausbau dieser Schulen mit Ganztagsangeboten.

Einzügige Hauptschulen werden auch nach der Einführung der Werkrealschule erhalten bleiben. Allerdings gilt für sie: Sie müssen sich inhaltlich dem neuen Konzept anpassen. Für die Schülerinnen und Schüler muss von jeder Klassenstufe aus ein Überwechseln auf die Werkrealschule möglich sein.

Durch die Verbindung von individueller Förderung mit einer konsequenten Stärkung der Ausbildungsreife schaffen wir einen attraktiven Bildungsgang zum Erwerb der mittleren Reife. Damit werden mehr Schülerinnen und Schüler eine verbesserte Perspektive für eine berufliche Ausbildung haben. Ihnen bleibt auch weiterhin die Option des Anschlusses in den beruflichen Vollzeitschulen offen.

Dieses innovative Konzept wird unsere Stellung als modernstes Bildungsland weiter ausbauen. Doch vor allem geht es uns um die Schülerinnen und Schüler. Ihre Chancen zu steigern ist das wichtigste Ziel.

Zu unserem Weg hat die Opposition keine konstruktive Alternative zu bieten. Ich bin sicher, dass wir im Interesse der Jugendlichen in unserem Land handeln werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta für die Fraktion der CDU.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben für die nächsten Jahre Prognosen, die von einem Fachkräftemangel in weiten Bereichen unserer Wirtschaft ausgehen. Der Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg hat Ende letzten Jahres eine Prognose veröffentlicht, in der für die nächsten zwölf Jahre bis zum Jahr 2020 ein Mangel von rund 370 000 nicht akademischen Fachkräften, tendenziell am höchsten in den technischen Berufen, vorausgesagt worden ist. Wir haben vom Wirtschaftsministerium ein Gutachten des Prognos-Instituts, in dem davon ausgegangen wird, dass bis zum Jahr 2015 120 000 Personen mit einem beruflichen Bildungsabschluss fehlen werden.

Das ist ein Problem für die Wirtschaft aus unserer demografischen Entwicklung heraus, und darauf müssen wir alle eine

(Volker Schebesta)

Antwort finden. Es ist aber auch ein Zeichen dafür, dass die Chancen für Jugendliche, für Schülerinnen und Schüler in den nächsten Jahren wachsen werden, über alle Schulen hinweg unabhängig von ihrem Abschluss einen Beruf zu ergreifen, der vielleicht heute für diese Gruppe von Schülerinnen und Schülern noch nicht erreichbar ist.

Dafür müssen die Schülerinnen und Schüler das Zeug, das in diesen Berufen verlangt wird, vom Abschluss her und von den inhaltlichen Voraussetzungen, die ihre Ausbildung erfordert, mitbringen. Damit sie diese Chance nutzen können, haben wir die Aufgabe, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass Kinder mit Migrationshintergrund ihre Chance nutzen können und dass das Positive an unserer Ausgangssituation mit der niedrigsten Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss aufrechterhalten wird.

Die Werkrealschule ist eine Antwort auf diese Ausgangslage. Wir wollen dafür sorgen, dass noch mehr Schülerinnen und Schüler in unserem Land das Zeug für anspruchsvolle Berufsbilder mitbringen und dass noch mehr Schülerinnen und Schüler in unserem Land einen mittleren Bildungsabschluss schon am Standort ihrer allgemeinbildenden Schule schaffen.

Ich will deshalb einfach noch einmal die Kernpunkte nennen, mit denen wir in den Werkrealschulen dafür sorgen werden, dies zu erreichen: die Betonung der beruflichen Grundbildung, die Wahlpflichtfächer mit beruflicher Orientierung, die enge Kooperation der zehnten Klasse mit den beruflichen Schulen, zwei Schulabschlüsse in der Werkrealschule, ein mittlerer Bildungsabschluss für mehr Schülerinnen und Schüler schon nach zehn Jahren sowie eine individuelle Förderung in der Werkrealschule. Wir sind uns unabhängig von Systemfragen hier im Landtag einig, dass wir mehr individuelle Förderung in den Schulen wollen.

Deshalb ist es ein guter Weg, den Praxiszug und den Werkrealschulzug von der Stundenzahl her zusammenzufassen und die Stunden den Schulen für individuelle Förderung zur Verfügung zu stellen. SPD und Grüne müssten das zumindest begrüßen. Wir würden uns wünschen, sie würden in Jubel ausbrechen, aber zumindest müssten sie dies als Schritt in die richtige Richtung bei der individuellen Förderung bezeichnen. Wir legen jedenfalls großen Wert darauf, diesen Weg zu gehen und mehr individuelle Förderung in den Schulen zu haben.

Es ist eine große Aufgabe der Schulen, darauf einzugehen, die Schülerinnen und Schüler auf zwei unterschiedliche Abschlüsse vorzubereiten und das an mehr Schulen und mit einer neuen Konzeption zu machen. Ich bin aber sicher, dass davon neue Impulse für den Unterricht auch über die Werkrealschule hinaus ausgehen werden.

Selbstverständlich ist das Vorhaben, die Werkrealschule so zu verankern, wie es jetzt im Gesetzentwurf vorliegt, auch eine Antwort auf den Handlungsbedarf bei der Schülerzahlenentwicklung. Die Schülerzahlenentwicklung in Baden-Württemberg hängt zum einen mit der zurückgehenden Kinderzahl zusammen. Deshalb merkt man den Schülerzahlenrückgang auch in den Grundschulen. Der Rückgang ist auch eine Auswirkung davon, dass Eltern nachfragen, welchen Schulabschluss an dieser Schulart ihr Kind erreichen kann, und in der Tendenz dazu neigen, zumindest einen mittleren Bildungsab-

schluss zu verlangen. Eine große Rolle spielt dabei der Blick auf das Ende dieses Schulabschnitts, der nicht das Ende einer Bildungsbiografie bedeutet. Eine nicht so große Rolle spielt der Blick auf die Förderung in einer Schulart.

Die Zahlen kennen Sie: 25 % Schülerzahlenrückgang. Das trifft uns in Baden-Württemberg mit unserer großen Zahl an Hauptschulen und auch mit der großen Zahl an Schulen, die z. B. weniger als 100 Schüler haben, ganz besonders.

Mit diesem Angebot der Werkrealschule haben die Schulträger etwas an der Hand, mit dem sie im Interesse der Kinder der Schülerzahlenentwicklung Rechnung tragen können. Dabei sind viele Städte und Gemeinden schon viel weiter, als Sie von der Opposition es sind. Die Städte und Gemeinden gehen nämlich diesen Weg mit und setzen für die Schülerinnen und Schüler aus dem Konzept der Werkrealschule das Positive um, das wir damit auf den Weg bringen. Deshalb hat auch in der Anhörung die Konzeption in dem Schulgesetzentwurf, der der Anhörung zugrunde lag, die überwiegende Zustimmung erfahren. Wenn ich diejenigen herausnehme, die politisch gegen ein gegliedertes Schulsystem positioniert sind, ist eine fast einhellige Position feststellbar.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nicht überall!)

– Es gibt halt politische Unterschiede.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Was ist mit dem Landeselternbeirat?)

– Ich habe gesagt: fast einhellig. Aber dass die Lehrer- und Lehrerinnenvertreter von Gewerkschaftsseite, die als Gewerkschaft eine Position in der Schulstrukturfrage haben, nicht sagen, Werkrealschule sei ihr Weg, ist klar. Man kann nicht bestreiten, dass das auch Motivation für eine solche Stellungnahme ist.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: VBE auch!)

– Noch einmal Frau Rastätter: Ich habe davon gesprochen, dass es fast einhellig Zustimmung gibt.

Wir haben in den zurückliegenden Wochen vor allem einen Punkt in der öffentlichen politischen Diskussion als Hauptthema gehabt, nämlich die Frage des Übergangs nach Klasse 10. Wir haben heute den Ausgangspunkt, dass für die zehnte Klasse an einer Hauptschule, die den Werkrealschulabschluss bietet, im ersten Halbjahr der Klasse 9 ein Notenschnitt von 2,4 notwendig ist, ein Zusatzunterricht in den Fächern Deutsch, Mathe und Englisch vorausgesetzt wird und die zweijährige Berufsfachschule, an der man auch einen mittleren Bildungsabschluss erreichen kann, heute einen Notenschnitt von 3,0 in den Fächern Deutsch, Mathe und Englisch voraussetzt.

Wir haben uns dafür entschieden, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Voraussetzungen der Berufsfachschule auch für die Werkrealschule vorzusehen. Ich glaube, dass das schon ehrgeizig ist, denn natürlich gibt es in den Berufsfachschulen bisher einen zweijährigen Weg bis zum mittleren Abschluss, und es sind in der neuen Werkrealschule neun Jahre wie bisher plus das eine Jahr der zehnten Klasse. Es ist ein ehrgeiziges Ziel, schon am bisherigen Hauptschulstandort mehr Schülerinnen und Schüler zu einem mittleren Bildungsab-

(Volker Schebesta)

schluss zu bringen. Ich halte es aber für richtig, dieses Ziel auch so zu formulieren. Aber die Auswirkung bei der Werkrealschule darf nicht sein, dass das Niveau des mittleren Bildungsabschlusses an den Werkrealschulen sinkt.

Es ist richtig, dass es in den vielen Gesprächen, die wir – auch ich selbst – in den letzten Monaten zu diesem Thema geführt haben, wirklich keinen einzigen Lehrer gegeben hat, der die zehnte Klasse unterrichtet oder unterrichtet hat und der sagt: Es braucht keine Zugangsvoraussetzungen. Da sind übrigens auch SPD-Lehrer, Grüne-Lehrer, Gewerkschaftslehrer mit dabei.

(Heiterkeit – Abg. Ute Vogt SPD: „Gewerkschaftslehrer“!)

Ich habe noch keinen einzigen Lehrer, der die zehnte Klasse unterrichtet oder unterrichtet hat, getroffen, der mir gesagt hätte: Die Zugangsvoraussetzungen zur zehnten Klasse könnt ihr weglassen. Es sind ideologische Gründe, wenn Sie sagen, Sie wollten keine Zugangsvoraussetzungen, alle könnten alles schaffen. Alle sollen ihre Chancen nutzen können, ja, aber es sollten Chancen sein und nicht nur der bloße Schein.

Wir haben über den Gesetzentwurf hinaus offene Fragen, die auch nach dem Gesetzgebungsprozess bleiben werden. Ich will zum einen das Thema Ressourcen ansprechen. Vor allem von den kommunalen Landesverbänden wird das Thema Schülerbeförderungskosten genannt. Im Gesetzestext ist schon der Hinweis darauf gegeben, dass die Schülerbeförderungskosten im Zuge von Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden auch unter diesem Aspekt beraten werden sollten.

Ferner haben wir das Thema „Schulleitung einer neu zu bildenden Werkrealschule“. Ich glaube, dass es richtig und wichtig ist, alle diejenigen, die an den bisherigen Grund- und Hauptschulen, die zu einer Werkrealschule zusammengefasst werden, tätig sind, in die Verantwortung für die Entwicklung der Werkrealschule, für das gute Starten der Werkrealschule mit einzubeziehen. Deshalb brauchen wir Beispiele dafür, wie das geht, eben auch alle bisherigen Schulleitungen solcher Schulen in die Verantwortung der Schule mit einzubeziehen.

Über solche Fragen werden wir auch über das Gesetzgebungsverfahren hinaus bis zum Start im übernächsten Schuljahr weiter sprechen und Lösungen für eine gute Entwicklung suchen. Ich bin allen, die uns in der Vorbereitung unterstützt haben und die uns Rat gegeben haben, dankbar und will dabei auch ausdrücklich die Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden ansprechen, die uns an vielen Stellen Hinweise gegeben haben, was im Interesse der Schulträger, der Kommunen, richtige Lösungsansätze wären, damit das Kind Werkrealschule eine gute Entwicklung für die Schülerinnen und Schüler nehmen kann. Herzlichen Dank dafür.

Alles Weitere im Ausschuss und in der Zweiten Beratung. Wir begrüßen diese Konzeption als wichtigen Schritt für gute Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg für ihre Chancen im Berufsleben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller für die Fraktion der SPD.

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neue Werkrealschule ist das Totenglöcklein für ca. 800 einzügige Hauptschulen.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist nichts anderes als ein großes Hauptschulschließungsprogramm, ohne dass dabei das Grundproblem gelöst würde. Das Grundproblem, die Grundherausforderung lautet nämlich: Wie können wir unsere Kinder und Jugendlichen besser fördern und ihnen höhere Abschlüsse ermöglichen?

Alle Werkrealschulen sind faktisch weiterhin Hauptschulen. Deswegen ist es auch ein Etikettenschwindel, wenn hier sozusagen von einer neuen Schule die Rede ist. Ich finde, eine Mutter hat Ihren Bildungskurs, Herr Rau, in einem Brief treffend beschrieben. Sie schreibt da:

Wir können doch nicht zulassen, dass aus einem schlechten dreigliedrigen Schulsystem ein noch schlechteres viergliedriges Schulsystem wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat sie recht!)

Deswegen haben Sie noch die Gelegenheit: Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Wo sind denn Ihre Schulgesetzentwürfe?)

und hören Sie endlich auf die Fachleute! Damit meine ich jetzt nicht Sie, Herr Röhm.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Würden Sie einmal, meine Damen und Herren, Herr Röhm –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Regionalschule kommt doch von Ihnen!)

– Hören Sie einfach einmal kurz zu! – Würden Sie einmal die Hauptschulrektoren befragen, statt sie ständig vorzuladen, würden Sie eine andere Antwort bekommen. Ich kenne keinen einzigen Hauptschulrektor und auch keine einzige Hauptschulrektorin oder einen Hauptschullehrer, die Ihren Gesetzentwurf gut finden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir kennen viele! – Abg. Volker Schebesta CDU: Soll ich Ihnen einmal ein paar Telefonnummern geben?)

Wenn Sie jetzt sagen – Sie haben es gerade versucht –, fünf Ablehnungen des Gesetzentwurfs stünden 13 grundsätzlichen Zustimmungen gegenüber – so wird es groß im Gesetzentwurf angekündigt –, so haben Sie natürlich nichts darüber gesagt, wie die zahlenmäßige Verteilung ist. Ich will Ihnen z. B. die Eltern zitieren. Der Landeselternbeirat lehnt Ihren Gesetzentwurf zur neuen Werkrealschule klipp und klar ab. Der Landeselternbeirat begründet dies auch und spricht deutlich von einer fehlenden Notwendigkeit einer neuen Schulart.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was heißt das für Ihre Regionalschule?)

(Norbert Zeller)

Ich füge hinzu: Jede dritte Hauptschule ist schon heute Werkrealschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt doch nicht!)

Wenn Sie versuchen, das als durchgängigen Bildungsgang zu gestalten, dann ist dies nichts anderes als eine Mogelpackung.

Ich will Ihnen einmal vortragen, was der Landeselternbeirat – das steht genau in der Drucksache – wörtlich ausführt, damit Sie dies erkennen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir selbst gelesen! Wir können doch selbst lesen! Wir sind alle gebildet!)

– Nein, Sie können offensichtlich nicht lesen, Herr Röhm; aber das ist Ihr Problem.

(Zuruf von der CDU: He, he!)

Der Landeselternbeirat sagt:

Da die „neue“ Werkrealschule wieder nur bei Erreichen eines bestimmten Notendurchschnitts den Besuch der 10. Klasse vorsieht – –

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Dieses niveaulose Geschwätz von Ihnen!)

– Nein, ich zitiere den Landeselternbeirat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir alles schon gelesen!)

– Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, was der Landeselternbeirat sagt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Können Sie sich entschuldigen? Sie haben Herrn Röhm beleidigt! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mich kann niemand beleidigen!)

Da die „neue“ Werkrealschule wieder nur bei Erreichen eines bestimmten Notendurchschnitts den Besuch der 10. Klasse vorsieht, sieht der Landeselternbeirat keine zusätzlichen Chancen für die Kinder, einen mittleren Bildungsabschluss zu erwerben.

Vor allem für schwächere Hauptschüler bietet die „neue“ Werkrealschule keinerlei Vorteile.

Recht hat der Landeselternbeirat. Ihr Konzept geht zulasten der schwächeren Hauptschüler und der einzügigen Hauptschule. Das sind die Verlierer, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor allem durch die vielen zusätzlichen Stunden! Die waren zur Schwächung! – Zuruf: So ein Quatsch!)

Eltern, Hauptschulen, Rektoren, der Hauptpersonalrat, die direkt Betroffenen, im Übrigen auch der Baden-Württembergische Handwerkstag, lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. Das Netzwerk „In einer Schule gemeinsam lernen“, in dem übrigens über 25 Organisationen mit mehreren 100 000 Mitglie-

dern tätig sind – wenn Sie das einmal zur Kenntnis nehmen würden –,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Lesen Sie die Zustimmung auch noch vor!)

widerspricht auch Ihrer Behauptung, dass sich die große Mehrheit der befragten Verbände und Organisationen zustimmend zur neuen Werkrealschule äußern.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Lesen Sie die Zustimmung auch noch vor, oder sollen wir es nachher machen?)

Die Wirklichkeit spricht also eine völlig andere Sprache, vor allem die Betroffenen. Niemand von denen will die Werkrealschule; denn sie löst die Probleme nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommen Sie einmal zu den anderen, die sie wollen!)

Zahlreiche Schulschließungen werden die Folge Ihrer Politik sein. Ich finde es schon bemerkenswert, dass sich der Herr Minister hier hinstellt und sagt, dass keine Schule gegen das Votum des Schulträgers geschlossen wird. Diese Schulen werden schlichtweg ausgehungert werden; sie bekommen weniger Lehrerstellen

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ach Quatsch!)

und werden daher letztendlich keine Zukunft haben.

Sie wollen – das haben Sie gerade gesagt – eindeutig die Zweizügigkeit und wollen Schulen zusammenlegen. Schulzusammenlegungen nach diesem Vorschlag sind aber letztendlich lediglich ein Zufallsergebnis und führen zu größeren Klassen, so wie wir es übrigens auch bei den Realschulen und bei den Gymnasien erleben.

Auch die Aufteilung der Werkrealschule auf verschiedene Standorte zeigt das Dilemma, in dem Sie stecken. An mehreren Standorten soll es eine Schulleitung geben. Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf auch deutlich gesagt, dass es ein Einsparmodell ist. Sie haben gesagt, dass Kosten gespart werden. Vor einiger Zeit haben Sie von dieser Stelle aus gesagt: Ein Drittel geht in die Schulen oder verbleibt bei den Schulen, ein Drittel geht in die Schülerbeförderung, und ein Drittel wird zur Deckung des Landeshaushalts verwendet. Das ist das, was Sie tatsächlich wollen.

Statt Schulen zu schließen, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP/DVP, sollten Sie die Schule im Dorf lassen und die Rahmenbedingungen verbessern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In Form der Regionalschule!)

Der Gemeindetag und der Städtetag haben in der Anhörung im Übrigen gefordert, dass kommunale Lösungen zur Stabilisierung der einzügigen Hauptschule zugelassen werden. Wir von der SPD-Landtagsfraktion hatten am Freitag eine Anhörung hier in Stuttgart. Beide Vertreter – sowohl vom Gemeindetag als auch vom Städtetag – haben sich eindeutig dafür ausgesprochen, vielfältige Lösungen zuzulassen, die Sie leider ablehnen.

(Norbert Zeller)

Geben Sie also den Schulen die Möglichkeit, den Schülerinnen und Schülern an ihrer Schule einen echten Realschulabschluss anzubieten. Maßgeschneiderte Lösungen vor Ort, wohnortnahe Schulen mit einer individuellen Förderung, sind allemal besser als das, was Sie hier mit einem Schülertourismus vorsehen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dass so etwas auch in Baden-Württemberg funktionieren kann – Herr Röhm, vielleicht erkundigen Sie sich einmal –, haben wir an einigen Schulen erfahren dürfen. Gehen Sie z. B. an die einzügige Hauptschule nach Bergatreute,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommen Sie zum Gymnasium in Münsingen!)

und schauen Sie sich dies einmal an.

Dass Sie es mit dem mittleren Bildungsabschluss nicht so ganz ernst nehmen, sieht man auch daran, dass Sie bei der Grundschulempfehlung Hauptschule und Werkrealschule nach wie vor gleichsetzen und eben nicht die Werkrealschule mit der Realschule als Bildungsempfehlung aussprechen. Deswegen ist der richtige Weg – das sage ich Ihnen –, den Sie eigentlich gehen müssten, eine Schule zu schaffen, die mehr Möglichkeiten bietet, um tatsächlich länger gemeinsam zu lernen. Schaffen Sie auch diese unsinnige Grundschulempfehlung ab, und setzen Sie stattdessen auf eine qualifizierte Beratung!

Es gibt noch einen Unsinn, der neben dem Schülertourismus, der entstehen wird, in Ihrem Gesetzentwurf drinsteckt. An den beruflichen Schulen wird es notwendig sein – das hat Ihnen auch der Landkreistag vorgerechnet und bei Ihrer Anhörung geschrieben –, Neubauten zu erstellen. Sie werden nicht umhinkommen, weitere Räume zu schaffen, während häufig frisch sanierte, gute Häuser der Hauptschulen in den Kommunen leer stehen werden. Das ist ein Üding, meine Damen und Herren.

Im Übrigen werde ich sehr genau hinschauen, wie Ihr Konzept „Drei Tage Hauptschule, zwei Tage Berufsschule“ funktionieren wird. Es wird aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler keine ordentliche Bindung an eine Schulart mehr geben. Der Landkreistag sagt eindeutig: Dies führt zu Fraktionen in der Praxis. Hören Sie also auf solche Einwände, hören Sie auf den Landeselternbeirat, der deutlich sagt: Eine stärkere berufliche Orientierung – die im Kern nicht falsch ist, die auch wir wollen – ist kein Argument, um eine Werkrealschule einzuführen. Wir haben im Gegenteil hervorragende Konzepte, gerade auch an einzügigen Hauptschulen, die belegen, wie es gelingt, Schülerinnen und Schüler auf den Beruf vorzubereiten und die berufliche Orientierung wirklich sehr ernst zu nehmen.

Deswegen kommen wir zu dem Schluss: Dieser Gesetzentwurf macht keinen Sinn. Er ist eine Verschlechterung unserer Schullandschaft.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das stimmt doch nicht!)

Der Landeselternbeirat, der Baden-Württembergische Handwerkstag und viele andere lehnen die neue Werkrealschule

eindeutig ab. Sie sollten auf die Fachleute hören, Sie sollten auf diejenigen hören, die tagtäglich da drinstecken, nicht im Gymnasium stecken, sondern mit den Hauptschulen zu tun haben, mit den Schülerinnen und Schülern zu tun haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Um Gottes willen!)

Dann würden Sie zu einem anderen Ergebnis kommen. Deswegen sage ich Ihnen: Nehmen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück!

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Katrin Altpeter SPD: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt aber zustimmen!
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auf die Frau Rastätter freue ich mich!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich frage mich, wie lange die Freude geht.

(Heiterkeit der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Volker Schebesta CDU)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heute vorgelegte Gesetzentwurf zur Werkrealschule ist für uns Grüne ein erneuter untauglicher Versuch, das dreigliedrige Schulsystem auch noch über die nächsten Jahre hinüberzuretten.

(Oh-Rufe – Abg. Reinhold Gall SPD: Aus ist es mit der Freude! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen gleich die Basisschule!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahrzehnten hat es unzählige Stärkungsprogramme und Rettungsversuche für die Hauptschule gegeben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr habt sie alle madig gemacht!)

Kein einziger dieser Versuche hat dazu geführt, dass die Akzeptanz verbessert werden konnte und die rückläufigen Schülerzahlen aufgehalten werden konnten. Das heißt ganz konkret: Die Situation, vor der wir jetzt stehen, ist das Ergebnis des Bildungserfolgs in Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten. Denn durch die von uns gewünschte, geförderte und erfolgreiche Bildungsexpansion sind die Quoten der Übergänge ins Gymnasium und in die Realschule gestiegen. Es ist ganz normal, dass die Eltern am Ende der Grundschulzeit die beste Option für ihre Kinder wünschen. Sie entscheiden sich also für die Schulart, die von vornherein ein für sie sicherer Weg zu einem mittleren Bildungsabschluss oder zum Abitur darstellt.

Heute besuchen deshalb nur noch 25 % der Schüler die Hauptschule, und 60 % davon sind heute bei uns in Baden-Württemberg Kinder mit Migrationshintergrund. Hätten wir in Baden-Württemberg nicht diese hohe Quote von insgesamt 33 % Kinder mit Migrationshintergrund, könnten wir den größten Teil der Hauptschulen im Land schon heute nicht mehr aufrechterhalten.

(Renate Rastätter)

Das neue Konzept der Werkrealschule wird diese Entwicklung – die Abstimmung mit den Füßen aus der Hauptschule in die anderen Schularten – nicht aufhalten können. Dadurch wird sich die soziale Auslese in unserem Bildungswesen noch verschärfen.

Deshalb sagen wir Grünen: Wir brauchen nicht immer die Fortsetzung der Symptombekämpfung der Krise unseres Bildungssystems, sondern wir brauchen endlich eine ganzheitliche Therapie. Die ganzheitliche Therapie kann nur heißen, die Kinder endlich unabhängig von ihrer sozialen Herkunft länger gemeinsam lernen zu lassen und sie differenziert und individuell zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in einigen Punkten unsere Hauptkritik an dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Werkrealschule vortragen. In diesem Konzept der Werkrealschule werden Schülerinnen und Schüler zu Bildungsverlierern gemacht. Denn im Gegensatz zu dem traditionellen Modell der Werkrealschule, das auf fünf Jahre angelegt war und damit der Logik des Bildungssystems entsprach – die Anschlussfähigkeit war gesichert –, ist es jetzt ein durchgängiger sechsjähriger Bildungsgang.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit Anschluss, Frau Rastätter!)

Wer nicht in die zehnte Klasse kommt, wird im Prinzip zu einem Bildungsverlierer,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum? Die Berufsfachschule gibt es ja auch!)

weil er nicht den durchgängigen Bildungsgang durchlaufen kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, dass bereits am Beginn des Bildungsgangs für die Schüler wieder Stress und Druck entstehen. Sie sind gerade über den Auslesedruck in der Grundschule hinweggekommen und werden erneut einem solchen Auslesedruck ausgesetzt.

Was kann man machen, Kollege Schebesta? Auch wenn Sie mit Experten gesprochen haben, gibt es doch gar keinen Hinderungsgrund, einem Kind die Empfehlung zu erteilen: Mach du einen Hauptschulabschluss. Aber warum kann man die Kinder nicht auch in das zehnte Schuljahr gehen lassen und dort am Ende einen Hauptschulabschluss oder einen Werkrealschulabschluss anbieten? Für viele Schüler wäre dieses weitere Lernjahr ein positives Angebot, bei dem sie auch ihren Hauptschulabschluss verbessern könnten.

(Beifall der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch keine Gleichwertigkeit zwischen der Werkrealschule und der Realschule. Zwar haben Sie, Herr Kultusminister Rau, auf massiven Druck hin die Übergangsbestimmungen mittlerweile so ausgestaltet, dass auch für diese Schüler eine 2,4 für die Aufnahme in ein berufliches Gymnasium als Durchschnittsnote genügt. Dennoch ist die Werkrealschule vom Konzept her eine Weiterentwicklung des Bildungs-

gangs der Hauptschule. In der Beschreibung dieser Schulart wird festgestellt, es sei die Schule für die praktisch Begabten. 60 % der Kinder mit Migrationshintergrund sind in der Hauptschule. Ich frage Sie: Sind dies alles praktisch begabte Kinder? Sind bei den deutschen Kindern nur 20 % praktisch begabt?

(Abg. Jörg Döpper CDU: Wahrscheinlich!)

Wir kommen mit diesem wissenschaftlich überholten Begabungsbegriff für die Ausgestaltung unserer Bildungsgänge nicht mehr zurecht. Das ist doch ein Anachronismus, der dringend überwunden werden muss.

(Beifall bei den Grünen)

Das heißt für uns – das ist ganz klar –: Mit dieser Ausgestaltung für praktisch Begabte – ihnen wird unterstellt, sie hätten keine kognitiven Kompetenzen – können die Potenziale dieser Schülerinnen und Schüler in dieser Schulart nicht ausreichend gefördert werden, und sie werden weiterhin zu einem erheblichen Teil unter ihren Möglichkeiten bleiben.

Ein weiterer Kritikpunkt für uns ist: Die bessere berufliche Orientierung gilt ausschließlich für die Hauptschule, also nur für 25 % der Schüler. Gerade Sie, Kollege Schebesta, haben ausgeführt, dass wir große Anstrengungen bei der beruflichen Qualifizierung unternehmen müssen. Diese bessere berufliche Qualifizierung wäre doch auch sehr hervorragend für schwächere Realschüler oder auch für Gymnasiasten oder für andere Schüler, die sich dafür interessieren, geeignet. Das heißt, die Fixierung dieser beruflichen Orientierung auf eine Schulart, in der sich 25 % der Schüler befinden, macht doch überhaupt keinen Sinn. Damit stellen wir fest: In einer Schule, in der Kinder länger gemeinsam lernen, könnten all diejenigen, die insbesondere an einer besseren beruflichen Qualifizierung interessiert wären, daran teilnehmen, ohne dass das auf die Hauptschulen begrenzt wäre.

Schließlich sind alle Forderungen, die irgendwo gestellt wurden, durch diese Verwässerung in den Gesetzentwurf eingeflossen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jesses, ist das schlimm!)

Da haben wir festgestellt: Diese Werkrealschule hat zu einem unübersichtlichen Wirrwarr von Schulformen und Abschlüssen geführt. Es gibt weiterhin einzügige Hauptschulen. Es gibt einzügige Hauptschulen, die ein zehntes Schuljahr führen dürfen, wenn sie mindestens 16 Schüler haben. Diese können dann mit einem dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschluss abschließen; das ist wohl der traditionelle Werkrealschulabschluss. Es gibt zweizügige Werkrealschulen, die den Werkrealschulabschluss ermöglichen. Es gibt einen zweijährigen Bildungsgang nach dem achten Schuljahr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den gibt es schon jetzt! Das ist nichts Neues, Frau Rastätter!)

Schließlich können die Werkrealschulen auf mehrere Standorte verteilt sein, müssen dann aber eine gemeinsame Schulleitung haben. Das ist ein völlig unübersichtlicher Wirrwarr,

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

(Renate Rastätter)

der vor allem verschleiern soll – worauf Kollege Zeller deutlich abgehoben hat –,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

dass dieses Werkrealschulprogramm im Grunde genommen darauf angelegt ist, zu einem Massensterben von kleinen Hauptschulstandorten in Baden-Württemberg zu führen. All das wird mit diesem Wirrwarr an Schulformen und Angeboten verschleiert.

Die Situation möchte ich Ihnen einmal an einem Beispiel schildern, das ich dieser Tage in Kronau erlebt habe. Die Erich-Kästner-Grund- und Hauptschule in Kronau ist eine dreizügige Grundschule mit einer einzügigen Hauptschule. In Bad Schönborn nebendran gibt es eine zweizügige Hauptschule. Jetzt ist die Frage dort: Was machen wir, wenn das eine Werkrealschule werden soll? Selbstverständlich wird bei einer Kooperation die größere Schule, nämlich die in Bad Schönborn, die Werkrealschulleitung übernehmen. Damit muss der Schulleiter in Kronau seine Schulleiterstelle für die Hauptschule abgeben und ist dann nur noch Schulleiter der Grundschule. Wenn also z. B. ein Bedarf in der Hauptschule besteht, dann muss sich der Schulleiter aus Bad Schönborn einschalten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das muss er nicht!)

während der Schulleiter in Kronau nur noch der Schulleiter der Grundschule ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das muss er nicht!)

Dazu kommt, dass diese Grund- und Hauptschule ein Profil als sozialintegrative Hauptschule hat. Das heißt, die macht seit vielen Jahren das, was wir jetzt in Baden-Württemberg insgesamt fördern müssen. Sie hat nämlich vier Außenklassen: drei der Sonderschule für Körperbehinderte in Langensteinbach und eine Außenklasse einer Geistigbehindertenschule. Die Schule ist also eine integrative Profilschule, von deren Art wir jetzt viele brauchen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das dürfen sie auch weiterhin machen!)

Wenn die Schüler dort jetzt in die Hauptschule gehen, die ja ein Teil der Werkrealschule wird, dann ist doch für diese Hauptschüler gar nicht mehr einzusehen, dass sie dort bleiben. Denn sie können ja, wenn sie nach Bad Schönborn gehen, dort sechs Jahre lang die gleiche Schule besuchen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen Kooperation!)

Damit bricht dieses wunderbare Modell der integrativen Schule dort zusammen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das bricht nicht zusammen!)

Solche Überlegungen hätten Sie zuvor anstellen sollen. Sie hätten sich bei den Schulleitern vorher genau sachkundig machen sollen, zu welchen Verwerfungen dieses Konzept mit mehreren Standorten in Baden-Württemberg führen wird.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Deshalb bleibe ich dabei: Hier wird ein Murks angerichtet

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

zulasten der Schule, zulasten der Lehrkräfte und zulasten der Schülerinnen und Schüler.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schulleiter und Schulleiterinnen sind die Praktiker und die Experten in Baden-Württemberg. Eine Bildungspolitik, die das Bildungswesen weiterentwickeln will, muss als Allererstes die Expertise dieser Praktiker und Experten einholen. Sie verweigern sich seit Jahren mit sträflicher Ignoranz den Auseinandersetzungen mit diesen Schulleitern, die sich hier bei der Werkrealschule erneut zu Wort gemeldet haben.

Deshalb fordere ich Sie auf: Setzen Sie sich endlich intensiv mit diesen erfahrenen Praktikern und Experten unseres Bildungswesens auseinander. Nehmen Sie auch Ratschläge an. Nehmen Sie auch die Ratschläge der Kommunen an, die neue Schulmodelle beantragt haben. Angesichts der Zahl der Kommunen, die neue integrative Schulmodelle beantragt haben – das ist Schulentwicklung vor Ort –, müssen Sie diese Modelle endlich akzeptieren und solche Schulversuche genehmigen. Wir haben bereits in Baden-Württemberg die Werkrealschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist etwas ganz anderes!)

Wir haben Anträge von Gemeinden, die eine neue Schulentwicklung in die Wege leiten wollen. Wir haben Schulleiter, die engagiert und motiviert mitwirken würden. Aber das, was Sie hier machen, wird nur dazu führen, dass wir – ich glaube sogar, das wird passieren, solange ich noch im Landtag bin – in Baden-Württemberg wieder einen Rettungsversuch für diese Schule starten müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: So lange sind Sie noch da? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Rastätter, gehen Sie wieder in die Schule, da brauchen wir Sie! Frau Rastätter, Sie sind schon so lange von der Schule weg! Das ist schade!)

– Das stimmt. Das gebe ich zu.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie sieht die Wirklichkeit aus, Herr Zeller? Sie haben völlig recht. Der Landeselternbeirat, der Gewerkschaftsbund, der VBE und die GEW lehnen das Konzept ab. Aber Sie haben in diesem Hohen Haus völlig unterschlagen, wer alles zustimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das möchte ich Ihnen vorlesen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nennen Sie eine Auswahl, Frau Arnold! – Unruhe)

(Dr. Birgit Arnold)

Dem Konzept der Werkrealschule stimmen zu: der Landkreis-tag, der Städtetag, der Gemeindetag, der Personalrat der Berufs-schullehrer, die IHK Stuttgart, der Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie, die Arbeitgeberverbände, der Berufsschullehrerverband, der Philologenverband, der Realschullehrerverband etc.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Hören Sie auf! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lass sie doch! – Unruhe)

Das ist die Sprache, die die Wirklichkeit spricht, die Sie ausblenden und nicht wahrhaben wollen.

Frau Rastätter, wenn ich höre, wie toll plötzlich die Hauptschulen in unserem Land sind, dreht sich mir der Magen um.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Niemand macht die Hauptschule mies! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, das war es! Die größten Hetzer heulen heute!)

Wenn ich daran denke, wie Sie in den drei Jahren, die ich jetzt im Landtag bin, ständig die Hauptschule schlechtgeredet haben, meine ich, Sie haben zu dieser Situation beigetragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Genau so ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Quatsch! – Unruhe)

Ich möchte gern mit einem Zitat fortfahren. Ich zitiere:

Die neue Werkrealschule ist das Beste, was ihr für die Hauptschule in den letzten Jahren auf den Weg gebracht habt.

Das ist das Urteil eines sehr angesehenen Hauptschulpädagogen, dessen Schule übrigens einen deutschen Schulpreis bekommen hat. Über dieses Urteil habe ich mich sehr gefreut, denn es zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Zugegeben: Es war bisher ein steiniger Weg. Das können wir nicht verschweigen. Es war ein steiniger Weg; es gab und gibt noch immer viele Sorgen und Ängste vor Ort bei den Schulleitern, den Schulträgern und den Eltern. Diese Sorgen sind auch nicht dadurch kleiner geworden, dass es zwischen dem Gesetzestext, seiner Begründung und anderen Texten des Kultusministeriums einige Widersprüche gab.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Wir hoffen, dass das jetzt behoben ist. Wir von der FDP/DVP-Fraktion haben uns den ursprünglichen Gesetzentwurf, der für die Anhörung vorgesehen war, sehr genau angesehen. Unsere Änderungsvorschläge konnten wir zu fast 100 % umsetzen. Das freut uns natürlich. So konnten wir das Dogma der Zweizügigkeit an einem Standort aufbrechen. Die neue Werkrealschule wird künftig an mehreren Standorten realisiert werden können, und zwar nicht nur für die Klassen 5 bis 7, sondern auch für die Klassen 8 und 9 und gegebenenfalls auch für die Klasse 10.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben dafür gesorgt, dass diese Option der Realisierung an mehreren Standorten, nicht nur in der Begründung des Gesetzestextes, sondern im Gesetzestext selbst in § 6 auftaucht. Auch das war uns wichtig.

Wir wollten – das war das Ziel dieser Bemühungen – von Anfang an auch einzügige Hauptschulen, vor allem im ländlichen Raum, stabil in diesen Entwicklungsprozess einbeziehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist uns gelungen. Auch einzügige Hauptschulen haben jetzt vielfältige Möglichkeiten der Kooperation, wenn sie die neue Werkrealschule realisieren wollen. So können viele Schulstandorte erhalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die 500 Standortschließungen, die Sie, Herr Zeller, an die Wand malen, sind ein Menetekel. Dazu wird es nie kommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „800“ hat er gesagt!)

So können viele Schulstandorte erhalten werden, die – das ist das eigentliche Problem, Herr Schmiedel – mittelfristig nicht mehr existenzfähig wären. Die Schulen können in der jeweiligen Partnerschaft ihre Profile und Ressourcen intensiver – weil gemeinsam – nutzen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht!)

Das ist auch aus wirtschaftlichen Gründen zu begrüßen, sind doch viele Schulräume in den letzten Jahren in der Tat wieder neu hergerichtet worden. Es ist investiert worden. Das kann durch die Optionen, die wir in dem Gesetzentwurf jetzt eröffnen, weiter genutzt werden.

Auch die Mindestschülerzahl von 36 ist vom Tisch. Denn die Grundlage – das wurde schon angesprochen – wird in Zukunft der jeweils geltende Klassenteiler sein. Wir wissen alle, dass wir den Klassenteiler im Zuge der Bildungsoffensive in den nächsten Jahren auf 28 senken werden.

Besondere Sorgen hat uns auch der Übergang von Klasse 9 nach Klasse 10 gemacht. Hier hat der Gemeindetag einen guten Vorschlag gemacht. Wir haben ihn aufgegriffen, und wir freuen uns, dass dieser Vorschlag jetzt auch Eingang in den Gesetzentwurf gefunden hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

So ist für die Entscheidung über die Versetzung nach Klasse 10 allein die Klassenkonferenz zuständig. Diese Entscheidung wurde auf eine breitere Basis gestellt. Nicht nur die Noten in den Kernfächern, sondern auch im Wahlpflichtfach sind in Zukunft die Grundlage für diese Entscheidung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch die Talente!)

Wenn der gewünschte Notendurchschnitt von 3,0 nicht überall erreicht wird, kann die Klassenkonferenz in Würdigung

(Dr. Birgit Arnold)

der Gesamtpersönlichkeit des Schülers trotzdem eine Versetzung empfehlen. Das ist ein guter Schritt nach vorn.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Hier ist die notwendige Flexibilität vorhanden, hier ist der notwendige Ermessensspielraum für die Lehrer vorhanden, damit möglichst viele junge Menschen zu diesem mittleren Bildungsabschluss geführt werden können.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das wollen die nicht!)

Auch in der Frage der Schulbezirke – das freut uns sehr – sind wir endlich einen deutlichen Schritt weitergekommen. In Zukunft werden nicht nur alle Werkrealschulen, sondern auch alle Hauptschulen grundsätzlich Wahlschulen sein. Nur für eine Übergangszeit bis 2016 können die Schulträger, wenn gewünscht, einen Schulbezirk einrichten.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Damit haben Schüler mit einer Hauptschul- und einer Werkrealschulempfehlung jetzt dieselben Rechte wie Realschüler und Gymnasiasten. Sie können sich auch ihre Schule aussuchen.

Im Wettbewerb um die Schüler können die Schulen jetzt endlich auch ihre Stärken und Profile richtig zur Geltung bringen.

Das, was ich eben skizziert habe, war für uns wichtig. Das haben wir erreicht, und darüber freuen wir uns. Aber – auch das will ich nicht verhehlen – es sind noch viele Fragen offen. So gibt es für die vorgesehene Kooperation der neuen Werkrealschule in Klasse 10 mit den Berufsfachschulen im Gesetzentwurf bisher nur wenige Angaben vonseiten des Ministeriums. Wir haben noch einige Jahre Zeit, bis dieses Problem wirklich akut wird, aber wir müssen uns rechtzeitig Gedanken machen.

Es wird nicht ganz einfach sein, die Fragen, die im Raum stehen, zu beantworten: Wie soll eine solche Zusammenarbeit im ländlichen Raum realisiert werden? Soll die Möglichkeit eröffnet werden, den Berufsschulunterricht gegebenenfalls auch am Standort der Werkrealschule zu realisieren? Haben wir die nötigen personellen Ressourcen für dieses Vorhaben? Wie gestaltet sich die Verteilung der Sachkostenbeiträge und der Finanzierung der Schülerbeförderung, wenn die künftigen Zehntklässler zugleich Werkrealschüler und Berufsfachschüler sind? Nicht zuletzt – das müssen wir auch sehen – können bei dieser Aufteilung auf zwei Schularten auch pädagogische und disziplinarische Probleme entstehen. Auf diese Fragen muss das Kultusministerium zügig die richtigen Antworten geben.

Zum Schluss noch zwei Anmerkungen dazu, was uns noch besonders wichtig ist. Wir wünschen uns Flexibilität bei der Einrichtung der gemeinsamen Schulleitung, wenn zwei Hauptschulen miteinander kooperieren möchten. Um es an einem Beispiel festzumachen: Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wenn eine im Herbst vakant werdende Schulleiterstelle vom Schulamt wieder ausgeschrieben wird, obwohl dasselbe

Schulamt weiß: Da wollen zwei Schulen zusammengehen, eine Stelle ist ohnehin übrig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich denke, hier sollten wir schon jetzt die nötige Flexibilität zeigen.

Außerdem liegt uns sehr am Herzen – auch darauf möchte ich noch einmal hinweisen –: Die neue Werkrealschule wird nur dann erfolgreich werden, wenn es wirklich für alle Schüler die Chance gibt, den mittleren Bildungsabschluss zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Er muss für jeden Schüler als Regelabschluss angestrebt werden, und zwar ab Klasse 5. Die Schüler müssen von Anfang an gezielt auf diesen angestrebten Regelabschluss vorbereitet werden. Wie das schon heute geht, zeigt uns meine Lieblingsschule, die Grund-, Haupt- und Werkrealschule Amtzell. Das Konzept der individuellen Förderung der Schüler an dieser Schule muss zur Richtschnur für die neuen Werkrealschulen werden. Wir haben hier sozusagen schon den Prototyp der individuellen Förderung an dieser Schulart; wir brauchen es eigentlich nur noch flächendeckend umzusetzen.

Individuelle Förderung, verbunden mit einer frühen und intensiven beruflichen Orientierung und der Chance auf einen mittleren Bildungsabschluss – das sind die Kernelemente der neuen Werkrealschule. Das ist unser Ziel, das wir erreichen wollen, aber auch erreichen müssen. Wenn wir das schaffen, dann hat die Hauptschule in unserem Land in Verbindung mit der neuen Werkrealschule eine gute Zukunft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Beitrag der Frau Kollegin Arnold hat mich veranlasst, nochmals herauszukommen.

Frau Arnold, ich fordere Sie auf, den Beleg für die Behauptung zu erbringen, ich oder jemand anders von der SPD hätten die Hauptschule schlechtgeredet. Bringen Sie den Beleg!

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Als „Restschule“ haben Sie sie bezeichnet! Jahrelang! – Unruhe)

Bringen Sie einen Beleg! Wir haben im Gegenteil die Bedingungen der Hauptschule dargestellt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie müssen nur die Protokolle anschauen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wollten Sie doch gar nicht mehr haben!)

Bringen Sie den Beleg! Bringen Sie ihn!

(Norbert Zeller)

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das machen wir! –
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten sie auflösen! Schon lange!)

– Wissen Sie, Herr Röhm, Sie sollten sich einfach einmal ein bisschen zurückhalten. Dass heißt doch nicht, dass wir die Hauptschule schlechtgeredet hätten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten sie auflösen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Der Beleg kommt auch noch!)

Wir haben gesagt, dass Eltern trotz der hervorragenden Rahmenbedingungen der Hauptschulen ihre Kinder nicht mehr auf die Hauptschule schicken wollen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist wahr!)

Und das ignorieren Sie, meine Damen und Herren. Da müssen Sie sich doch einmal fragen, warum das der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Unruhe)

Unser Interesse ist, genau für diese Kinder,

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist Unfug! – Lebhaftes Unruhe)

für diese schwächeren Kinder die besten Bedingungen zu schaffen. Deswegen sollten Sie hier keine falschen Behauptungen aufstellen.

Im Übrigen sage ich Ihnen, Frau Arnold: Im Gegensatz zu Ihnen kenne ich die Hauptschule von innen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ich auch! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war aber vor dem Ersten Weltkrieg! Das hat sich doch geändert! – Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Was ich bemerkenswert fand, war, wie Sie den Beitrag der Eltern abgetan haben. Ich halte es schon für bemerkenswert, wie Sie darüber hinweggegangen sind. Wenn Sie jetzt schon Ihre Liste hier vortragen, muss ich dazu sagen: Der größte Teil der Betroffenen sind natürlich die Eltern und ihre Kinder.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber für die tun wir das doch!)

Deswegen ist es eigentlich unglaublich, wenn Sie sich hier hinstellen und sich mit keinem einzigen Argument, das die Eltern in der Anhörung gebracht haben, wirklich ernsthaft auseinandergesetzt haben. Das halte ich für eine schwache Leistung.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

und deswegen sollten Sie sich, anstatt hier zu polemisieren,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer polemisiert denn hier?)

sachlich mit den Argumenten auseinandersetzen, die die Eltern gegen diese neue Werkrealschule vortragen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Das war ein Beitrag mit Sachverstand!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Zeller, wenn ich mich nicht zuvor schon zu Wort gemeldet hätte, dann hätte ich es jetzt getan. Denn ein paar Belege habe ich – zufällig – dabei.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zufällig!)

Aber zuerst ein paar Ausführungen zur Sache. Frau Rastätter, Sie haben gesagt, sie wollten auch für diejenigen, die den Hauptschulabschluss machen, die Möglichkeit sehen, das zehnte Schuljahr zu haben. Die gibt es.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zwei Geschwindigkeiten!)

Wir bauen die Kooperationsklassen aus, in denen nach der achten Klasse in der neunten und zehnten Klasse in der Kooperation von Hauptschule und beruflicher Schule der Hauptschulabschluss erreicht werden kann. Das gibt es, und wir haben den weiteren Ausbau auch angekündigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Völlig neu ist mir, dass Sie die Vielfalt von Abschlüssen kritisieren. Ich finde es gut und richtig, dass wir so unterschiedliche Abschlüsse haben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Individuell!)

die auch für die jeweiligen Bereiche, in denen man auf sie aufbauen oder mit ihnen in Berufen zum Zuge kommen kann, anerkannt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nur in einem Aspekt gibt es die Vielfalt nicht, die Sie beschrieben haben. Es gibt in Zukunft nicht einen traditionellen Werkrealschulabschluss und einen anderen Abschluss; es gibt nur einen Werkrealschulabschluss. Ob der an einer einzigen Hauptschule gemacht wird, die ihre zehnte Klasse behält, oder in vollem Umfang an der Neukonzeption der Werkrealschule gemacht wird, ist völlig egal. Das ist ein Werkrealschulabschluss. Diese zusätzliche Differenzierung, die Sie beschrieben haben, gibt es nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Herr Zeller, Sie können natürlich sagen: Die Eltern wählen die Hauptschule nicht mehr wie früher.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Wenn Sie das beschreiben, dann ist damit nicht die Hauptschule schlechtgeredet. Aber wenn Sie sagen: „Die Haupt-

(Volker Schebesta)

schule ist ein Auslaufmodell“, dann beschreiben Sie nicht nur einen Zustand, sondern kritisieren Sie die Hauptschule,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, nein! Quatsch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Selbstverständlich! „Restschule“! Jahrelang! Völlig richtig! Der will die Hauptschule auch gar nicht! – Unruhe)

weil Sie sagen, dass die Förderkonzeption, die hinter der Hauptschule steht, ein Auslaufmodell sei.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch Quatsch, was Sie sagen! Absoluter Quatsch! Das wissen Sie auch!)

Das ist nicht so. Wir halten das gegliederte Schulsystem aufrecht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig! Jawohl! Der will diese Schule gar nicht!)

Plenardebatte am 8. Februar 2007, Norbert Zeller: „Die Hauptschule ist ein Auslaufmodell.“

(Abg. Norbert Zeller SPD: Stimmt auch!)

Antrag der Fraktion der SPD vom 7. März 2007: „Die Hauptschule ist ein Auslaufmodell.“ Das lässt sich beliebig fortsetzen. Wenn wir bis zur Zweiten Beratung der Novellierung des Schulgesetzes suchen, dann finden wir auch noch ein paar härtere Begriffe, die Sie für die Hauptschule gebraucht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Völlig richtig! – Abg. Alfred Winkler SPD: Warum? Warum?)

Sie haben wortreich erklärt, wer alles die Werkrealschule ablehnt. Jetzt mache ich dieselbe Addition wie Sie. Ich komme dann auf eine zweistellige Millionenzahl der Unterstützer für das Konzept.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 20 Millionen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch lächerlich!)

Wenn ich nämlich allein den Städtetag und den Gemeindetag und diejenigen, die diese repräsentieren, zusammennehme, bin ich schon bei einer zweistelligen Millionenzahl. Der Landkreistag kommt dazu. Dann bin ich noch einmal bei einer fast zweistelligen Millionenzahl.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann sind wir bei halb Deutschland! Das Argument ist doch wirklich dumm!)

Sie haben gesagt, die Betroffenen wären alle dagegen. Ich weiß nicht, was kommunale Landesverbände, Landesschulbeirat und Landesschülerbeirat sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir wissen es!)

Letztere sind betroffen und Beratungsgremien für diese Fragen des Kultusministeriums. Grundsätzliche Zustimmung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir haben außerdem Kirchen und die Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, weil die die Federführung für die Ausbildung hat. Wir haben den Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie, die Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, Teile des baden-württembergischen Beamtenbunds, den Philologenverband, den Realschullehrerverband, den Verband der Lehrer an beruflichen Schulen, den Schulleiterverband, die Arbeitsgemeinschaft der Direktoren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo sind denn die Hauptschullehrer? Kennen Sie einen Hauptschullehrer, der das will? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Es gibt viele! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gymnasiallehrer zitiert der! Philologen!)

Ich will Sie nicht langweilen. Ich wollte nur die positiven Stellungnahmen nennen.

Schülertourismus, Herr Zeller, haben Sie gesagt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn die Zusammenfassung von Hauptschulen zu Schülertourismus führt, dann frage ich mich, was die Schülerbewegungen zu Realschule und Gymnasium bisher sind. Interkontinentalflüge, oder was? Es ist doch einfach illusorisch, hier zu sagen, das würde zu was weiß ich für Entfernungen führen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Regionalschule! Noch eine Schule pro Landkreis!)

Wir müssen aber eine Antwort darauf finden, dass die Schülerzahlen zurückgehen.

Jetzt komme ich zu Ihrer Antwort auf den Rückgang der Schülerzahlen. Sie haben gesagt, wir sollen den Gesetzentwurf zurückziehen. Ich halte das schon für eine ziemlich kühne Forderung von einer Fraktion, die schon zweimal in dieser Legislaturperiode Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht hat, von denen man nicht mehr viel gehört hat, nachdem die kommunalen Landesverbände ihre Stellungnahme dazu abgegeben hatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Ihre Formulierung halte ich für ziemlich kühn, denn von diesen Gesetzentwürfen haben wir nichts mehr gesehen.

Jetzt will ich zum Ende eine Ihrer Aussagen wiederholen: Der Landeselternbeirat spricht von der fehlenden Notwendigkeit einer neuen Schulart der Sekundarstufe I, Hauptschule oder Realschule. Was heißt das eigentlich für Ihre Einheitsschule? Auch diese Aussage von Ihnen finde ich ziemlich kühn.

Ich finde, wir sind auf dem richtigen Weg. Sie sind weit weg davon.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Sie stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfs zur weiteren Beratung an den Schulausschuss zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Entwicklung des Bausparkwesens in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2406

b) Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Transparenz und Rechtssicherheit für Bausparer und Bausparkassen – Drucksache 14/4033

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache über beide Anträge insgesamt fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich für die Fraktion der SPD Herrn Abg. Dr. Prewo.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zurzeit quellen die Medien von Meldungen über die Finanzinstitute über. Um eine Sorte von Finanzinstituten ist es aber ziemlich ruhig, und das sind die Bausparkassen. Würde man Ähnliches von einem höherrangigen Politiker sagen, wäre der praktisch tot, aber die Bausparkassen sind höchst lebendig. Sie sind viel gesünder als fast alle anderen Finanzinstitute. Eine Bilanzsumme von über 70 Milliarden € wird sicher und solide verwaltet. Baden-Württemberg ist in diesem Bereich immerhin eine mittlere Großmacht. Bei der Bausparsumme sind wir mit einem Anteil von 45 % und bei der gesamten Bilanzsumme aller Bausparkassen in Deutschland mit 36 % weit überproportional im Geschäft.

Das ist Grund genug für den Landtag, den Fokus einmal auf diese Felsen in der Brandung zu richten. Deswegen hat die SPD-Fraktion diesen Antrag gestellt, allerdings schon im Februar 2008. Das war sieben Monate vor der Lehman-Pleite, als die amerikanische Finanzkrise zwar schon offenkundig war, aber die Tagesmeldungen noch keineswegs beherrschte und viele hier noch dachten, diese Finanzkrise möchte vielleicht an uns vorbeiziehen.

Damals haben wir uns gefragt, welche Vorzüge eigentlich dem Bausparen für die Stabilität des deutschen Immobilienmarkts vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Immobilienkrise zukommt und ob das Bausparen dazu beiträgt, dass der deutsche Baufinanzierungsmarkt insgesamt robuster gegen solche Krisen ist. Heute – wenigstens das können wir feststellen – haben wir, anders als in einigen anderen, auch europäischen Ländern, in Deutschland keine Immobilienkrise. Das heißt, wir haben keinen Wertverfall auf breiter Front oder in den Märkten. Wir haben eine gewisse Krise bei den Immobilien wegen der sträflichen Nachlässigkeit der Landesregierung im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:
So ist es!)

Das ist ein großes Problem. Wir haben aber keine Immobilienkrise auf den Finanzmärkten, die einen Wertverfall herausfordern würde. Der Immobilienmarkt bei uns ist in dieser Hinsicht stabil. Warum ist er stabil? Weil der Wohnungsbau, im Ganzen gesehen, bei uns solide finanziert ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zustimmung! –
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es!)

Zuerst wird Eigenkapital aufgebaut. Bauspardarlehen bekommt man in der Regel nur dann, wenn man 40 % der Summe selbst als Eigenkapital einbringt.

Ein Weiteres ist aber noch viel wichtiger. Das Bausparen ist ein erstklassiges Instrument, das generell das nachhaltige Sparen fördert, und zwar schon bei Jugendlichen, und das mit kleinen Beiträgen und einer Wirkung in der Breite der Bevölkerung. Darüber hinaus ist das Bausparen flexibel im Hinblick auf Vermögensbildung. Man kann die angesparten Mittel auch anders einsetzen. Man kann als junger Mensch eigentlich kaum etwas falsch machen, wenn man sich auf das Bausparen einlässt, gerade weil das Management von Bausparverträgen nicht von der Jagd nach der höchsten Tagesrendite geprägt ist. Das alles also sind die Tugenden, die wir jetzt teilweise hilflos beschwören.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr habt ja die Vermögen wieder besteuert!)

Es lässt sich deswegen sehr gut mit dem System der vermögenswirksamen Leistungen, teils des Staates, teils der Arbeitgeber, verbinden. Es ist fast überflüssig, zu sagen – wir haben das aber auch noch einmal extra abgefragt –, dass es hier keinen Forderungsverkauf, also Verkauf von Bauspardarlehen und Umwandlung in verbrieft Asset-Backed Securities, die berühmten ABS, gibt. Das gibt es beim Bausparen nicht. Das war damals noch kein Thema, wir haben es aber trotzdem mit dem Antrag abgefragt. Die Anlage ist robust und widerstandsfähig gegen die Kasinomethoden.

Natürlich gibt das keine Schlagzeilen, und wenn doch, dann nur, weil es erfolgreich ist. Es ist normal und vernünftig, auch wenn die Zeit des Bausparens in spekulativer Hinsicht vielleicht nicht gerade sexy ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch, es hat auch etwas! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das wollten wir wissen, und wir wollten beleuchten, dass wir in Baden-Württemberg noch einige solide Dinge haben. Die Bausparkassen sind solide, weil sie gut reguliert sind und eine verlässliche institutionelle Basis besitzen und weil die passenden Regeln vorhanden sind, die dafür sorgen, dass letzten Endes alle etwas schaffen.

Ich werde nachher begründen, warum ich die Ablehnung dieses gemeinsamen Antrags von CDU, SPD und FDP/DVP durch die Regierung für falsch halte, und möchte hier eine Warnung aussprechen: Wenn die Gerichte den Bausparkassen die Erhebung einer Abschlussgebühr verweigern würden – wir hoffen es nicht und glauben auch, dass die Rechtsprechung das letzten Endes nicht tun wird; wir sind nach dem Ausreißerurteil, das es da gegeben hat, aber höchst unsicher –, dann wäre das, was da passieren würde, für die Bausparkassen in Baden-Württemberg ein Super-GAU. Deswegen sollte die Regierung in dieser Hinsicht etwas tun.

(Dr. Rainer Prewé)

Ich möchte nun gern die Ausführungen der Kollegen abwarten und darauf gegebenenfalls noch einmal reagieren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler für die Fraktion der CDU.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr guter Mann!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bausparen ist im Land der Häuslebauer eine schwäbische Tugend. Nahezu jeder Zweite ist Bausparer. Kein Wunder also, dass die großen Bausparkassen Badenia, LBS, Schwäbisch Hall und Wüstenrot bei uns im Land sitzen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schwäbisch Hall!)

Sie schaffen die Basis für eine Wohnversorgung breiter Bevölkerungsschichten. Wer über kein Eigenkapital verfügt, muss ansparen und erhält dafür bei Zuteilung seines Bauspardarlehens einen günstigen Darlehenszinssatz mit nachrangiger Sicherung im Grundbuch.

35 Milliarden € haben die Bausparkassen zur privaten Wohnungsbaufinanzierung im Jahr 2007 ausgezahlt. Ohne staatlich gefördertes Bausparen durch Wohnungsbauprämien, Arbeitnehmersparzulagen und zuletzt das Eigenheimrentengesetz, auch „Wohn-Riester“ genannt, könnten sich viele Menschen den Traum vom Wohneigentum nicht erfüllen. Die Finanz- und Beratungsdienstleistungen der Bausparkassen sind umfassend und erstrecken sich auf Neubau und Hauskauf, Modernisierung und energetische Sanierung von Wohnraum. Neu ist, dass auch Wohnungseigentümergeinschaften für Modernisierungen einen Bausparvertrag abschließen können. Die Bausparkassen tragen damit auch zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele im Wohnungsbausektor bei. Durch Stiftungslehrstühle unterstützen Bausparkassen die wissenschaftliche Begleitung unseres zukünftigen Wohnungsbaus. Sie sind verlässliche Partner unserer Wohnungsbaupolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Finanzkrise konnte den Bausparkassen wenig anhaben, im Gegenteil: Allein im letzten Jahr schlossen die Bausparkassen 3,6 Millionen Verträge mit einem Volumen von 100 Milliarden € ab. Der Bestand aller Bausparkasseninstitute umfasst 31 Millionen Verträge mit einer Vertragssumme von 750 Milliarden €, die sich auf 25 Millionen Bausparer in Deutschland verteilen. Etwa 45 % dieser Summe entfallen auf Baden-Württemberg; eine stolze Zahl.

Auch wenn ihre Rendite stets kleiner war als bei den Großen der Finanzwirtschaft – die Branche wächst. Bausparen finanziert sich ausschließlich über Einlagen und nicht am Kapitalmarkt. Zocker sind die Bausparkassen nicht. Sie haben das Vertrauen ihrer Kunden nicht missbraucht und haben solide gewirtschaftet. Einen finanziellen Rettungsschirm des Staates brauchen sie nicht.

Ungemach droht ihnen jedoch von anderer Seite: Die Abschlussgebühren von 1 % der Bausparsumme verstießen gegen das AGB-Gesetz; es gehe rein um Vertriebskosten und

nicht um eine Dienstleistung für den Bausparer. Diese Rechtsauffassung vertritt der ehemalige Bankensenatsvorsitzende des BGH, Gerd Nobbe, ungeachtet der Tatsache, dass die Aufsichtsbehörde BaFin keine Bausparkassentarife ohne Abschlussgebühren genehmigt hat.

Flugs verkündete das ZDF in seiner Fernsehsendung „Frontal“, die Abschlussgebühren müssten jetzt an die Bausparer zurückgezahlt werden. Daraufhin überzog die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen die Bausparkassen LBS West, Deutscher Ring und Schwäbisch Hall mit Musterklagen. Das Landgericht Heilbronn wies die Klage gegen die Bausparkasse Schwäbisch Hall am 12. März dieses Jahres ab. Die Landgerichte in Hamburg und Dortmund folgten dieser Entscheidung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Die Urteile sind nicht rechtskräftig. Falls eine höhere Instanz diese Urteile aufheben sollte, stehen für die Bausparbranche nicht nur Rückforderungen von bis zu 7 Milliarden € im Raum; erforderliche Rückstellungen und ausbleibende Einnahmen hätten für unsere Bausparkassen bedrohliche Dimensionen. Arbeitsplätze wären bedroht, und auch den Wohnungsbau, die Bauindustrie sowie Handel und Dienstleistungen träfe es empfindlich, da 50 % aller Immobilienkäufer Bausparmittel zur Finanzierung einsetzen. Der Traum vom Eigenheim wäre dann für viele ausgeträumt. Ein Spiraleffekt würde unsere Wirtschaft weiter nach unten ziehen. Wieder einmal müsste der Staat mit Milliardenhilfen ein Finanzsystem schützen. Bei aller Wertschätzung der Arbeit der Verbraucherschützer, die sich überwiegend aus Steuergeldern finanzieren – hier wird übereifrig und verantwortungslos mit dem Feuer gespielt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Im Unterschied zu vielen anderen Verträgen wissen die Bausparer, worauf sie sich einlassen. Die Gebühren sind transparent und werden handschriftlich in die Verträge eingefügt. Allenfalls kann man den Verbraucherschützern zugutehalten, dass sich im Bausparkassengesetz expressis verbis keine Bestimmung zu Abschlussgebühren findet. Lediglich in der Gesetzesbegründung steht, dass Bausparkassen Gebühren zur Deckung der Kosten für die Anwerbung neuer Kunden bei Vertragsabschluss erheben können. Vielleicht wäre ein runder Tisch zwischen Verbraucherschutz und Politik zielführend gewesen, bevor solche volkswirtschaftlichen Sprengminen gezündet werden.

Das Geschäftsmodell der Bausparkassen ist ohne Alternative. Das jahrzehntealte Bausparmodell des kollektiven Sparens dürfen wir nicht lahmlegen. Damit ist niemandem gedient. Die Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP haben deshalb zusammen mit der SPD eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um für Klarheit im Bausparkassengesetz zu sorgen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Buschle?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ja.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Du bist hoffentlich für Bausparverträge! Hast du keinen?)

Abg. Fritz Buschle SPD: Herr Kollege Dr. Löffler, Sie und vorher Kollege Prewo haben eindrücklich begründet, warum der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und FDP/DVP ein guter, begründeter und konstruktiver Antrag ist. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum unsere Kollegen von der Grünen-Fraktion diesen Antrag nicht mitgetragen haben?

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die haben alle schon ihre Villen gebaut! Die brauchen nichts mehr! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die kommen alle aus einem guten Wohnviertel! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wie Herr Rebmann und seine Brüder! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Oder sie bewohnen Sozialwohnungen!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Buschle, diese Frage müssen Sie an die Grünen richten. Die grünen Wählerschichten rekrutieren sich aus den Halbhöhenlagen, aus den feinen Wohnvierteln in Stuttgart; sie gehen, wie wir heute früh gehört haben, in der „Wielandshöhe“ essen und speisen beim „grünen“ Koch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit bei den Grünen und des Abg. Fritz Buschle SPD – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Da steht das Bausparen nicht ganz so im Zentrum.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Ich verstehe: Bausparer sind nicht Ihre Klientel.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die machen Rendite bei Windrädern und Fotovoltaik! – Zuruf: Sparmodelle!)

Ich vermute, das ist der Grund dafür, Frau Sitzmann, dass die Grünen diesen Antrag nicht mitgezeichnet haben, was ich allerdings auch bedauere.

Der Ministerrat beschloss am 16. Februar dieses Jahres, die Bundesratsinitiative vorerst nicht aufzugreifen, sondern erst die Rechtsprechung zu beobachten. Ich bedauere dies. Eine gesetzliche Klarstellung braucht keinen Rettungsschirm. Es gilt zu handeln, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Wohnungseigentum zu bilden ist Lebensqualität. Das muss Ziel unserer Politik sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich habe es gesagt: Sehr guter Mann!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da wird der Kollege Buschle noch seine Frage stellen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt kommt die Erklärung! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Buschle bringt sich schon in Position! – Abg. Christine Rudolf SPD: Jetzt aber! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fritz, jetzt kannst du sie direkt fragen! – Gegenruf des Abg. Fritz Buschle SPD: Hab ich schon! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Sitzmann vertritt die Windräder!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bausparkassen haben eine wichtige Funktion, insbesondere in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie einen Bausparvertrag? – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD: Jetzt, Herr Röhm!)

Dass Baden-Württemberg das Land der Häuslebauer, der Bausparer und der Bausparkassen ist, zeigt auch die Stellungnahme zum Antrag der SPD. Wenn auf 1 000 Einwohner 469 Bausparverträge kommen, dann zeigt dies die Bedeutung, die das Bausparen bei uns im Land hat. Dies belegt auch die Tatsache, dass 70 % des Vermögensvolumens der Menschen im Südwesten auf Immobilienvermögen entfallen.

Die Anzahl der Bausparverträge war zwischen 1996 und 2006 stabil. Es gab aber einen deutlichen Zuwachs bei der Bausparsumme. Auch diese Entwicklung gilt insbesondere für die Bausparkassen in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das haben wir schon alles gehört!)

Da gab es immerhin einen Zuwachs um 60 %, von 22 000 € auf fast 35 000 €. Gerade in Zeiten der Finanzmarktkrise ist Bausparen für viele Menschen eine sichere Anlageform. Wie auch schon die Vorredner gesagt haben, haben die Bausparkassen im Gegensatz zu manchen Banken keine Kreditforderungen weiterverkauft.

Richtig und gut ist auch, dass mit den Bausparkassen und dem Bausparen in einem mittel- oder langfristigen Prozess Eigenkapital angespart wird und anschließend die Darlehensfinanzierung erfolgt. Wir sehen in der Stellungnahme der Landesregierung auch, dass gerade die Bausparkassen aus Baden-Württemberg bundesweit eine Sonderstellung einnehmen und 45 % der Bausparsumme auf sich vereinigen.

Interessant ist, dass die Mitfinanzierung von neuen Wohnungen und Häusern durch Bausparverträge bzw. -darlehen in den vergangenen Jahren auf 13 % zurückgegangen ist und auf der anderen Seite 85 % der Bauspardarlehen für Modernisierungen ausgegeben wurden. Dies zeigt für uns, dass es gerade im Bereich Modernisierung – insbesondere dann, wenn es um energetische Sanierungen geht, auch in Kombination mit dem Energieausweis – noch ein hohes Potenzial gibt. Dies spart langfristig Energie und Kosten, und es entlastet gleichzeitig das Klima.

In der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Situation wird es darauf ankommen, ob Bausparer bzw. Darlehensnehmer bei der Tilgung mit Entgegenkommen rechnen können. Es gilt zu

(Edith Sitzmann)

überlegen, ob unter bestimmten Bedingungen ein Tilgungsmoratorium ein Weg sein kann.

Nun zum interfraktionellen Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP. Ich kenne keine Umfrage über Parteizugehörigkeit und -präferenz von Bausparern, Herr Kollege Löffler. Aber die SPD macht ja gern Umfragen; vielleicht wäre das auch ein interessantes Thema.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die sind gleich weit entfernt von 18 wie wir!)

Jedenfalls wird in diesem interfraktionellen Antrag gefordert, über den Bundesrat eine Änderung des Gesetzes über Bausparkassen zu erreichen, die die Rechtmäßigkeit der Abschlussgebühr festschreibt. Bekanntermaßen haben wir Grünen diesen interfraktionellen Antrag nicht unterstützt. Wir haben ihn aus grundsätzlichen Erwägungen nicht unterstützt.

(Oh-Rufe – Zuruf: Hört, hört! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gibt es das auch?)

Denn wir sind der Ansicht, dass in unserem Rechtsstaat mit dem Prinzip der Gewaltenteilung jetzt die Gerichte am Zug sind, die Rechtmäßigkeit dieser Abschlussgebühr zu überprüfen. Es ist nicht Sache der Politik, in dieser Phase einzugreifen. Mit dieser Ansicht sind wir nicht allein. In der Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Antrag steht:

Der Ministerrat hat ... beschlossen, eine Bundesratsinitiative für die angestrebte Änderung des Bausparkassengesetzes vorerst nicht zu ergreifen, sondern die Rechtsprechung zur Frage der Zulässigkeit der Abschlussgebühr für Bausparverträge weiter zu beobachten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das heißt: Grüne einig mit der Landesregierung! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Würden Sie eine Initiative unterstützen?)

Wir sind mit der Landesregierung nicht immer einer Meinung, aber in diesem Fall sind wir es schon. Auch wir halten es für den richtigen Weg, abzuwarten, wie die Gerichte entscheiden werden. Es ist bereits zitiert worden: Das Landgericht Heilbronn hat die Abschlussgebühr derzeit für rechtmäßig erklärt.

Es ist nicht verwunderlich, dass große Teile der Öffentlichkeit mit Unverständnis auf den Vorstoß von CDU, SPD und FDP/DVP in diesem Hause reagiert haben; auch das Presseecho war entsprechend. Ich lese Ihnen einen Kommentar aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 20. Februar 2009 vor. Dort heißt es:

Umso mehr verwundert der Vorstoß von baden-württembergischen Landespolitikern, einen Schutzschirm für die Bausparkassen aufzubauen. ... Eine solche Einmischung ist in einem laufenden Verfahren nicht nur unangebracht, sie bringt die Politiker zudem in den Ruf, den Lobbyisten der Branche auf den Leim gegangen zu sein. ...

(Oh-Rufe von der CDU)

Das Vorpreschen des Landes wirkt daher wie vorausseilender Gehorsam.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und das hört man von einer Grünen-Politikerin!)

Meine Damen und Herren, ich denke, damit ist deutlich geworden, aus welchen Erwägungen wir dem interfraktionellen Antrag nicht beigetreten sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig gemein! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir Grünen halten es nach wie vor für den richtigen Weg – und schließen uns dabei der Position der Landesregierung an –, die laufenden Gerichtsverfahren abzuwarten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser für die Fraktion der FDP/DVP.

(Zuruf: Gib's ihnen!)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Es bleibt mir nichts anderes übrig.

Meine Damen und Herren, Bausparen, Bausparkassen – wenn wir sie nicht hätten, müssten wir sie erfinden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe: Jawohl! – Bravo!)

Es ist ein wesentliches Pfund, eine Idee, die aus dem Genossenschaftsgedanken kommt: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Vermögensbildung für breite Schichten. Das generiert die Stabilität, die wir gerade in Baden-Württemberg haben.

Wie wir schon gehört haben: Die Bausparkassen sprechen für sich, und Baden-Württemberg ist führend. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind glücklicherweise sparsam, leben nicht auf Pump, sondern sorgen selbst mit Eigenheim und Eigentum für ihr Alter vor. Es ist uns wichtig, auf Folgendes hinzuweisen – alle anderen Zahlen wurden schon erwähnt –: Die Bausparkassen haben ca. 10 600 fest angestellte Mitarbeiter, mit den freien Mitarbeitern sind es insgesamt 15 000. Auch in diesem Bereich haben wir also ein ganz stabiles Pfund.

Das Bausparkassengesetz hat dazu beigetragen, dass die Bausparer nicht um ihr Vermögen zittern müssen, sondern durch quasi mündelsichere Geldanlagen keine Verluste zu befürchten haben. Das ist auch für die Zukunft wichtig. Deshalb glaube ich, dass wir die Bausparkassen in jedem Fall – das ist gar keine Frage – erhalten müssen. Gerade in Zeiten der Finanzkrise, in der viele Banken hohe Abschreibungen hinnehmen müssen und Rettungsschirme mit Milliardensummen aufgespannt werden, ist dieses bewährte System des Vermögensaufbaus unverzichtbar.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

(Beate Fauser)

Meine Damen und Herren, die Bausparkassen haben keine einfachen Zeiten hinter sich, weil die Zinsen durch die EZB in den letzten Jahren künstlich niedrig gehalten wurden, was sich für manche europäische Länder ausgesprochen negativ ausgewirkt hat. Aber unsere Bausparkassen haben darauf flexibel reagiert. Wie wir schon gehört haben, sind nicht nur Neuinvestitionen, sondern vor allem Modernisierungsinvestitionen und -vorhaben zustande gekommen. Die Bausparkassen haben sich aber auch neue Gedanken gemacht und sehr flexible Bausparverträge neu hinzugefügt. Man kann zwischen den Tarifen wechseln, unterschiedlich kombinieren und unterschiedlich ansparen.

Ich habe mich aufgrund des hervorragenden Antrags der SPD – das muss ich auch einmal betonen –

(Beifall des Abg. Fritz Buschle SPD)

entschlossen, selbst wieder einen Bausparvertrag abzuschließen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Können Sie das Institut nennen, Frau Kollegin, oder soll der Kollege Dr. Bullinger eines empfehlen?)

Meine Damen und Herren, es sind im Moment tatsächlich einige Verfahren anhängig. Ich freue mich, dass man aufgrund des Verfahrens beim Landgericht Heilbronn das Fazit ziehen kann – ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin aus einem Kommentar eines Rechtsanwalts –:

Nicht alle Abschlussgebühren führen pauschal zum Nachteil des Kunden. Im Fall von Bausparkassen unterstützen sie nach Ansicht des Gerichts die gesamte Bauspargemeinschaft. Bei Versicherungen und anderen Gesellschaften ist allerdings weiterhin Vorsicht geboten. Hier findet man oftmals versteckte Kosten in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Gerade das ist der Vorteil von Bausparverträgen: Wenn ich heute einen Bausparvertrag abschließe, weiß ich, dass ich bei 50 000 € Bausparsumme einmalig 500 € zu bezahlen habe. Das ist für mich klar kalkulierbar.

Meine Damen und Herren, wir – auch das Wirtschaftsministerium und auch die Regierung – werden mit Sicherheit alles tun, um diese bewährte Anlageform zu bewahren. Im Moment wird selbstverständlich nicht in ein laufendes Verfahren eingegriffen. Da hat die Kollegin Sitzmann recht. Aber es ist mit Sicherheit wichtig, dass sich die Bausparkassen mit den verschiedenen Verbraucherschützern zusammensetzen, um hier einen vernünftigen Ausweg zu finden. Denn es ist mit Sicherheit der falsche Weg, in ein hervorragend funktionierendes System einzugreifen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da gibt es keinen Ausweg!)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir eine gute Lösung finden. Denn die Ausführungen von Herrn Löffler haben deutlich gemacht, wie katastrophal die Situation wäre, wenn die Gesetzgebung hier möglicherweise falsche Entscheidungen trafe.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz.

(Abg. Ute Vogt SPD: Au ja! Das ist immer nett!)

Staatssekretär Richard Drautz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die große Bedeutung der Bausparkassen insgesamt und die herausragende Rolle der in Baden-Württemberg ansässigen Institute gehen aus der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum Antrag der Fraktion der SPD hervor.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU)

Das bis zum Jahr 2006 auf 71 Milliarden € gewachsene Bilanzvolumen der baden-württembergischen Bausparkassen entspricht rund 36 % der gesamten Bilanzsummen aller Bausparkassen in der Bundesrepublik. Nach wie vor wollen sich sehr viele Menschen ihren Traum von den eigenen vier Wänden mit einem Bausparvertrag erfüllen, wie Sie gerade auch von Kollegin Fauser gehört haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hat sie noch keine eigenen vier Wände?)

Gerade die Auswirkungen der Finanzkrise und die hierdurch verursachte Vertrauenskrise gegenüber risikoreichen Finanzprodukten haben zu einer richtigen Wiederbelebung des in der Bevölkerung fest verankerten Bausparwesens geführt. Und das Schöne dabei ist, dass die Bausparkassen bestrebt und in der Lage sind, neue, kreative und günstige Finanzierungsmöglichkeiten für den Bürger auf den Markt zu bringen. Hier ist besonders die neu eingeführte attraktive Variante, das „Wohn-Riester“, zu nennen. Anbieter hiervon sind Versicherungsunternehmen, Banken und natürlich unsere Bausparkassen. Bisher ist diese Form der Immobilienfinanzierung zwar erst allmählich ins Rollen gekommen, jedoch sind die Bausparkassen bei den Anbietern gut vertreten. Darunter sind drei in Baden-Württemberg angesiedelte Institute.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und darüber sind wir froh! – Abg. Christine Rudolf SPD: Und darüber freuen wir uns sehr!)

Wenn man den „Finanztest“-Ergebnissen glauben darf, liegen diese Angebote gegenüber der Konkurrenz hervorragend im Rennen.

Lassen Sie mich noch einige Ausführungen zum interfraktionellen Antrag „Transparenz und Rechtssicherheit für Bausparer und Bausparkassen“ machen. Der Antrag hatte zum Ziel, das Bausparkassengesetz als Bundesgesetz dahin gehend zu ändern, dass die Zulässigkeit eines Abschlussgeldes, also einer sogenannten Bauspargebühr, eindeutig hieraus hervorgeht. Was das Landeskabinett letztlich dazu bewogen hat, von einer von den drei Fraktionen vorgeschlagenen Bundesratsinitiative zur Änderung des Bausparkassengesetzes abzusehen, waren die derzeit anhängigen gerichtlichen Verfahren. Das sind Verfahren, die die Verbraucherzentrale in Nordrhein-

(Staatssekretär Richard Drautz)

Westfalen gegen drei Bausparkassen, darunter die Bausparkasse Schwäbisch Hall,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

angestrebt hat, und zwar genau zur Zulässigkeit der Bauspargebühren.

Ich schlage weiter vor: Warten wir den Ausgang der Verfahren ab, auch wenn sie in die nächste Instanz gehen werden. In den bisherigen Urteilen vor den Landgerichten Heilbronn, Dortmund und Hamburg wurde jedenfalls eindeutig für die Zulässigkeit der Bauspargebühren entschieden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vieles Gute kommt aus Heilbronn!)

Ich denke, dieser Weg liegt im Interesse unserer baden-württembergischen Bausparkassen. Ich muss feststellen: Es kommt selten vor, dass Frau Sitzmann mit uns einig ist.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Gell?)

Aber Frau Sitzmann hat in diesem Fall schon recht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Denn man muss eines ganz klar sehen: Im Bundesrat hätten wir null Komma null Chancen gehabt, während eines laufenden Gerichtsverfahrens durchzukommen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Uns diese Klatsche im Bundesrat zu holen würde das Ergebnis auch vor Gericht wesentlich erschweren. Aus diesem Grund ist es besser, zu sagen: Warten wir zuerst einmal das Ergebnis ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Also, wenn du es nicht wärest, hätte ich jetzt „Buh“ gerufen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das gelb-grüne Chaos!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ich habe mich vorhin schon zu Wort gemeldet!)

– Herr Abg. Dr. Prewo, Sie wünschen noch einmal das Wort? Bitte sehr. Sie haben noch drei Minuten und 33 Sekunden Redezeit.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Staatssekretär Drautz! Es tut mir leid, in diesem Fall den Grünen ein bisschen Nachhilfe geben zu müssen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich glaube nicht, dass Ihnen das leid tut!)

Die Rechtsprechung läuft ganz nach ihren eigenen Vorstellungen und dogmatischen Grundsätzen. Vielleicht geht es so aus, vielleicht anders.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man weiß halt nichts Genaues!)

Der Job der Regierung ist es aber, Vorlagen über das zu machen, was man politisch will, und der Job der Parlamente ist es, das zu beschließen und daraus Gesetze zu machen.

(Beifall des Abg. Fritz Buschle SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da hat er recht!)

Wenn wir hier einig sind, dass Meinungen, die im Feld der Justiz kursieren und so oder so ausgehen können, vielleicht auch einmal nicht richtig sind, weil sie hoch gefährlich und am allergefährlichsten für das Land Baden-Württemberg sind, dann müssen wir klären, wie wir eine Regelung, und zwar eine Regelung, die Rechtsklarheit für die Bürger schafft, finden. Die Legislative muss die wesentlichen Rahmenbedingungen setzen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Richtig!)

Dazu gehört in diesem Fall, klarzustellen, welche Sorten von Gebühren und Ansprüchen die Bausparkassen erheben dürfen und welche nicht.

Wenn es aus irgendwelchen Gründen unklar wird, dann muss man für Klarheit sorgen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Transparenz vor allem!)

Genau das wollen wir mit großer Mehrheit im Interesse der Bausparerinnen und Bausparer.

Jetzt kann man sagen: Warten wir erst einmal ab. Vielleicht ist es alles unnötig, wenn 67 Gerichtsverfahren zu Ende sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ja grässlich!)

Wer will denn aber zig Gerichtsverfahren abwarten? Das kostet eine Menge Geld, bringt am Ende nichts ein, und am Schluss gibt es doch zwei oder drei Gerichte, die so oder so entscheiden, und dann geht es noch in die Berufung.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Dann gibt es womöglich den Fall, dass die Bausparkassen rückwirkend bestimmte Gebührentile zurückzahlen müssen. Herr Kollege Löffler sprach von bis zu 7 Milliarden € als Gefahr. Das würde fast keine Bausparkasse aushalten.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Aus diesem Grund ist es fahrlässig, wenn man auf diese Klarstellung verzichtet. Sie wäre billiger, würde mehr Transparenz und mehr Klarheit schaffen und die Gefahren für Bausparkassen und Bausparer beseitigen.

Herr Staatssekretär Drautz, wenn Sie schon voreilend aus Furcht, im Bundesrat keine Mehrheit zu bekommen – –

(Dr. Rainer Prewo)

(Staatssekretär Richard Drautz: Ich kenne mich im Bundesrat aus!)

– Sie kennen sich aus, genau. Warum kennen Sie sich aus? Weil das Land Baden-Württemberg im Bundesrat durch diese Landesregierung in den letzten Jahren überhaupt nichts mehr durchsetzen konnte und hinbekommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist das Problem. Eine solche Schlappe wollen Sie vermeiden. Aber wir müssen unserer Meinung nach diese Diskussion im Bundesrat führen.

Sie mahnen zur Vorsicht und sagen, Sie wollten die Rechtsprechung weiter beobachten. Sie sagen nicht, Sie wollten abwarten, bis alle Verfahren entschieden sind. Sie wollen einmal beobachten, und wenn Gefahren auftreten – Wir unterstützen Sie bei dieser Beobachtung. Wir wollen einmal sehen. Wir sagen aber ganz deutlich, auf welches schlüpfrige Feld Sie sich dabei einlassen und dass Sie damit Gefahren für das Land heraufbeschwören.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen nun keine Wortmeldungen mehr vor. Deshalb kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich wollte eine persönliche Erklärung abgeben!)

– Wir kommen zunächst zur Abstimmung, Herr Kollege Haas.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2406, ist ein reiner Berichtsantrag und als solcher für erledigt zu erklären.

Über den gemeinsamen Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/4033, müssen wir abstimmen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Nein, nein, wir beobachten das! – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist ausgesetzt!)

– Das ist ein Antrag, der zur Abstimmung steht.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist abgesprochen!)

Wie soll nach dem Wunsch der Antragsteller mit diesem Antrag verfahren werden?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ich weiß nichts von einer Verständigung! – Zuruf: Abstimmen! – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Nein! Das wurde ausgesetzt!)

– Es soll abgestimmt werden. Wir stimmen also über den Antrag Drucksache 14/4033 ab. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Herr Abg. Haas, bitte.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine persönliche Erklärung ist nur möglich, wenn Sie einen persönlichen Angriff zurückweisen wollen oder die Berichtigung einer unrichtigen Wiedergabe von Ausführungen zum Gegenstand machen wollen. Es tut mir leid.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das ist eine Blamage für das Hohe Haus!)

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Soziale, wirtschaftliche und umweltpolitische Entwicklung Indiens und Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen baden-württembergischen und indischen Unternehmen – Drucksache 14/2364

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Beantwortung der Großen Anfrage fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort in der Aussprache erteile ich Frau Abg. Schütz für die Fraktion der CDU.

Abg. Katrin Schütz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Rede zu diesem Tagesordnungspunkt zum Thema Indien gern mit folgendem Zitat von Mark Twain beginnen – er war von diesem Land wohl sehr begeistert –:

Soweit ich das beurteilen kann, wurde nichts unterlassen – weder vom Menschen noch von der Natur –, um Indien zum außergewöhnlichsten Land unter der Sonne zu machen. Nichts scheint vergessen und nichts übersehen worden zu sein.

Diese Eindrücke entstanden Anfang des 19. Jahrhunderts und tragen wohl auch die Prägung einer romantischen Epoche.

Aktuellere Eindrücke liegen den Mitgliedern des Wissenschaftsausschusses bzw. den Teilnehmern einer weiteren Delegation vor, die Indien im letzten Jahr bereist haben.

(Unruhe)

Diese Eindrücke wurden in der Großen Anfrage zusammengefasst und zur Diskussion gestellt.

Natürlich ist unsere Einstellung gegenüber Indien auch heute von großer Sympathie geprägt. Gleichzeitig sind wir uns aber auch der Bedeutung der Republik Indien als expandierendem Wirtschaftsstandort bewusst.

Die Anfang der Neunzigerjahre eingeleiteten Reformen haben den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes und die Hinwendung zu einer sozialen Marktwirtschaft extrem begünstigt.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Katrin Schütz CDU: Heute gehört Indien in vielen Wirtschaftszweigen, aber auch in der Forschung zu den führenden Ländern der Welt. Am häufigsten werden in diesem Zusammenhang die Informationstechnologie und die Biotechnologie genannt. Indien hat zuletzt ein Wirtschaftswachstum von über 9 % verbucht. Viele Wirtschaftsindikatoren zeigen eine anhaltend positive Entwicklung.

Nachdem sich bereits gezeigt hat, dass es für Unternehmen in Baden-Württemberg interessant und reizvoll ist, sich dort zu engagieren, ist es sehr nahe liegend, Weiterentwicklungschancen und Märkte zu prüfen. Uns liegen gegenwärtig Zahlen vor, nach denen rund 350 Firmen aus Baden-Württemberg in Indien vertreten sind. Gleichzeitig bestehen in diesem Land noch sehr viele Geschäftslücken, die über Jahre hinweg auch bedient werden müssen. Die Bandbreite reicht hier von Produkten aus dem Customer-Bereich bis hin zum Hightechprodukt, wie z. B. medizinischem Gerät.

Auf Bundesebene wurde bereits eine potenzielle Verdopplung des Handelsumsatzes mit Indien innerhalb der nächsten fünf Jahre vorausgesagt. Gerade unser Land könnte aufgrund seiner industriellen Vielfaltigkeit hierbei einen großen Part übernehmen. Dies soll selbstverständlich unter der Prämisse geschehen, dass alle Beteiligten an diesen positiven Auswirkungen teilhaben können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, bitte verlegen Sie die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Es ist ja keiner mehr da!)

Abg. Katrin Schütz CDU: Neben neuen und attraktiven Absatzmärkten bietet Indien in hohem Maße interessante Möglichkeiten für die wissenschaftliche Zusammenarbeit. Dies betrifft nicht nur die Forschung, sondern auch die Lehre. Eine sehr hohe Kompetenz kann z. B. im indischen Ingenieurwesen gesehen werden; auch hier sind die IT-Spezialisten ganz weit vorn.

Während die industrielle Forschung noch etwas zurücksteht, ist bei der universitären Forschung eine ganz besondere Dynamik zu registrieren. Auch hier gibt es bereits sehr vielversprechende Erfahrungswerte von verschiedenen Kooperationen. So wurde bereits 2007 zwischen dem Indian Institute of Technology und dem TU-9-Konsortium der neun führenden Technischen Universitäten in Deutschland eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit getroffen.

Natürlich ist Baden-Württemberg auch hier gut vertreten, nämlich mit den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe. In diesem Konzept ist der Aufbau einer wissenschaftlichen Brücke angedacht, und ein großes Interesse besteht an der Förderung des Austauschs zwischen indischen und deutschen Nachwuchswissenschaftlern.

Ein weiteres Ziel ist die sukzessive Einbeziehung der freien Wirtschaft. Innerhalb der Automobilbranche finden bereits Gespräche statt.

Zuletzt möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch noch auf eine Beobachtung hinweisen, die hochinteressant ist und

ganz deutlich zeigt, wie realistisch diese optimistischen Zukunftserwartungen für die Entwicklungen in Indien sind. Das ist das Engagement der indischen Familien, die sich seit Jahren stetig immer stärker Richtung Mittelstand bewegen bzw. in diesen hineinwachsen. So kommt es auch immer häufiger vor, dass diese Familien bereit sind, sogar eine Verschuldung auf sich zu nehmen, um zumindest für ein Familienmitglied das kostenaufwendige Masterstudium an einer guten Universität zu finanzieren. Dies ist eine ausgesprochen positive und langfristige Investition. Beweggründe hierfür sind nicht nur die Hoffnung auf die Verbesserung des Lebensstandards, sondern auch das Vertrauen auf eine zukünftige Gesamtinfrastruktur in Indien.

Sehr geehrte Damen und Herren, Indien ist das Land, mit dem wir wissenschaftliche und wirtschaftliche Partnerschaften eingehen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wem darf ich für die SPD-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Prewo, bitte schön.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir hier im Landtag über die Bedeutung Indiens für die baden-württembergische Wirtschaft sprechen – das ist ein weites Feld –, steht uns zunächst einmal eine unglaublich dynamische Volkswirtschaft im Aufbruch vor Augen, die im Durchschnitt der letzten zehn Jahre eine jährliche Wachstumsrate von 6 bis 8 % hatte – inzwischen ist diese Rate etwas geringer – und über einen Markt von rund 1,2 Milliarden Menschen verfügt, die immer besser ausgebildet sind, mit sehr vielen kleinen Unternehmen, mit vielen Gründungen und einem riesigen Hunger nach Technik und Technologie. Schon heute werden in Indien mehr hoch qualifizierte Ingenieure ausgebildet als in den USA. Indien wird sich in einer sehr überschaubaren Zeit von einem Konsumenten von Technologie zu einem Technologieland entwickeln.

Bisher gehen ganze 0,8 % des baden-württembergischen Exports nach Indien; das macht ein Volumen von 1,2 Milliarden € aus. Das ist alles, was von uns an Export geliefert wird. Da ist es schon gut, dass wir einmal abgefragt haben, was die Landesregierung macht und ob das, was sie macht, ein Mindestmaß an Schlüssigkeit und an strategischer Substanz aufweist.

Was die Landesregierung in ihrer eng bedruckten, 14-seitigen Antwort geschrieben hat, ist auf den ersten Blick eine Fleißarbeit, auf den zweiten aber leider ein ziemlich verwirrendes Durcheinander.

Wir lesen über den Markt für Umwelttechnologien – jetzt hören Sie bitte genau zu, was die Landesregierung hierzu zu sagen hat; ich zitiere aus der Drucksache –:

Derzeit spielen der Klimaschutz sowie erneuerbare Energien und Energieeffizienz eine große Rolle in der Debatte über Umweltschutz in Indien. ...

(Dr. Rainer Prewo)

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wow! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch etwas! Wahrscheinlich mehr als in Baden-Württemberg!)

Der Markt für Umwelttechnologien in Indien bietet damit große Wachstumsmöglichkeiten.

Donnerwetter!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die haben schon nach einem Kernkraftwerk gefragt!)

Über den wichtigen Bereich der Forschungskooperationen heißt es – ich zitiere –:

Es steht indischen und baden-württembergischen Unternehmen frei, Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung mit ausländischen Partnern, so auch in Indien, einzugehen.

(Zuruf von der SPD: Wow! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo!)

Wissen Sie, woher diese Binsenweisheiten rühren? Sie rühren daher, dass wir zu wenig tun und die Dinge nicht ernst nehmen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Waren Sie schon einmal bei einem Treffen von Lapp Kabel? Da läuft schon seit Jahren etwas!)

Tatsache ist, dass wir viel zu wenige Kooperationen zwischen baden-württembergischen Hochschulen und indischen Hochschulen haben. Das ist leider eine traurige Tatsache.

In der Antwort der Landesregierung werden dann aufgezählt: eine ganze Menge Kontaktbörsen, das eine oder andere Indien-Event bei Asienwochen, einzelne Messebeteiligungen, Präsentationen, hier ein technisches Symposium, dort Beratungstage der Auslandskammern, Ministerreisen selbstverständlich – alles bunt gemischt vom Hölzchen zum Stöckchen. Es wird mit einem groben Wischer eine Masse Krümel eingesammelt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Tolles Bild! Vorn der Staatssekretär!)

Unklar ist, was das Land, was bw-i, was die Deutsch-Indische Handelskammer, was der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft jeweils spezifisch beitragen.

Wenn man auf die Webseiten von bw-i geht und dann als Suchwort „Indien“ eingibt, bekommt man als Ergebnis eine leere Seite.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann stimmt mit Ihrem Server etwas nicht!)

In der Veranstaltungsliste von bw-i für das Jahr 2009 stehen viele Veranstaltungen, aber keine einzige zu Indien. – Schauen Sie nach, Herr Kollege Zimmermann, bevor Sie hier vorlaut werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl, Herr Lehrer! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Lapp Kabel macht seit Jahren ein Vorzeigeprojekt!)

– Nur langsam! – Seit 2008 gibt es das German Centre in Gurgaon bei Neu Delhi. Hat man schon einmal über die Gegenrichtung nachgedacht – diese wird immer wichtiger –, nämlich indisches Kapital auch nach Baden-Württemberg zu bringen?

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Kommt, kommt!)

Davon ist keine Rede. Vielleicht könnte man auch ein indisches Haus in Stuttgart für baden-württembergische Geschäftsleute einrichten, die Erfahrungen mit Indien und mit deutschen Unternehmen haben, die in Indien sind.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Ein Restaurant in der Urbanstraße!)

Lapp Kabel ist ein sehr guter Hinweis. Der Honorarkonsul Lapp ist der Einzige, der ein deutsch-indisches Netzwerk, teilweise aus seinen eigenen Mitteln, gebildet hat und es mit großem Engagement betreibt: den German-Indian Round Table. Davon aber, Herr Kollege Zimmermann, finden Sie in der Antwort der Landesregierung kein Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist immer so: Was am nächsten liegt, vergisst man!)

– Sagen Sie das Ihren Kollegen in der Regierung.

Insgesamt bleibt völlig unklar, was man in Baden-Württemberg eigentlich will, warum man dies und warum man jenes macht oder auch nicht macht. Es ist eine Betriebsamkeit ohne Methode und Ziel. Brächte man eine klare Linie in all die bunten Aktivitäten hinein, könnten wir mit der Hälfte des Aufwands die zehnfache Wirkung erzielen und den baden-württembergischen Unternehmen wirklich den Weg nach Indien flankieren. Umgekehrt könnten auch viele Inder den baden-württembergischen Tourismus bereichern oder die Schaffung baden-württembergischer Arbeitsplätze stärken. Da bin ich ganz sicher. Das werden wir in der Zukunft machen müssen.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann von der Fraktion GRÜNE.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Fraktion ist aber klein! Die macht ja heute alles!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut uns natürlich sehr, dass Abgeordnete der CDU eine Woche lang in Indien waren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich nicht!)

Aber es wäre eigentlich netter gewesen, wir hätten das bei Diaschau und indischer Reistafel besprochen als heute hier im Abendprogramm. Es gäbe viel dazu zu sagen, aber ich glaube, Sie fänden es nicht so gut, wenn ich längere Referate hielte.

Sie haben eine umfangreiche Große Anfrage mit vielen verschiedenen Aspekten eingebracht. Erstaunt hat uns, dass doch ein entscheidender Aspekt fehlt, nämlich das Thema „Normen

(Edith Sitzmann)

der Internationalen Arbeitsorganisation ILO“. Wir haben vor Kurzem auf Bundesebene die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage bekommen, in der sich die FDP-Bundestagsfraktion gegen die Ausbeutung von Kindern in indischen Steinbrüchen starkmacht und sich dafür einsetzt, diese Ausbeutung von Minderjährigen zu beenden. Sie setzen das richtigerweise als Thema auf die Tagesordnung.

Auch wir haben im Landtag von Baden-Württemberg länger über das Thema Kinderarbeit diskutiert. Da war es leider so, dass sich das FDP/DVP-geführte Wirtschaftsministerium lange geweigert hat, bei der öffentlichen Beschaffung entsprechende Kriterien und Normen einzuhalten. Erst auf interfraktionellen Antrag und Druck des Landtags ist es dann zu einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift gekommen. Diese begrüßen wir natürlich sehr. Wir hoffen, dass diese Verwaltungsvorschrift auch konsequent umgesetzt wird.

Wirtschaftspolitik und Kooperationen zwischen Deutschland und Indien bzw. Baden-Württemberg und Indien müssen für uns Grüne auf der Basis ethischer Grundsätze und aus sozialer Verantwortung stattfinden. Es kann nicht darum gehen, Wachstums- und Absatzmärkte um jeden Preis zu erschließen.

Wirtschaftspolitisch haben wir die Debatte aufseiten der Unternehmen, welcher Markt besser ist, China oder Indien. In den letzten Jahren lag häufig der Fokus auf China. Indien wurde als möglicher Markt vernachlässigt, und das, obwohl Indien einige deutliche Vorteile bringt. Zum einen ist es, im Gegensatz zu China, eine Demokratie, und zwar die größte Demokratie der Welt mit 1,2 Milliarden Einwohnern. Die englische Sprache ist überall in Indien üblich und weit verbreitet. Es gelten rechtsstaatliche Prinzipien, auch wenn die Prozessdauer manchmal deutlich länger ist, als wir das hier in Deutschland oder Europa gewohnt sind. Trotz der weltweiten Wirtschaftskrise bietet sich in Indien sowohl ein Beschaffungs- als auch ein Absatzmarkt von enormer Größe.

Man kann das daran erkennen, dass Indien eine Solarquote für alle Bundesstaaten eingeführt hat. Das ermöglicht auch für baden-württembergische Unternehmen im Solarbereich gigantische Absatzmärkte. Mittlerweile gibt es auch einzelne Bundesstaaten, die einen garantierten Einspeisetarif festgesetzt haben. Daran sieht man: Die Errungenschaften von Rot-Grün mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben es bis in Provinzen von Indien geschafft und werden dort nachgeahmt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es gibt also große Exportchancen. Wir können aber auch von Indien lernen. So haben Ausschussreisen gezeigt, dass es dort ein expansives Bildungsprogramm gibt.

Trotz aller Chancen ist unternehmerisches Engagement in Indien nicht problemlos. Indien ist ein Land der Gegensätze. Dort sind sämtliche Weltreligionen vertreten. 80 % der Bevölkerung sind hinduistisch, das heißt geprägt vom Kastensystem. Das bedeutet, Indien ist für uns und für Unternehmer eine fremde Welt, in der das Individuum wenig zählt und dagegen Kühe nach wie vor heilig sind. In Indien gibt es einerseits aufstrebende Städte und Metropolen, andererseits aber auch unterentwickelte ländliche Räume. Es gibt dort einerseits eine wachsende Mittelschicht, andererseits aber immer noch bit-

terste Armut. Es gibt dort einen steigenden Anteil gut ausgebildeter Menschen, aber nach wie vor einen hohen Anteil an Analphabeten. Ich erwähne das nur, um das Spannungsfeld aufzuzeigen.

Vor diesem Hintergrund bietet Indien für baden-württembergische Unternehmer durchaus Chancen. Es ist aber auch eine große Herausforderung.

Lassen Sie mich zum Schluss ein kurzes Zitat von einem Harvard-Dozenten, einem Experten für Wettbewerbsfähigkeit, bringen, in dem es um die Frage „Indien oder China?“ geht. Dazu sagt er:

Wirtschaftswachstum und Marktwachstum sind natürlich wichtig für ein Unternehmen. Doch die haben keinen direkten Einfluss auf die Produktivität. Die kommt aus der eigenen Stärke und im guten Zusammenspiel mit anderen Unternehmen einer Branche oder in einer Region.

Das gilt für unternehmerische Entscheidungen, in Indien oder in China aktiv zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Indien ist mit fast 1,2 Milliarden Einwohnern nicht nur die größte demokratisch verfasste Nation, sondern auch die viertgrößte Volkswirtschaft der Erde. Indien war und ist ein Land der Gegensätze. Wer Indien besucht hat, wird die Faszination der jahrtausendealten, überwältigenden kulturellen Vielfalt nicht vergessen. Wer Indien besucht hat, wird aber auch nie die Armut und das Elend vieler Menschen vergessen.

Die Gegensätze sind allgegenwärtig. Auf der Autobahn Delhi-Kalkutta fahren Eselkarren entgegen der Fahrtrichtung. Gleichzeitig ersticken die Städte im Smog einer beispiellosen Motorisierungswelle.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist wie bei uns! Da fahren auch nur Esel gegen die Fahrtrichtung!)

Auf Mittelstreifen von Autobahnen haben Menschen ihre dürftigen Hütten errichtet. Dieselben Straßen führen vorbei an Palästen von sagenhaftem Reichtum. Indien ist Hochtechnologie- und Entwicklungsland zugleich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines steht jedenfalls unbestritten fest: Indien besitzt ungeheures Potenzial. Baden-Württemberg ist deshalb gut beraten, die Beziehungen zu Indien zu intensivieren und auszubauen. Dies gilt umso mehr, als sich Indien in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sehr gut behauptet hat. Der Elefant – so wird Indien im Vergleich zum chinesischen Drachen und zu den asiatischen Tigern häufig genannt – wächst wirtschaftlich vielleicht nicht ganz so rasant wie seine Nachbarn, aber Indien wächst stetig auf hohem Niveau. Die reale Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts liegt bei jährlich 7,3 % und trotz Krise in diesem Jahr voraussichtlich bei 4,5 %.

(Dietmar Bachmann)

Heute gehen lediglich 0,8 % des Exports aus Baden-Württemberg nach Indien, wie aus der Antwort auf die vorliegende Großen Anfrage hervorgeht. Das ist schon das Ergebnis einer beachtlichen Steigerung in den vergangenen Jahren. Unser Ziel muss es sein, diesen Anteil nachhaltig und rasch zu steigern. Je mehr sich gerade unsere mittelständischen Unternehmen aus China wegen der Unsicherheiten insbesondere bei der Sicherung des geistigen Eigentums zurückziehen, umso mehr sollten wir unser Augenmerk auch in der Wirtschaftsförderung auf den mit 1,2 Milliarden Menschen zweitgrößten Markt der Welt richten.

Deshalb sind die zahlreichen Angebote und Veranstaltungen von Baden-Württemberg International unter Federführung des Wirtschaftsministeriums so wichtig. Gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft ausmachen, verdienen unsere Unterstützung. Wir danken dem Wirtschaftsministerium und Staatssekretär Drautz und seinen Leuten für die geleistete Arbeit und bitten darum, die Anstrengungen noch zu intensivieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zu unserer Bevölkerung ist die indische Gesellschaft sehr jung. Die Menschen wissen den Wert von Bildung zu schätzen, und das Bildungssystem ist leistungsfähig. In den nächsten Jahren werden zwischen 75 Millionen und 110 Millionen gut ausgebildete Inder auf den Arbeitsmarkt drängen. Angesichts der demografischen Entwicklung in unserem Land bieten Fachkräfte aus Ländern wie Indien die Chance, unsere Zukunft und unsere Altersversorgung zu sichern. Deshalb haben alle Fraktionen im Nachgang zur Reise des Wissenschaftsausschusses nach Indien in einem gemeinsamen Antrag Erleichterungen bei der Einwanderung von Fachkräften gefordert.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und das Wirtschaftsministerium befürworten eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften. Es wäre schön, wenn sich das Innenministerium dem zeitnah anschließen könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade der Austausch und die Kooperation der Universitäten und Hochschulen – Kollegin Schütz hat es bereits ausführlich angesprochen – sowie der forschenden und forschungsnahen Institutionen sind ganz wichtig. In den vergangenen Jahren ist eine Menge gewachsen und geschaffen worden, wie die Antwort auf die Große Anfrage zeigt. Die Reisen des Wissenschaftsausschusses und der CDU-Delegation haben wichtige Projekte angeschoben oder wiederbelebt. Die indischen Universitäten und Forschungsinstitute sind wichtige Partner; denn gerade der Austausch auf der menschlichen Ebene ist in Indien besonders wichtig, spielen dort doch Vertrauen und Verlässlichkeit in den Kontakten eine ganz zentrale Rolle.

Deshalb muss es uns nachdenklich stimmen, wenn das Interesse indischer Studierender an einem Studien- und For-

schungsaufenthalt in Deutschland immer noch gering ist. Natürlich gibt es eine Sprachbarriere. Wir sollten aber alles dafür tun, um mehr indische Studenten dazu zu bewegen, bei uns zu studieren und dann vielleicht als Fachkräfte bei uns zu bleiben.

Es gibt viel zu tun – packen wir es an!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Indienexperte!)

Staatssekretär Richard Drautz: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Große Anfrage der Fraktion der CDU befasst sich mit Fragen zur sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Entwicklung Indiens und den Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen baden-württembergischen und indischen Unternehmen. Ich selbst hatte im Jahr 2007 die Möglichkeit, mir in Delhi einen Eindruck von der Dynamik des indischen Marktes zu verschaffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wann?)

– 2007.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In Delhi!)

Es handelte sich dabei um die Mission der „Vier Motoren für Europa“ zur Förderung der Umweltpolitik in Indien.

(Abg. Walter Heiler SPD: Aha!)

Für alle in der Delegation war ersichtlich, wie schnell sich dieser Markt entwickelt und vor allem wie groß dort das Interesse an Technologie aus unserem Land ist.

(Abg. Walter Heiler SPD: Gott sei Dank!)

Meine Damen und Herren, die Beantwortung der Anfrage liegt bereits mehr als ein Jahr zurück. Deshalb will ich im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung noch ein paar Ergänzungen machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei dieser rasanten Entwicklung ist doch alles überholt!)

– Herr Kollege, ich möchte noch ein paar Ergänzungen machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Auch Indien konnte sich in den vergangenen Monaten nicht von der allgemeinen Konjunkturentwicklung abkoppeln.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Richtig!)

Aktuell wird für das Jahr 2009 trotzdem mit einem Wachstum von 4 % gerechnet.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Vorbildlich!)

(Staatssekretär Richard Drautz)

Dennoch weist Indien trotz Konjunkturkrise unter den großen asiatischen Wirtschaftsräumen die vermutlich zweithöchste Dynamik auf. Bekanntlich wuchs die Wirtschaft seit dem Jahr 2003 bis vor Beginn der jetzigen Konjunkturkrise um jahresdurchschnittlich 8 %.

Deutschland ist innerhalb der Europäischen Union der größte Handelspartner Indiens, wovon gerade auch Baden-Württemberg profitiert. Während aus Baden-Württemberg 1991 noch Waren im Wert von 143 Millionen € nach Indien exportiert wurden, waren es im Jahr 2000 Waren im Wert von 333 Millionen € und im Jahr 2007 bereits Waren im Wert von 1,37 Milliarden €. Insbesondere in den Jahren 2006 und 2007 hat die Ausfuhr der baden-württembergischen Wirtschaft um 70 % zugenommen, von 2007 auf 2008 um über 20 %. Allein zwischen 2000 und 2008 hat sich damit das Exportvolumen vervierfacht.

Da muss ich schon sagen, Herr „Peanuts-Prewo“:

(Heiterkeit)

Sie sprechen uns an und wollen aktuell hier mitdiskutieren.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das sind nur Peanuts!)

Sie sprechen von 0,8 %. Dabei gehen aktuell schon über 1 % des Exportvolumens nach Indien.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Aber er ist noch auf dem Stand von vor einem Jahr – wie die Anfrage.

Die baden-württembergische Wirtschaft ist in hohem Maß auf Export ausgerichtet. Deshalb ist die Erschließung neuer und der Ausbau bestehender Auslandsmärkte für unser Land von entscheidender Bedeutung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja!)

Das Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg bietet dabei Unterstützung. So fördern wir beispielsweise Markterschließungsmaßnahmen, die von Baden-Württemberg International organisiert und durchgeführt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso steht dann nichts auf der Website?)

Noch in diesem Jahr ist erneut eine solche Maßnahme unter Leitung von Ministerpräsident Günther Oettinger in den indischen Städten Delhi, Mumbai und Bangalore geplant. So ist es einfach.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum steht nichts auf der Website? – Unruhe)

Teilnehmen werden Delegationen aus den Bereichen Wissenschaft, Finanzen und Wirtschaft. Die Wirtschaftsdelegation wird aus über 40 Teilnehmern bestehen und von Wirtschaftsminister Pfister geleitet werden.

(Oh-Rufe von der SPD)

Vom 15. November bis zum 20. November können baden-württembergische Unternehmen in den Städten Delhi und Mumbai im Rahmen von Kontakt- und Kooperationsbörsen mit individuell ausgewählten indischen Unternehmen direkte Geschäftsbeziehungen eingehen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann ist es auch nicht mehr so heiß!)

Für das Jahr 2010 sind insgesamt drei Maßnahmen vorgesehen. Anfang des Jahres besteht für unsere Unternehmen – speziell für den besonders vom Konjunktureinbruch betroffenen Maschinenbau – die Möglichkeit einer Beteiligung an der Messe IMTEX in Bangalore. Die Erfahrungen aus den Vorjahren zeigen, wie erfolgreich die Produkte unserer Unternehmen dort vermarktet werden können.

Ebenso bietet das Wirtschaftsministerium im Bereich Maschinenbau eine geförderte Teilnahme an der Messe Automation in Mumbai an. Außerdem ist im Jahr 2010 ein Baden-Württemberg-Forum in den Städten Chennai, Coimbatore und Nashik geplant. Entsprechend der wachsenden Bedeutung des indischen Marktes wurde schließlich auch das weltweit bestehende Netz der deutschen Zentren um einen Standort in Indien ergänzt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Unser Ministerpräsident und seine Delegation werden im November auch dort einen Besuch machen.

(Oh-Rufe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Ich wünsche dabei viel Erfolg. Eines muss ich feststellen: Außer Grummeln hatte die SPD nichts zu bieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gehst du auch mit?)

– Nein.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE meldet sich.)

– Eine Nachfrage.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Sitzmann, bitte schön.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Staatssekretär, in der Großen Anfrage der CDU wurde die Frage gestellt:

Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Kooperationen zwischen deutschen und indischen Unternehmen ... zu erleichtern?

In der Antwort heißt es:

Aus Sicht des Wirtschaftsministeriums können Kooperationen zwischen deutschen und indischen Unternehmen insbesondere durch gesetzgeberische Initiativen zur Entlastung von Steuern und Abgaben gefördert werden.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Edith Sitzmann)

Erste Frage: Ist dies Ihr Ernst? Zweitens: Wie soll das konkret gehen?

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:
Das sind die Sprechblasen!)

Staatssekretär Richard Drautz: Die Sprechblasen von Ihnen vielleicht.

Tatsache ist, dass praktisch im Verbund mit Indien – Sie haben eine wichtige Firma aus Stuttgart angesprochen, von der schon auf der damaligen Indienreise Vertreter dabei waren und die wir unterstützt haben.

(Heiterkeit)

Sie kommen jetzt daher wie die alte Fastnacht mit dem gleichen Thema.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber ich muss eines klar sagen: Daran, dass der Ministerpräsident in diesem Jahr mit einer Delegation nach Indien reist, sehen Sie, dass wir einen Schwerpunkt darauf legen wollen, baden-württembergische Unternehmen in Indien weiter voranzubringen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist mit den Steuern?)

– Bei den Steuern ist die SPD in der Bundesregierung kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Karl Zimmermann CDU:
Eine indische Weisheit! – Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schütz.

Abg. Katrin Schütz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab viele Informationen – viele haben wir bereits im Vorfeld gekannt –, und es gibt viele Möglichkeiten der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Die meisten Faktoren sind genannt worden. Zusammenfassend möchte ich festhalten: Jeder sechste Erdbewohner lebt in Indien. Indien ist die größte Demokratie – das wurde schon angeführt – und die am zweitschnellsten wachsende Wirtschaftsmacht. Es gibt in Indien 24 Sprachen, die von mindestens eine Million Menschen gesprochen werden. Es ist leicht,

vollständige Computerprogramme durch Indien zu mailen, als einen Container zu verschicken. In Indien wachsen jährlich ca. 25 Millionen Menschen in den Mittelstand hinein. Wie Sie sehen, gibt es eine Fülle an rekordverdächtigen Aspekten. In Sachen Vielfältigkeit ist unser Land Baden-Württemberg auch nicht zu unterschätzen. Insoweit passen wir ganz gut zusammen.

Zum Abschluss möchte ich noch kurz auf ein ganz wichtiges Thema hinweisen, das uns vor allem aus menschlichen Gründen sehr am Herzen liegt. Nicht in allen Bereichen konnte sich Indien so rasch entwickeln wie z. B. in der universitären Bildung oder im IT-Bereich. So liegt das gesamte Gesundheits- und Sozialversicherungswesen vergleichsweise weit zurück. Unabhängig von den Schwierigkeiten, die diese per se mit sich bringen, existieren dort flächendeckend Defizite. Einige Teile der indischen Gesellschaft sind von einer Gesundheitsversorgung vollständig ausgeschlossen. Erfahrungen haben jedoch deutlich gezeigt, dass Berufsausbildung und Studium Chancen mit sich bringen.

Die berufliche Bildung, also „Bildung made in Baden-Württemberg“, erfreut sich in Indien schon heute einer wachsenden Nachfrage. Mit Projekten, in denen Schule, Wirtschaft und landesspezifische Gegebenheiten zusammenwirken, können wir dort sehr große Erfolge erzielen. Hiermit verfügt unser Land über ein Exportprodukt, dessen Qualität zu guten Teilen durch Gemeinnützigkeit und Menschlichkeit geprägt ist.

Zum Schluss möchte ich noch einen alten Spruch nennen, dessen Berücksichtigung sich bei zukünftigen Erwägungen und Verhandlungen gerade in Bezug auf Ethik und Kinderarbeit sicherlich lohnt. Er lautet: Ein Lächeln von dir kehrt auch immer zu dir zurück.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 9. Juli 2009, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:13 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Umbesetzungen im Europaausschuss und im Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung

Ausschuss/Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Europaausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Rülke Dr. Noll	Dr. Noll
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Noll Berroth	Dr. Rülke Kluck

08. 07. 2009

Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion